

# **DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE**

.....  
**HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE  
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT  
DR: HERMANN BECK: BERLIN + VER-  
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: WSS**

.....  
**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK  
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

.....  
**AUSGEGEBEN ANF: JULI 1909  
2. JAHR 7. HEFT**



**BERN  
HARD**

# INHALT:

.....  
DIESES HEFT IST VORNEHMLICH DER FRAUENBEWEGUNG GEWIDMET.  
NACHDRUCK VON ARTIKELN IST MIT QUELLENANGABE GESTATTET.  
.....

## ABHANDLUNGEN:

- ADELE SCHREIBER, BERLIN: DIE ERSTE TAGUNG ZUR ZENTRALISATION DER SÄUGLINGSFÜRSORGE..... 515  
DR. ALFONS FISCHER, KARLSRUHE: DIE ZIELE DER PROPAGANDAGESELLSCHAFT FÜR MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG..... 520  
ANNA BAADER, BERLIN: DIE HANDHABUNG DES HALTEKINDERWESENS IN PREUSSEN..... 524  
MARGARETE VON GOTTBURG, STUTTGART: DIE ZUNAHME DER WEIBLICHEN ERWERBSTÄTIGKEIT IM DEUTSCHEN REICH.. 526  
DIE BÜRGERLICHEN FRAUENORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND 530  
R. J. CAMPBELL, LONDON: DIE ÖKONOMISCHEN PROBLEME DER FRAUENSTIMMRECHTSBEWEGUNG..... 532  
MARGARETE MACDONALD, LONDON: ARBEITERINNENBEWEGUNG IN ENGLAND..... 537  
KATHARINE PRITCHARD, MELBOURNE: DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENSTIMMRECHTS IN AUSTRALIEN..... 538  
DR. MADELEINE PELLETIER, PARIS: ZUR FRANZÖSISCHEN FRAUENBEWEGUNG..... 540  
FRL. HILJA PÄRSSINEN, FINNLAND: DAS FRAUENSTIMMRECHT UND DIE BETEILIGUNG DER FRAUEN AN PARLAMANTARISCHEN ARBEITEN IN FINNLAND..... 542  
O. NITSCHKEJ, MOSKAU: DER ERSTE ALLRUSSISCHE FRAUENKONGRESS..... 548

## CHRONIK DER FRAUENBEWEGUNG..... 550

## RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

- PROF. DR. BRODA, PARIS: DIE FRAUENSTIMMRECHTS-BEWEGUNG 558

## KORRESPONDENZEN:

- ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG..... 565

CHIOZZA MONEY: DIE ENGLISCHE FINANZREFORM (565). — CHRONIK (567).

- POLITISCHE ENTWICKLUNG..... 570

FRANCIS DE PRESSENSÉ: DIE INTERNATIONALE LAGE UND IHRE BEEINFLUSSUNG DURCH DIE TÜRKISCHEN EREIGNISSE (570). — MUSTAFA BEY: DIE ZUKUNFT PARLAMANTARISCHEN LEBENS IN DER TÜRKEI (573).

- SOZIALE ENTWICKLUNG..... 576

DR. ROMME: UNTERSUCHUNGEN ÜBER VOLKSERNÄHRUNG (576). — CHRONIK (577).

- ARBEITERBEWEGUNG..... 579

DR. JUL. DEUTSCH. DIE PASSIVE RESISTENZ ALS GEWERKSCHAFTLICHES KAMPFMITTEL (579). — CHRONIK (582).

- TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT..... 584

CHRONIK (584).

- NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN..... 587

ABBÉ V. ERMONI: DIE MODERNISTISCHE BEWEGUNG IN DER KATHOLISCHEN KIRCHE (587). — ABBÉ NAUDE: DIE WUNDER VON LOURDES (589).

- MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG..... 592

.....  
UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE  
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.



## ADELE SCHREIBER, BERLIN: DIE ERSTE TAGUNG ZUR ZENTRALISATION DER SÄUGLINGSFÜRSORGE.

**D**AS Bestreben durch Vereinigung bestehender Organisationen eine Zentrale zu schaffen, hat sich nunmehr auch auf dem Gebiete des Säuglingsschutzes bemerkbar gemacht und soeben zu einer Gründung geführt, die einen Zusammenschluß der verschiedenartigsten Gruppen und Institutionen darstellt. Durch gemeinsames Wirken aller bisher getrennten Bestrebungen soll die Säuglingssterblichkeit im deutschen Reiche bekämpft werden, Landeszentralen sollen überall entstehen, eine Geschäftsstelle in Berlin und eine Zeitschrift sind ausersehen, die Fühlung der Organisationen untereinander aufrecht zu erhalten, alljährliche Kongresse werden der Aussprache und gegenseitigen Anregung dienen.

Der erste Kongreß, auf dem zugleich die Vereinigung sich konstituierte, hat soeben in Dresden stattgefunden. Man konnte mit Genugtuung konstatieren, daß in den „maßgebenden“ Kreisen der Säuglingsschutz „salonfähig“ geworden ist. Die ganze Tagung trug einen offiziellen Charakter, fand sie doch unter dem Vorsitz des Kabinettsrats der Kaiserin, Herrn v. Behr-Pinnow, der auch die Kaiserin als Mitglied des Kongresses vertrat, statt. Daher denn auch offizielle Begrüßung namens des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg durch den Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, Huldigungstelegramme an die Kaiserin und an den König von Sachsen, Erwidertelegramme Ihrer Majestäten, kurz lauter Dinge, die da zeigten, daß man es mit einer sehr vornehmen Tagung zu tun hatte. Freilich war auch dementsprechend der Ton der Referate und der Diskussion auf weise Mäßigung und Zurückhaltung gestimmt. Man vermied ängstlich das tiefere Eingehen auf die mannigfachen Wunden, die das soziale Massenelend dem Gesellschaftskörper zufügt. Man ging der Erörterung der komplizierten Ursachen, aus denen ein weiterer großer Teil der Säuglingssterblichkeit entspringt, der ganzen Frage der unehelichen Mutterschaft tunlichst aus dem Wege, man hütete sich vor all jenen scharfen Hieben und Gegenhieben, die sonst bei Tagungen ähnlicher Bestrebungen, beim Austausch der Meinungen ausgeteilt werden. Es gab keine belebenden Funken, keine reinigenden Explosionen, keine Reibungen. Alles verlief außerordentlich gesittet und wohlgezogen, eng umgrenzt waren die Themata der Vortragenden, und in diesen, wie in der knapp zusammengedrängten Diskussion, bei der 20 Redner jeder für wenige Minuten das Wort erhielten, gab es gar wenige Gesichtspunkte, die selbst dem Laien, sofern er seit Jahren sich mit dem Gebiete der Säuglingsfürsorge vertraut gemacht hat, Neues gebracht hätten. Und doch, trotz all dieser Einschränkungen kann man gerade als Fortschrittlich-Denkender mit dem Verlauf der Tagung zufrieden sein. Zufrieden, weil ungeachtet all der Versuche das Programm strengstens auf die Säuglingsfürsorge und nur auf diese zu begrenzen, dennoch etwas ganz anderes dabei heraus gekommen ist, ohne daß die leitenden Persönlichkeiten selbst sich der ganzen Tragweite bewußt waren. Denn im Grunde entpuppte sich dieser Kongreß für Säuglingsfürsorge, so wenig man auch daran gedacht hatte, das verpönte Wort „Mutterschutz“ auf die Tagung zu setzen, dennoch als ein Kongreß für Mutterschutz, wenigstens was die praktische Arbeit für Mütter anbelangt. Die Unlösbarkeit der beiden Gebiete, Kinderschutz und Mutterschutz, trat deutlich zutage, und aus allen Referaten ergab sich zum Schluß die Lehre, daß Mutterschutz der beste Kinderschutz ist, daß alle Versuche die Säuglingssterblichkeit einzudämmen, einen gesunden

Nachwuchs zu erzielen, sonst vergeblich sind, und daß selbst die Unduldsamsten und Engsten sich genötigt sehen werden, wenn auch nur vom Standpunkt des Kindes aus, der Mutter uneingeschränkte, vorurteilslose Fürsorge angedeihen zu lassen. Diese Erkenntnis ist ein bedeutsamer Fortschritt für eine Tagung, die unter dem Vorsitz eines Kammerherrn stattfindet. Es fielen auch einige wenige erfreulich frische Worte gegen jene falschen Moralanschauungen, die bei der Hilfe für Mutter und Kind die Frage der Würdigkeit, der Ehelichkeit, der konventionellen Sittlichkeit zum Ausgangspunkt nehmen, gegen jene Anstalten, in denen die Aufnahme abhängig gemacht wird, sei es von der Legitimität, sei es von der Untersuchung, ob die illegitime Mutter zum ersten Male oder im Wiederholungsfall einem Kinde das Leben schenkt. Professor Salge-Göttingen war es, der in seinem Vortrag kurz aber scharf die veralteten Anschauungen verwarf. Will man überhaupt eine „Sühne“, eine „Buße“ für die Mutterschaft ohne Trauschein verlangen, dann nur durch die Pflicht, die der Mutter auferlegt werde, ihrem Kinde mindestens drei Monate lang die Brust zu reichen. — Es ist keine neue Idee, die damit ausgesprochen wurde, aber sie berührte wohlthuend, und sie ist noch immer lange nicht genug als selbstverständlich anerkannt. Und ebenso wohlthuend war es, weitere Forderungen, die seit Jahren von der deutschen Mutterschutzbewegung, von der organisierten Arbeiterschaft, von Frauenvereinigungen verschiedenster Richtung erhoben werden, allgemein verfochten zu hören, wie es bezüglich der staatlichen Mutterschaftsversicherung der Fall war, zu deren Gunsten sich immer wieder Referenten und Redner aussprachen. Ein fernerer Fortschritt des sozialen Denkens betrifft die Ammenkinder, deren Anrecht auf Muttermilch und Lebenskraft so lange zugunsten der Wohlhabenden mißachtet wurde, und für die man jetzt beginnt sich warm einzusetzen. Auch die Frage der Hebammenreform als eine der wichtigsten Bestrebungen in der Bekämpfung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit wurde mehrfach angeschnitten, und verschiedene Diskussionsredner erhoben den Ruf nach gebildeten Hebammen, der schon längst aus den Reihen der Frauenbewegung ertönt, bisher aber gegenüber der schlechten gesellschaftlichen und materiellen Stellung der Hebammen fast wirkungslos blieb. Beim Beginn der Tagung sprach Herr v. Behr-Pinnow die Worte, Deutschland könne stolz sein auf seine soziale Fürsorge; diese optimistische Anschauung wurde mit Recht eingeschränkt, durch die nachfolgende Äußerung des Präsidenten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, Professor Bumm, daß die Fürsorge für die Säuglinge in Deutschland geradezu stiefmütterlich behandelt worden sei, daß man den Nachwuchs vernachlässigt, und Deutschland von allen Kulturstaat mit die höchste Kindersterblichkeit habe. Es ist eine vornehme Aufgabe der modernen Wissenschaft, auch noch die zartesten, schwächlichsten Menschenpflänzchen zu erhalten, zu pflegen, weiß man doch nicht, wie viel Kulturwert oft solch ein einziges schwächliches Menschlein besitzen kann, aber was der Generalsekretär Professor Keller, der Leiter des neuen Kaiserin Augusta Viktoriahauses richtig hervorhob, wichtiger als kranke Kinder zu heilen, schwächliche groß zu ziehen, ist die Gesunden gesund zu erhalten. Und die Gesunderhaltung des Kindes beginnt im Mutterleib; mit der Fürsorge für die Schwangere setzt die Fürsorge für das Neugeborene ein, will man, daß ein kräftiges, widerstandsfähiges, junges Leben zur Welt kommt. Schutz des Kindes vor der Geburt, dies forderte Geheimer Obermedizinalrat Professor Dr. Dietrich in seiner Einführung. Man behüte die Schwangere, gebe ihr die Möglichkeit sich zu schonen und zu nähren,

hiedurch das Kind wohlgebildet und reif auszutragen. Wertlos ist allzu spät einsetzende Fürsorge, entfallen doch von allen Todesfällen, die Säuglinge betreffen, über 11% auf die ersten vier Tage, über 20% auf den ersten Monat, so muß denn der Schutz sofort beginnen, und da die Pflege des Säuglings in der ersten Zeit zumeist der Hebamme zufällt, ist die Ausbildung der Hebammen von höchster Bedeutung. Es fanden lange Debatten darüber statt, wie weit die Kompetenz der Hebammen gehen soll, die einen, wie Schlossmann-Düsseldorf, Brennecke-Magdeburg, traten dafür ein, daß die Hebammen geschulte Krankenpflegerinnen seien, den gebildeten Kreisen entstammen, sozial und wirtschaftlich entsprechend gestellt werden, andere wollten wenig von einer Erweiterung des Wirkungskreises für diesen Stand wissen, dennoch waren sich alle darin einig, daß vor allem die Hebammen dazu angehalten werden sollen, wo irgend möglich die Mutter zum Selbststillen zu veranlassen, und daß man sie mehr als bisher mit der wichtigen Ernährungsfrage des Säuglings vertraut machen müsse. Eine Reihe weiterer Punkte, die gleichfalls Professor Dietrich beleuchtete, sind ungezählte Male und seit Jahren aus unseren Reihen immer wieder betont worden. Wer wüßte es auch besser als diejenigen, die sich dauernd mit dem Los der verlassenen Mütter beschäftigen, wie furchtbar mangelhaft die heutige Fürsorge ist. Nur hat es bisher noch so wenig genützt, wenn wir stets aufs Neue darauf hinweisen, daß es geradezu Tragödien herbeiführen heißt, die ehelose Mutter ihrem Schicksal zu überlassen. Vielleicht wird es jetzt ein wenig mehr helfen, wenn aus Kreisen, die der Regierung so nahe stehen, die uns längst bekannten Schilderungen gegeben werden, auf die Professor Dietrich in Kürze einging. Die kummer- und sorgenvolle Zeit vor der Entbindung in der die werdende Mutter umherirrt, verlassen vom Mann, ausgestoßen von den Angehörigen, entlassen von den Dienst- oder Arbeitgebern, heimat-, nahrungs- und obdachlos. „Und wenn sie wirklich Gelegenheit finden, in letzter Stunde in eine Entbindungsanstalt zu kommen, so müssen sie, des großen Andrangs wegen, oft schon 5—6 Tage nach der Entbindung die Anstalt wieder verlassen. Nun sind zwei Menschen obdachlos und in Not. Hier müßten Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime geschaffen werden, die Fürsorgeanstalten sind in Deutschland lange nicht ausreichend, und stehen weit hinter Frankreich und Rußland zurück. Berlin hat in allen Entbindungsanstalten zusammen nur 300 Betten, Paris allein verfügt über sechs große Maternités, von denen jede einzige mehr Betten hat als in Berlin alle Anstalten zusammen, dazu kommen noch viele treffliche Privatanstalten. Ähnlich liegt es in Rußland, speziell in Petersburg und Moskau.“ Also sprach Geheimer Obermedizinalrat Professor Dr. Dietrich vom Preußischen Kultusministerium. — Vielleicht wird man uns nun glauben, wenn wir von einer Obdachlosigkeit der Schwangeren, Gebärenden und Wöchnerinnen sprechen! Berlin hat nur 300 Betten, das Kultusministerium hat es zugegeben!

Über die Einrichtung der nötigen Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen und Säuglingsheime verbreitete sich Professor Salge-Göttingen in ausführlicher und lehrreicher Weise. Vor allem trat er dafür ein, daß nicht nur für uneheliche Mütter, sondern auch für die Ehefrauen des Proletariats in größerem Umfange Entbindungsanstalten geschaffen werden, im Interesse von Mutter und Kind, überall da, wo die häuslichen Verhältnisse die nötige Pflege nicht zulassen. Siehe Kinder, siehe Mütter, — das sind die Resultate der Geburten, die in den elenden Verhältnissen des Proletariats vor sich gehen. Darum — mehr Entbindungshäuser, unbegrenzte Aufnahme, längeres Verbleiben von Mutter und Kind als bisher, denn die Zeit von 10 Tagen reicht weder aus um die Mutter



gesund zu entlassen, noch um das Kind vor den schwersten Schäden zu bewahren. Was die mangelnde Fürsorge für die Schwangeren, Gebärenden und Wöchnerinnen bedeutet, beweisen Zahlen, die Professor v. Franqué-Gießen, vorbrachte. 113 000 Säuglinge sterben in Deutschland alljährlich bis zum 5. Tage. Übermäßige Erwerbsarbeit der Mütter, schlechte Ernährung während der Schwangerschaft, Not, Sorge und Angst prägen sich in dieser furchtbaren Verschwendung an Menschenleben aus. Und eine eben so große Verschwendung wird mit der Kraft und dem Leben der Mutter getrieben. Trotz der bahnbrechenden Entdeckungen auf medizinischem und hygienischem Gebiete sterben alljährlich 10 000 deutsche Frauen auf dem Schlachtfelde der Mutterschaft, davon 7 000 am Kindbettfieber! Auf mindestens 50 000 veranschlagt der Redner ferner die Zahl derer, die durch schwere Folgekrankheit der Schwangerschaft und Geburt verhindert werden, ihr Kind selbst zu stillen. Nach Ansicht des Referenten müßten mindestens 210 000 Mütter alljährlich in Anstalten entbunden werden, heute sind es aber nur etwa 40 000. Und wenn man hier die hohen Kosten einwendet, so dürfen sie nicht ins Gewicht fallen, gegenüber dem Verlust an Menschenleben, dem Verlust an Volksgesundheit, ja man kann von Kosten kaum sprechen, wenn man bedenkt, wie viel durch bessere Fürsorge an Krankenhäusern und Invalidengeldern gespart würde. Das Recht des Kindes auf die Mutterbrust, die mütterliche Ernährung als lebenspendende Quelle — von diesem Gesichtspunkte aus forderten zwei weitere Referate von Hofrat Dr. Meier-München, und Stadtrat Hoffmann-Leipzig, Maßnahmen zur Förderung des Selbststillens. Jede statistische Untersuchung zeigt den direkten Zusammenhang zwischen Ernährung und Säuglingssterblichkeit, haben wir doch in Deutschland einige glückliche Bezirke, wo 93% der Kinder an der Brust gestillt werden, und die das Minimum der Sterblichkeit, etwa 10% aufweisen. In der Pfalz gibt es noch 80% Brustkinder, daher eine verhältnismäßig geringe Sterblichkeit, etwa 16%; stellt man dem andere Bezirke gegenüber, so findet man mitunter nur 30% Brustkinder und 41% Säuglingssterblichkeit (z. B. Berlin-N.) Mutterschaftsversicherung, Stillbeiträge, in diese Forderungen klangen beide Referate aus. Auch in der Diskussion fand die Mutterschaftsversicherung warme Verfechter. Für vermehrte Volksbildung, für Wohnungsreform, gleichfalls als Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, trat Professor Siegert-Köln in der 5 Minuten-Diskussion ein. Professor Schlossmann-Düsseldorf betonte mit aller Energie, jetzt, vor der Annahme der neuen Reichsversicherungsordnung sei der richtige Zeitpunkt, um die ganze Mutter und Säuglingsfürsorge mit in die Versicherungsgesetzgebung aufzunehmen. Namentlich plädierte er für die Heranziehung der Frauen zur sozialen Dienstleistung. Mehrfach und in verschiedener Form tauchten auch die Forderungen einer staatlichen Wehrpflicht der Frau auf, die in der Form von Säuglingsfürsorge unter gleichzeitiger Ausbildung für alle Mutterpflichten verlangt würden. Interessant war die von Dr. Pötter-Leipzig aufgestellte Statistik über 140 000 Mütter in Leipzig, von denen 72—74% bis zu 6 Wochen, 60—61% länger als 6 Wochen gestillt haben. Trotz dieses relativ günstigen Prozentsatzes war aber die Kindersterblichkeit in Leipzig eine hohe, sie ging allerdings von 24% bis 21% herunter, ein noch bei weitem nicht befriedigendes Resultat. Die Hauptgründe, die Mütter am Stillen hinderten oder zu früher Einstellung veranlaßten, waren in 13% der Fälle Erkrankung und Tod, in 36% angeblich mangelnde Milch, („angeblich“, weil in solchen Fällen vielfach bei guter Anleitung und Pflege sich ausreichende Sekretion erzielen oder

erhalten läßt), bei 15% Bequemlichkeit, bei 6% weil der Mann oder die Mutter der Frau es nicht wollten, nur bei etwa 10% Rückkehr zur Arbeit. Aus dieser Statistik folgert der Redner, daß alle anderen Ursachen in noch höherem Maße mitsprechen als die steigende Erwerbsarbeit der Frau. Um trotz dieser Erwerbsarbeit die volle Erfüllung der Mutterpflichten zu ermöglichen, wurde die Einrichtung von Stillstuben und Stillkrippen befürwortet. Gleichfalls wertvolle statistische Ergebnisse brachte Professor Thiemich-Magdeburg, der an der Hand seiner Untersuchung bewies, daß einige Wochen der Bruststillung noch nicht genügen, um die Sterblichkeit der Kinder zu verringern, daß selbst bei dreimonatlicher Stilldauer die Sterblichkeit nicht erheblich zurückgeht, und ein erkennbarer Erfolg erst bei sechsmonatlicher Stilldauer eintritt. Es wäre wertvoll, wenn derartige Zahlen in möglichst großem Umfange gesammelt und beim Gesetzentwurf für die neue Mutterschaftsversicherung berücksichtigt würden. Ein weiterer Punkt, auf den die Diskussion mehrfach hinwies, ist die Tatsache, daß längerer Aufenthalt in Heimen für eheliche Mütter nur in Ausnahmefällen in Betracht kommt, die Nachteile einer Abwesenheit von Hause sind zu schwerwiegend, um übersehen zu werden. Dahergilt es, der Ehefrau und Familienmutter daheim Unterstützung während der Schwangerschaft, Hauspflege während des Wochenbettes, Stillunterstützung während der Laktationszeit zu verabfolgen. Einen wertvollen Anfang hat die Stadt Charlottenburg durch die Bewilligung von Beiträgen an Schwangere zu Ernährungszwecken gemacht. Im Jahre 1907 verabfolgte sie an 185 Mütter solche Beiträge zur „Vorernährung“. Da Charlottenburg ferner ein städtisches und privates Wöchnerinnenheim besitzt, Hauspflege gewährt, Beratungs- und Fürsorgestellen, eine Säuglingsklinik und eine Walderholungsstätte für Säuglinge hat, so ist im Prinzip ein geschlossenes System der Kinder- und Mütterfürsorge vorhanden. Freilich nur im Prinzip, denn Raum und Leistungsfähigkeit der gesamten Institutionen sind sehr begrenzt, und viel zu gering gegenüber der großen Zahl der Fürsorgebedürftigen. Jedenfalls aber ist es dem großen Gemeinwesen Berlin überlegen, denn in der Reichshauptstadt bleibt noch allzuviel zu tun für Mütter und Kinder. Ein seltsames Licht wirft es auch auf die Berliner Zustände, daß gerade in der Millionenstadt mit all ihren Einrichtungen und Kliniken die Müttersterblichkeit doppelt so hoch ist, wie auf dem Lande. Und von dem was geschieht fällt noch der Privatwohlthätigkeit ein großer Teil zu. Die Wohlthätigkeit aber abzuschaffen und überflüssig zu machen, muß unser Ziel sein, wie dies auch in erfreulicher Weise einer der Diskussionsredner, Dr. Hecker-München, verfocht. Er verlangte eine allgemeine Wohlfahrtssteuer, ähnlich der Kirchensteuer für soziale Maßnahmen. Vielleicht wäre es besser zu sagen, an Stelle der Kirchensteuer, oder schließlich noch besser, wie Professor v. Franqué in pazifistischem Sinne betonte, wenn die großen Mittel, die heute für Rüstungen aufgewendet werden, für die Zwecke der Volkswohlfahrt flüssig gemacht werden könnten. Aber wenn wir wirklich zum allgemeinen Völkerfrieden kommen wollen, so wird es nötig sein, einzusehen, daß unsere Aufgabe in der Bevölkerungspolitik eine doppelte ist. Erhaltung der Geborenen, zugleich jedoch rationelle Regelung der Geburten, Auslese durch Rassenhygiene, vernünftige Einschränkung, Hebung der Qualität unter Verzicht auf jene unvernünftige Quantität, mit der dann doch eine solche Verschwendung am Kindesleben und an Mutterkraft getrieben wird. So führt die Frage des Säuglingsschutzes, mag man es auch verhindern wollen, dennoch zur Aufrollung des ganzen Bevölkerungsproblems, das sich ohne Erörterung der Auslesefrage und des Neu-Malthusianismus nicht lösen läßt.

Der nächste Kongreß für Säuglingsfürsorge findet in München statt. Wenn die Vereinigung sich bei ihren Tagungen nicht darauf beschränken will, immer wieder Bekanntes mit kleinen Abweichungen zu wiederholen, und in ziemlicher Eintönigkeit bei der Erörterung praktischer Maßnahmen zu bleiben, so werden wir das Erfreuliche erleben, daß auch in diesem Kreise all die tiefer einschneidenden Probleme aufgerollt werden müssen, ohne deren Lösung es wirklichen Fortschritt nicht gibt. Es wird von Interesse sein zu verfolgen, welche innere Wandlung dann die neue Vereinigung, der das beste Gedeihen zu wünschen ist, durchmachen wird.



## DR. MED. ALFONS FISCHER, KARLSRUHE: DIE ZIELE DER PROPAGANDAGESELLSCHAFT FÜR MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG.



EIN Zweig des sozialen Versicherungswesens besitzt zurzeit einen größeren Interessentenkreis als die Mutterschaftsversicherung. Die bis jetzt vorhandenen gesetzlichen Fürsorgemaßnahmen für Schwangere und Wöchnerinnen in Deutschland übertreffen zwar alle Einrichtungen in den anderen europäischen Staaten; aber auch die deutsche Mutterschaftsversicherung, die ein Teil der Krankenversicherung ist, genügt hinsichtlich ihrer Ausdehnung und ihrer Leistungen im Einzelfall nicht den berechtigten Ansprüchen, da sie sich nur auf die in Orts- und Betriebskrankenkassen versicherten Frauen und Mädchen erstreckt, und selbst dieser beschränkten Anzahl von Hilfsbedürftigen nur die unzureichende Unterstützung in Höhe des Krankengeldes (d. h.  $\frac{2}{3}$  des Tagelohnes) gewährt. Darum wird von den verschiedensten Seiten und aus mannigfaltigen Gründen eine umfangreiche Ausdehnung der Mutterschaftsversicherung und eine erhebliche Erhöhung ihrer Leistungen gefordert.

Helene Fürth hat in einem in der Mainnummer des Jahrganges 1908 dieser Zeitschrift erschienenen Aufsatz die bis damals bekannt gewordenen Vorschläge zum Ausbau der in Rede stehenden Versicherung erläutert. Alle diese Systeme, soweit sie sich auf Maßnahmen, die vom Staat auszugehen hätten, erstrecken, bezeichnete die Verfasserin, von der selbst ein solcher Entwurf stammt, als aussichtslose Pläne. Und dies mit Recht. Denn auch derjenige Vorschlag, der am besten fundiert ist, der einen Sachkenner wie Geheimrat Mayet in Berlin zum Vater hat und vom Bunde für Mutterschutz mit großer Energie verfochten wird, ist für absehbare Zeit nicht zu verwirklichen; eine neuerdings wiederum von dem genannten Bund an den Reichstag gerichtete Petition, die eine umfassende Mutterschaftsversicherung auf Grund des überreichten statistischen Materials fordert, wurde in der Petitionskommission des Reichstages, nachdem der Regierungsvertreter auf die außerordentlich hohen Kosten hingedeutet hatte, dem Reichskanzler nur als Material (und nicht einmal zur Erwägung) überwiesen. Helene Fürth erwähnt dann auch den von mir entworfenen Plan einer Mutterschaftsversicherung, wie er von der auf meine Anregung gebildeten Propagandagesellschaft verwirklicht werden soll. Die Verfasserin begrüßt es, daß „ohne auf den schwer in Bewegung zu bringenden Gesetzesapparat zu warten, praktische Gegenwartsarbeit geleistet wird“. Aber sie



meint, — ich weiß nicht aus welchem Mißverständnis heraus —, daß ich „die obligatorische Staatshilfe und gesetzliche Ordnung der Materie“ grundsätzlich ablehne.

Zur Beseitigung dieses Irrtums und zur Orientierung über die Ziele unserer Propagandagesellschaft sollen die folgenden Ausführungen dienen, die wegen der Bedeutung des viel diskutierten Problems von Interesse sein dürften.

Die Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung ist lediglich aus sozialhygienischen Erwägungen hervorgegangen. Ihr Zweck ist die Verbreitung und Verwirklichung des Mutterschaftsversicherungsgedankens, damit allen bedürftigen Wöchnerinnen ein hinreichender Schutz zur Erhaltung der Gesundheit von Mutter und Kind gewährt wird. Es ist ja bekannt, daß die Morbidität unter den Frauen größer ist als unter den Männern, obwohl die Mortalität bei ersteren geringer ist als bei letzteren; als Erklärung für die größere Krankheitsfähigkeit der Frauen wird mit Recht die unzureichende Schonung angeführt, welche die Wöchnerinnen in den unteren Bevölkerungsschichten genießen. Und weiter! Die hohe Säuglingssterblichkeit ist im wesentlichen durch die falsche Ernährung, die statt der Muttermilch Surrogate bietet, begründet. Die jungen Mütter aus den bedürftigen Kreisen sind in der Hauptsache nur wegen der wirtschaftlichen Mißstände verhindert, den Neugeborenen die Brust zu reichen. Die Gesunderhaltung der Wöchnerinnen und ihrer Kinder wird im allgemeinen erreicht, wenn die jungen Mütter sogleich nach der Niederkunft eine pekuniäre Unterstützung empfangen, mit deren Hilfe sie sich einige Wochen nach der Entbindung der Arbeit enthalten und der Pflege ihres angegriffenen Körpers und des Säuglings widmen können. Diese Lehre hat man aus den Erfahrungen vieler Einrichtungen, besonders des vortrefflichen Pariser Instituts „Mutualité maternelle“ (das ich in Nr. 101 von „Kultur und Fortschritt“ bei F. Dietrich in Leipzig beschrieben habe) gewonnen. — Dieser sozialhygienische Gedankengang liegt den Bestrebungen der Propagandagesellschaft zugrunde. Und ihr Ziel sucht die Gesellschaft, wie es im § 2 ihrer Satzung heißt, zu erreichen:

a) durch Propaganda jeder Art zur Einführung entsprechender gesetzlicher Vorschriften;

b) durch Gründung von Mutterschaftskassen, die vorzugsweise auf Selbsthilfe beruhen sollen.

Man sieht also, daß die „gesetzliche Regelung der Materie“ das Endziel der Propagandagesellschaft ist. Aber wir wollen bei den theoretischen Forderungen nicht stehen bleiben, sondern durch Gründung von Mutterschaftskassen zur Tat schreiten. Denn nichts tun, als auf die staatliche Versicherung warten, hieße ein Heer von Kindern während der Wartezeit opfern, hieße mitschuldig sein daran, daß zahllose Frauen sich Unterleibserkrankungen aller Art zuziehen.

Die Mutterschaftskassen sollen, wie gesagt, vorzugsweise auf Selbsthilfe beruhen. Dazu ist folgendes zu bemerken: Am besten wäre es, wenn die in Frage kommenden Frauen und Mädchen selbst die Organisation von Mutterschaftskassen in Angriff nehmen würden. Aber dazu fehlt es in Deutschland vorläufig noch bei der Arbeiterschaft, vollends bei den Arbeiterfrauen, an genügendem Verständnis für die Bedeutung genossenschaftlicher Institutionen. Darum müssen Gesellschaften von sozial denkenden Männern und Frauen aller Stände gebildet werden, welche die Bedürftigen zur Organisation anleiten und gemeinsam mit den berufenen Ver-

tretern der Arbeiterschaft ohne Unterschied des politischen und religiösen Standpunktes Kassen gründen, unter Wahrung des Prinzips: „Mit dem Volk, für das Volk“. Zugleich muß diese Vereinigung als Geldbesorgerin wirken, um das zu erwartende Defizit der Kasse zu decken; denn ein solches wird sich aller Voraussicht nach ergeben. Will man nämlich zur Erreichung des sozialhygienischen Zweckes die Kassenleistungen genügend hoch gestalten, die Beiträge der Kassenteilnehmerinnen andererseits so bemessen, daß sie für jede Arbeiterfrau erschwinglich sind, so wird sich ein Fehlbetrag kaum vermeiden lassen. Wie soll nun das Defizit getilgt werden? Bei der erwähnten Pariser Mutterschaftskasse wird ein Drittel der Unkosten aus den Beiträgen der Versicherten bestritten, die beiden anderen Drittel werden durch die private Wohltätigkeit und aus öffentlichen Mitteln aufgebracht. Die von der Propagandagesellschaft zu schaffende Kasse soll aber unter allen Umständen alles vermeiden, was nach Wohltätigkeit schmeckt; darum sollen vorzugsweise die Kosten durch die Mitgliederbeiträge gedeckt werden, und nur zur Erhöhung der Kassenleistungsfähigkeit sollen städtische und staatliche Behörden um Unterstützung angegangen werden; diese Erhöhung der Unterstützungssummen wirkt naturgemäß als Anreiz für die Versicherungsnehmerinnen, aber im wesentlichen soll das Unternehmen auf Selbsthilfe beruhen; zur Selbsthilfe allerdings soll und darf Staatshilfe treten, da der Staat an dem Vorhandensein von Mutterschaftskassen das größte Interesse hat.

Der Gedanke der Gründung von Mutterschaftskassen auf der von der Propagandagesellschaft geplanten Basis ist kürzlich von Dr. Alice Salomon kritisiert worden. Es wurde behauptet, unser Unternehmen würde zu begrenzt sein, und es wurde befürwortet, daß Arbeitgeber oder die Gewerkschaften die Bildung von Mutterschaftskassen in Angriff nehmen sollten. Ich meine aber, daß gerade in dem Vorschlage der Kritikerin die Begrenztheit liegen würde. Arbeitgeber würden doch natürlich nur für ihre angestellten Arbeiterinnen, allenfalls für die Frauen der bei ihnen beschäftigten Arbeiter Maßnahmen treffen; und die Gewerkschaften würden doch naturgemäß auch nur für ihre Mitglieder bzw. deren Frauen sorgen, wenn diese Organisationen überhaupt solche Kassen planen würden, woran vorläufig gar nicht zu denken ist. Dazu kommt, daß es für die Gewerkschaften viel schwerer wäre, Unterstützungen durch Behörden zu erhalten, als dies bei einer neutralen, gemeinnützigen Propagandagesellschaft möglich ist. Bei unserem Unternehmen sind bereits mancherlei Erfolge in dieser Hinsicht zu verzeichnen: der Karlsruher Stadtrat, die badische Landesversicherungsanstalt, die Ortskrankenkasse Karlsruhe haben uns in dankenswerter Weise ihre Hilfe zur Verfügung gestellt.

Nur auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage ist die Gewähr geboten, daß alle bedürftigen Frauen und Mädchen sich der Kasse anschließen können. Das von der Propagandagesellschaft entworfene Statut\*), das sich zurzeit zur Prüfung bei der Aufsichtsbehörde, dem Ministerium des Innern, befindet und das, wie bestimmt zu erwarten ist, in der vorgelegten Form die Genehmigung in Bälde erhalten wird, bestimmt, daß alle in Karlsruhe wohnenden weiblichen Personen Mitglied werden können, deren eigenes oder Familieneinkommen den Betrag von 3000 M. in dem der Anmeldung vorangegangenen Jahr nicht übersteigt. Im übrigen ist jeder Person ohne Rücksicht

\*) Die Genehmigung zum Geschäftsbetrieb der Mutterschaftskasse ist vor einigen Tagen seitens des Ministeriums erteilt worden. Die Eröffnung der Kasse hat am 1. Juli stattgefunden.

auf Beruf, Konfession, politische Anschauungen, Alter, Familienstand die Möglichkeit gegeben, die Mitgliedschaft zu erwerben. Die Kassenleistungen bestehen in der Gewährung von Wöchnerinnengeldern und Stillprämien; Anspruch darauf hat ein Mitglied nur dann, wenn es der Kasse wenigstens ein Jahr angehört hat; als Wöchnerinnengeld werden nach einjähriger Mitgliedschaft 20 M., nach zweijähriger 30 M., nach dreijähriger 40 M. ausbezahlt; Mütter, die erwiesenermaßen noch 6 Wochen nach der Entbindung stillen, erhalten eine Stillprämie von 3 M., diejenigen, die noch 3 Monate nach der Niederkunft stillen, nochmals 3 M. Der Monatsbeitrag ist zurzeit auf 50 Pf. festgesetzt; die Höhe der Beiträge wird alljährlich von der Mitgliederversammlung bestimmt. Um unter allen Umständen den Verpflichtungen nachkommen zu können, stellt die Propagandagesellschaft der Mutterschaftskasse der Kasse einen nicht rückzahlbaren Fonds von 2000 M. zur Verfügung; dieser Fonds ist fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln (nur ein Mannheimer Fabrikherr hat ungebeten in dankenswerter Weise eine namhafte Summe gezeichnet) gebildet worden; und um für den Anfang das Risiko der Kasse zu verringern, hat der Kassenvorstand das Recht, die Zahl der Aufzunehmenden nach Lage der Kassenverhältnisse zu beschränken.

Dies sind im wesentlichen die Grundsätze der demnächst zu eröffnenden Mutterschaftskasse. Wir sind uns dessen bewußt, daß sie von dem Ideal weit entfernt ist; aber sie bietet alles, was zurzeit erreichbar ist. Und ich meine, daß eine solche Kasse den Zweck, Mutter und Kind gesund zu erhalten, wohl erfüllen kann. Denn einer nicht erwerbstätigen Frau werden die Kassenleistungen genügend Hilfe gewähren, damit sie sich für einige Wochen der schweren Hausarbeit zu enthalten und sich dem Säugling widmen kann; für die erwerbstätigen Mütter wird die Mutterschaftskasse als *Hilfskasse* in Aktion treten, um ihnen zu den gesetzlichen Leistungen der Krankenversicherung einen Zuschuß zu bringen.

So geben wir uns der Hoffnung hin, daß unser Unternehmen eine erfolgreiche praktische Gegenwartsarbeit zeitigen wird. Aber von der Mutterschaftskasse aus kann der Weg noch weiter führen.

Bewährt sich diese Einrichtung, und ist in ihr eine genügende Anzahl von Frauen organisiert, dann sind regelmäßige behördliche Unterstützungen, zunächst seitens der Stadtverwaltung zu erwarten; und so würde man, ähnlich wie bei der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System, von der Mutterschaftskasse zunächst zur städtischen Mutterschaftsversicherung gelangen. Bestehen dann in einem Staat, z. B. im Großherzogtum Baden, in mehreren Städten derartige Einrichtungen, dann kann auf ein staatliches Mutterschaftskassengesetz hingewirkt werden, nach welchem alle derartigen Kassen staatliche Unterstützungen zu erhalten haben, ähnlich wie dies bei den Arbeitslosenkassen in Norwegen geschieht. Das Endziel der Bestrebungen der Propagandagesellschaft würde dann darin zu bestehen haben, ein Reichs-Mutterschaftskassengesetz durchzusetzen. Dies ist, wie ich meine, der zurzeit einzige, erfolversprechende Weg, um zu einer umfassenden Reichs-Mutterschaftsversicherung zu gelangen.



## ANNA BAADER, BERLIN-ZEHLENDORF: DIE HANDHABUNG DES HALTEKINDERWESENS IN PREUSSEN.



ALLE die Kinder, die nicht von der eigenen Mutter, sondern von einer fremden Frau gegen Entgelt gepflegt und erzogen werden, sind, wie überall zugegeben wird, in sehr hohem Maß den verschiedensten Gefahren ausgesetzt. Um diesen Gefahren wirksam zu begegnen, sah sich die Regierung in der Lage, scharfe Polizeiverordnungen über das Haltekinderwesen zu erlassen. Darnach bedarf jede Frau, die gegen Entgelt ein fremdes, noch nicht 6 Jahr altes Kind in Kost und Pflege halten will, der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde. Diese Erlaubnis wird nur auf Widerruf, für eine bestimmte Zahl von Kindern und nur: „einer verheirateten, verwitweten oder ledigen Frau erteilt, welche nach ihren eigenen und ihrer Wohnungsgenossen persönlichen Verhältnissen und Eigenschaften, nach deren Gesundheitszustand und nach der Beschaffenheit ihrer Wohnung geeignet erscheint, eine solche Pflege zu übernehmen.“ Diese Erlaubnis muß vor einem etwaigen Wohnungswechsel aufs neue nachgesucht werden. Leider richtet sich die Handhabung dieser Bestimmungen sehr nach Angebot und Nachfrage; d. h. wenn in einem Ort mehr Pflegestellen zur Verfügung stehen als Kinder untergebracht werden müssen, so wird eine schärfere Auslese der Pflegemütter getroffen; ist aber das Gegenteil der Fall, so hofft man durch eine verschärfte Kontrolle auch mit zweifelhaften Pflegestellen auszukommen. Es wird daher einer Frau, die einigermaßen auf Ordnung und Sauberkeit hält, und deren Wohnung nicht allein aus einer Küche besteht, nicht allzuschwer, die Erlaubnis zur Haltung eines fremden, noch nicht 6 Jahr alten Kindes gegen Entgelt zu erlangen. Ist diese Formalität erfüllt, dann beginnt das Suchen, ich möchte fast sagen: die Jagd nach dem Kind. Durch Zeitungsannoncen, durch Provisionsversprechungen an Hebammen usw. hofft man ein Kind zu finden, dessen Eltern gut und sicher zahlen. Letzten Endes wendet man sich an das zuständige Waisenamt, das aber leider wenig zahlt.

Mit wenigen Ausnahmen rekrutieren sich die Pflege- oder Haltekinder aus den Reihen der unehelichen Abkömmlinge, von denen allein in Deutschland annähernd 180 000 alljährlich geboren werden. Nur ein kleiner Teil dieser Kinder findet in den vorhandenen Anstalten, den Waisenhäusern, Heimen und Asylen Aufnahme, der weitaus größte Teil wird in Familienpflege untergebracht, was zur Folge hat, daß das Haltekinderwesen sich zu einer Art Kleinindustrie herausgebildet hat.

Nach dem Gesetz hat der uneheliche Vater für den Unterhalt des Kindes aufzukommen und zwar nach Maßgabe des Standes der Mutter. Allerdings werden bei richterlichen Entscheidungen mit wenigen Ausnahmen die niedrigsten Sätze angenommen. Ist der uneheliche Vater nicht erreichbar oder zahlungsunfähig, sind auch die Eltern des Vaters und die Mutter des Kindes nicht in der Lage, seinen Unterhalt zu bestreiten, dann tritt auf Antrag die Armenverwaltung, allerdings mit den niedrigsten Sätzen, dafür ein.

Das monatliche Pflegegeld beträgt, abgesehen von vereinzelt geringeren Beträgen, in den meisten Fällen 20—25 M.; in seltenen Fällen 30 M.; in einzelnen Fällen auch noch etwas mehr. Dafür hat die Haltefrau gute Ernährung und sorgfältige Pflege zu leisten, und eine scharfe Kontrolle sorgt dafür, daß dies in ausreichendem Maße geschieht. In erster Linie wird diese

Kontrolle von der Waisenpflegerin, einer von der Polizei bestellten, verständigen Frau, gehandhabt. In kurzen, unregelmäßigen Zwischenräumen durchschnittlich dreimal im Monat, besucht sie das Kind unangemeldet, zu den verschiedensten Tageszeiten, überzeugt sich von seinem Wohlbefinden, von der Beschaffenheit seiner Kleidung und seines Bettchens, achtet auf Sauberkeit in der Wohnung, kontrolliert die Milch, die Milchgefäße, die Saugflaschen und Sauer. Der Waisenrat kommt etwas seltener in seiner Eigenschaft als Vormund oder als Vertreter eines außerhalb des Ortsgebietes wohnenden Vormundes. Auch er läßt sich das Kind vorführen und über sein Wohlbefinden berichten. Ebenso hat der Kreisarzt für das Wohl des Kindes zu sorgen; an einzelnen Orten kommt er in das Haus der Haltefrau, während an den meisten Orten das Kind ihm von Zeit zu Zeit vorgeführt werden muß. Er gibt Anordnungen über die Ernährung und spezielle Pflege des Kindes.

Durch alle diese Maßnahmen ist das elternlose Kind bis zu einem gewissen Grad vor körperlicher Not und Mißhandlung geschützt und es gehört immerhin zu den Seltenheiten, daß grobe Verfehlungen in dieser Art vorkommen. Denn sobald eine ungeeignete Behandlung des Kindes wahrgenommen wird, oder eine ihm nachteilige Veränderung der persönlichen oder häuslichen Verhältnisse der Haltefrau eintritt, kann die Erlaubnis auf Grund des vorbehaltenen Widerrufs zurückgezogen werden.

Um die seelische Not aber eines solchen Kindes kümmert sich niemand; denn diese tritt nicht scharf genug zutage. Wenn ein Kind abmagert, ein blasses Aussehen und tiefe Schatten um die Augen zeigt, so sehen die aufsichtführenden Personen, daß sein Wohlbefinden gestört ist und drängen auf Abhilfe. Wird aber das Eigenste des Kindes durch häßliche Eindrücke, durch eine wegwerfende Behandlung und unangebrachte Redensarten ganz allmählich und systematisch vergiftet, so tritt das meist erst zutage, wenn es schon zu spät ist, die Folgen solcher Erziehung zu beseitigen. Und nichts ist verderblicher für die seelische Entwicklung des Pfleglings als der bei jedem Anlaß vorgebrachte Vorhalt seiner unehelichen Geburt und was alles daran dann geknüpft wird. Dieser Vorhalt kann sogar ohne alle Worte gemacht werden; eine geringschätzende Bewegung, die Nichtachtung in so vielen kleinen Dingen wirkt ebenso. Denn die Kindesseele ist ein äußerst sensibles, empfindsames Ding, das alle Eindrücke, wenn auch unbewußt, noch viel schärfer aufnimmt und verarbeitet als ein Erwachsener. Sind diese Eindrücke mehr demütigender als ermunternder Art, so verliert das Kind sehr rasch seine Unbefangenheit und sein Selbstvertrauen, und damit seine köstlichsten Güter, die ihm niemals oder nur sehr schwer im späteren Leben wieder zurückkehren können. Gerade das uneheliche Kind aber braucht diese Güter am nötigsten, da es viel mehr wie alle anderen später einzig und allein auf sich selbst gestellt ist. Nachteilig auf das Kindergemüt vermag auch ein Wechsel der Pflegestelle zu wirken. Denn das Kind lernt seine Pflegemutter, von der es Gutes empfängt, sehr bald kennen und paßt sich sowohl ihren Gewohnheiten an als auch seiner ganzen Umgebung, in der es sich daheim fühlt. Wird es hier plötzlich herausgerissen, so muß notgedrungen sein gewonnenes Heimatsgefühl verletzt werden und es dauert lange Zeit bis eine neue Umgebung wieder einigermaßen an die alte Stelle tritt. Wiederholt sich der Wechsel mehrmals, so verliert das Kind allen Halt; es weiß überhaupt nicht mehr wem es angehört; denn die Menschen, die es nähren und kleiden sind ihm innerlich fremd und gleichgiltig. Die Begriffe elterlicher Liebe und Fürsorge, kindlichen, bedingungslosen Vertrauens kennt ein solches Kind

nicht; es lernt höchstens abschätzen, wo es besser und wo es weniger gut untergebracht war.

Ob aber die Erziehung des elternlosen Kindes in einer Anstalt der durchschnittlichen Privatpflege vorzuziehen ist, erscheint trotzdem äußerst fraglich. Wird das Kind auch dort einerseits vor häßlichen Eindrücken und vor Willkür bewahrt, so wirken andererseits die schematische, geschäftsmäßige Behandlung, die unbedingte Autorität des leider nicht immer einwandfreien Pflege- und Lehrpersonals, die freudlose, sich immer gleichbleibende Abwicklung aller Verrichtungen, endlich das Gefühl des Abgeschlossenseins von dem wirklichen Leben ebenfalls vernichtend auf die seelische Entwicklung ein. In einer Anstalt, auch wenn sie nach liberalen und zeitgemäßen Grundsätzen geleitet ist, bleibt das Kind kein selbständiges Individuum, sondern wird eine Nummer, die weiter nichts zu tun hat als sich in den Rahmen einzufügen, der ihr gesteckt ist. Das Kind lebt nicht mehr sich und seinen Empfindungen, sondern seinen Vorschriften. Unter diesen Vorschriften wird die Freude an sich, die Lebensfreude begraben.

Hier Abhilfe und Besserung zu schaffen ist unendlich schwierig. Denn sie wird viel weniger erreicht durch Schaffung vieler, gut geleiteter Anstalten, als durch eine bessere Auslese all der Personen, die fortwährend mit dem Kind in Berührung kommen. Also durch bessere Erziehung und Bildung des Pflege- und Lehrpersonals der Anstalten und nicht zuletzt durch bessere Dotierung und bessere Behandlung der Haltefrauen. Heute wird es einer gebildeten Frau fast unmöglich gemacht, sich diesem Erziehungsgeschäft zu widmen. Denn einmal decken die überaus niedrigen Pflegegelder weitaus nicht die Selbstkosten für Raummiete, Beköstigung, Wäsche usw. und dann wirkt die Kontrolle, die in erster Linie für robuste, derbe Frauen aus den niederen Ständen zugeschnitten ist, in ihrer bevormundenden Art verwüstend und deprimierend.

Dadurch aber, daß die wichtigste soziale Aufgabe, die Erziehung vorhandener junger Staatsbürger, durch Hungerlohn in eine Sphäre hinabgedrückt wird, die dieser Aufgabe absolut verständnislos gegenübersteht, zieht sich die menschliche Gesellschaft künstlich ein Heer von Feinden; denn wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Welt der Verbrecher, Dirnen und Landstreicher sich zu einem erschreckend hohen Teil aus den Elternlosen rekrutiert.



## MARGARETE VON GOTTBERG, STUTTGART: DIE ZUNAHME DER WEIBLICHEN ERWERBSTÄTIGKEIT IM DEUTSCHEN REICH.



ENN man bisher in dem Kampf für das Frauenstimmrecht neben den ideellen Gründen, die diesen Kampf gerechtfertigt erscheinen ließen, auch die praktischen Seiten des Lebens in das Feld führte, um die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Erhebung der Frau zur gleichberechtigten Staatsbürgerin zu beweisen, so berief man sich, da die Tatsache, daß die Frau vor dem Gesetz und bei der Zahlung der Steuern als gleichberechtigt mit dem Manne angesehen wird, keinen Eindruck machte, mit Recht auch auf die steigende Anteilnahme der Frau



am Erwerbsleben, wodurch sie teilnimmt an der zu leistenden volkswirtschaftlichen Arbeit. Jedoch man konnte sich hierbei nur auf die Berufszählungen aus den Jahren 1882 und 1895 stützen, die uns allerdings schon ein klares Bild des steten Anwachsens der Frauenarbeit liefern. Immerhin war die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit zwischen diesen beiden ersten Zählungen nicht so bedeutend, daß man hätte mit Sicherheit den eisernen Zwang, der in den äußeren wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegen muß, für diese Steigerung annehmen können. Im Jahre 1882 betrug die Anzahl der weiblichen Erwerbstätigen 4 259 103 und stieg bis zur Zählung im Jahre 1895 auf 5 264 393. Es handelt sich hier in den 12 Jahren um eine Zunahme von 23,6 vom Hundert. Seit dem Jahre 1895 deuteten jedoch alle Anzeichen darauf hin, daß das Einrücken der Frau in das Erwerbs- und Wirtschaftsleben sich nicht nur im steten Wachsen befinde, sondern eine geradezu erstaunliche Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit vorhanden sein mußte. Es fehlte aber einstweilen hierfür an Beweisen, und man konnte nur indirekt darauf schließen. Der hauptsächlichste Grund, der für diese Annahme sprach, lag in der wirtschaftlichen Lage, in der Teuerung der steigenden Lebensmittelpreise, mit denen die Lohnerhöhungen nicht im entferntesten Schritt hielten, so daß in den Haushaltungskassen ein Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben eintreten mußte, wenn man nicht alle rührigen Hände zur Arbeit heranzog, um das Einkommen auf diese Weise zu erhöhen. Und so kommt es, daß heute nicht nur die Frau des Arbeiters auf Erwerb ausgehen muß, wie dies in der Hauptsache bei der vorangegangenen Zählungen der Fall war, sondern auch die Frauen und Töchter des Mittelstandes sind heute im Geschäft des Mannes tätig oder sie besorgen überhaupt das Geschäft, während der Mann sich noch nach einem einträglicheren Erwerb umsieht. Aber auch damit ist noch nicht Genüge getan, denn wenn es noch vor noch nicht allzulanger Zeit ein Unding war, daß die Töchter der Beamten und Offiziere einem Broterwerb nachgingen, so hat die Not auch diese Schranke schon durchbrochen, und der größte Prozentsatz der Lehrerinnen ist aus diesen Kreisen hervorgegangen. Wie lange wird es noch dauern, und nicht nur die Töchter, sondern auch die Frauen der Beamten und Offiziere müssen in das Erwerbsleben eintreten, wie es schon größtenteils das Los der Arbeiterfrau und der Frau des Mittelstandes geworden ist!

Wenn dies jedoch zunächst alles Vermutungen waren, so hat die Berufszählung im Jahre 1907 den Beweis erbracht, daß diese Vermutungen sich nur allzusehr bewahrheiten. Die weiblichen Erwerbstätigen sind von 5 264 393 im Jahre 1895 auf 8 243 498 im Jahre 1907 gestiegen. Es bedeutet dies in den 12 Jahren eine Zunahme um 56,59 vom Hundert. Und seit 1882 haben sich die weiblichen Erwerbstätigen nahezu verdoppelt. Vergleicht man diese Zahlen mit denen der männlichen Erwerbstätigen, so ergibt sich, daß die Frauen 1882 24,2, 1895 25,4 und 1907 30,7 vom Hundert aller Erwerbstätigen ausmachten. Somit leisten die Frauen heute nahezu den dritten Teil aller volkswirtschaftlichen Arbeit.

Betrachtet man nun die Verteilung der erwerbstätigen Frauen auf die verschiedenen Berufsabteilungen, so ergeben sich auch dabei interessante Momente, die einerseits das „Muß“ beleuchten, welches die Frau in das Berufsleben drängt, andererseits aber auch ein beredtes Zeugnis für die fortschreitende Industrialisierung des Reiches ablegen, die ja nicht zum wenigsten auch die Gefolgschaft der Frau fordert. Während in der Landwirtschaft seit 1895 die männlichen und weiblichen Berufszugehörigen sowie

die männlichen Erwerbstätigen abgenommen haben, sind die weiblichen Erwerbstätigen von 2 753 154 auf 4 254 488 gestiegen. Dieser Vorgang, daß nämlich trotz der allgemeinen Abnahme der Berufszugehörigen die weiblichen Erwerbstätigen eine so bedeutende Steigerung erfahren haben, erklärt sich durch die starke Abwanderung der männlichen Arbeitskräfte in die Industriezentren, die eine um so lebhaftere Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte forderte, so daß die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft der der männlichen sehr nahe gerückt ist. In der Industrie sind die Frauen von 1 521 118 im Jahre 1895 auf 2 103 924 im Jahre 1907 gestiegen, während dieselbe 1882 nur 1 126 976 Frauen beschäftigte. Im Handel und Verkehr, auch Gast- und Schankwirtschaft waren 1882: 298 110, 1895: 579 609 und 1907: 931 373 Frauen tätig. Bei der Lohnarbeit war eine Zunahme von 233 865 auf 320 904 zu verzeichnen; hier blieben die männlichen Erwerbstätigen mit 150 791 weit hinter den Frauen zurück. Im öffentlichen Dienst und den freien Berufsarten sind die Frauen von 176 648 auf 288 311 gestiegen. Auch in der Gruppe der Berufslosen ohne Berufsangabe hat eine Steigerung von 1 115 549 auf 1 792 207 Frauen stattgefunden.

Um aber ein einheitliches Bild der weiblichen Erwerbstätigkeit zu gewinnen, genügt der allgemeine Überblick nicht, sondern man muß auch die soziale Gliederung, die die Erwerbstätigen wiederum in ihren verschiedenen Berufen in Selbständige, Angestellte und Arbeiter einteilt, erfassen. Diese Gliederung ermöglicht somit, die höhere oder niedrigere Tätigkeit des einzelnen in seinem Berufe festzustellen und je nach den Schwankungen der verschiedenen Abteilungen Schlüsse auf die volkswirtschaftliche Entwicklung zu ziehen. Die Selbständigen sanken in der Landwirtschaft von 1895 bis 1907 von 2 568 725 auf 2 500 974, in der Industrie von 2 061 764 auf 1 977 122, wohingegen sie im Handel und Verkehr eine geringe Zunahme von 843 557 auf 1 012 192 aufzuweisen hatten. Die Angestellten stiegen in der Landwirtschaft von 96 173 auf 98 812, in der Industrie von 263 745 auf 686 007 und im Handel und Verkehr von 1 233 047 auf 1 959 525. Hier- von entfallen auf das weibliche Geschlecht:

		Selbständige	Angestellte	Arbeiter
Landwirtschaft .....	1907:	328 234	16 264	4 254 488
	1895:	346 899	18 107	2 388 148
Industrie .....	1907:	477 290	63 936	1 562 698
	1895:	519 492	9 324	992 302
Handel und Verkehr .	1907:	246 641	79 689	605 043
	1895:	1 202 616	11 987	365 005
zusammen ....	1907:	1 052 165	159 889	6 422 229
	1895:	1 069 007	39 418	3 745 455

Aus den obigen Zahlen ergibt sich, daß, wenn auch im Handel und Verkehr eine Zunahme der Selbständigen festzustellen ist, trotzdem die Abnahme dieser Berufsschicht sehr bedeutend ist. Interessant ist dabei noch der Vergleich der beiden Geschlechter in ihrer prozentualen Zu- bzw. Abnahme in den 12 Jahren, der aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

	Männer:	Frauen:
Selbständige .....	— 2,75	— 8,12
Angestellte .....	+ 144,50	+ 585,71
Arbeiter.....	+ 41,65	+ 47,48
zusammen ...	+ 35,39	+ 38,31

Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß im Handel und Verkehr auch die Selbständigen seit 1895 eine Steigerung erfahren haben, und zwar die Männer von 19,44 %, die Frauen von 21,73 %. Immerhin hat diese Zunahme die bedeutende Abnahme in der Landwirtschaft und Industrie nicht decken können. Für diese Abnahme der Selbständigen findet sich eine natürliche Erklärung in der steigenden Konzentration des Kapitals in einer Hand, die bewirkt, daß die Kleinbetriebe von den Großbetrieben verschlungen werden, wie man aus der Betriebszählung von 1907 ersehen kann, nach der die Großbetriebe sich stark vermehrt, während die Kleinbetriebe eine Verminderung erfahren haben. Mit dieser Tatsache in engem Zusammenhang steht naturgemäß die Abnahme der Selbständigen, die nunmehr als Angestellte in den Großbetrieben tätig sind. Damit ist die Abnahme an und für sich erklärt; erstaunlich bleibt aber der Faktor, daß die weiblichen Selbständigen viel rascher als die männlichen abgenommen haben, während die Frauen sonst überall in rascherem Tempo als die Männer in das Erwerbsleben eingedrungen sind. Dies bewahrheitet sich sogar auch bei dem Vergleich der männlichen und weiblichen Selbständigen im Handel und Verkehr, wo die Männer, wie schon oben erwähnt, eine Zunahme von 19,44 %, die Frauen aber von 21,73 % aufzuweisen haben. Wollte man diese Erscheinung mit dem Niedergang der Konjunktur in Verbindung bringen, so müßte der Rückgang der Selbständigen sich wohl bei den beiden Geschlechtern annähernd gleich gestalten. Es ist aber gerade interessant, daß während der Berufszählung von 1907 die Konjunktur noch sehr hoch stand und die Depression erst im Sommer 1908 einsetzte, dieselbe also ausgeschaltet werden kann. Außerdem wäre auch dann ein rascherer Rückgang der weiblichen Selbständigen noch nicht wahrscheinlich gewesen, da bei einer wirtschaftlichen Depression billige Arbeitskräfte noch mehr wie sonst bevorzugt werden und die Frauen leider ihre Arbeitskraft viel billiger als die Männer abgeben. Sie würden also eher in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression noch stärker herangezogen werden, um die Herstellungskosten zu verbilligen. So würden also durch Hemmungen von außen die Geschlechter voraussichtlich in gleicher Weise betroffen werden. Es liegt daher nahe, die Ursache für den rascheren Rückgang der weiblichen Selbständigen im Gegensatz zu dem sonstigen rascheren Eindringen der Frau in das Erwerbsleben und die sozialen Schichten in einem Moment zu suchen, das lediglich in der Frau begründet liegt, und dieses dürfte nicht allzufern liegen. Die mangelhafte Berufsausbildung ist einerseits ein Grund, warum die Frau so schwer in besserbezahlte Stellen aufrückt und warum sie sich andererseits in einer höheren sozialen Schicht, die sie schon erobert hatte, nicht zu halten vermag. Es ist dies sehr bedauerlich, doch muß es ausgesprochen werden, wenn in dieser Hinsicht eine Besserung eintreten soll, die man nicht rasch genug im Interesse der erwerbenden Frauenwelt anstreben kann, damit das Frauenelend, das durch die niederen Löhne geschaffen wurde und so seine Schatten auf die Männerarbeit durch Herabdrückung auch ihrer Löhne wirft, gehoben werden kann. Es müssen deshalb immer wieder alle Hebel angesetzt werden, auf daß die Idee einer gleichen Berufsausbildung für Mann und Frau in weitere Kreise und alle Schichten der Bevölkerung dringe, auf daß sie sich in die Tat umsetze, um so den Frauen das einmal und schwer Errungene zu erhalten, damit es ihren Händen nicht wieder entgleite.

Daß die weibliche Erwerbstätigkeit neben den Licht- auch Schatten-seiten zeigt, ist fast selbstverständlich. Man muß dabei nur das eine im



Auge behalten, nämlich daß die Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben keine freiwillige, sondern eine durch die sozialen Verhältnisse veranlaßte Mitwirkung an der volkswirtschaftlichen Arbeit ist, die sich allmählich von Stufe zu Stufe aufwärts entwickelt. Man darf auch hierbei nicht vergessen, daß noch vor einem reichlichen halben Jahrhundert die ersten schüchternen Versuche gemacht wurden, den Frauen Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen, und doch steht heute schon nahezu jede zweite Frau im Erwerbsleben!

Kommen wir somit auf den Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück, so kann man, rein objektiv gesehen, den Frauen ihre Forderung, zur gleichberechtigten Staatsbürgerin neben dem Manne erhoben zu werden, nicht verdenken; und zwar nicht nur vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus betrachtet, ist diese Forderung eine Notwendigkeit, sondern dieselbe findet ihre Begründung schon zur Genüge in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, die den Frauen ihren Gegnern zum Trotz in nicht zu ferner Zeit die völlige Gleichberechtigung mit dem Manne als eine selbstverständliche Gabe in den Schoß legen werden.



## DIE BÜRGERLICHEN FRAUENORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND.



ER wachsenden Bedeutung der öffentlichen Betätigung der Frauen hat das Kaiserlich Statistische Amt Rechnung getragen, indem es Anfang 1908 eine Erhebung über die von Frauen gegründeten oder doch vorwiegend für Frauen bestimmten Organisationen im Deutschen Reiche veranstaltet hat. Die Antworten sind aus bürgerlichen Kreisen und den Kreisen der konfessionellen Arbeiterinnenbewegung ziemlich zahlreich eingegangen und geben so ein wenn auch nicht vollständiges Bild der Rolle, die heute die Frau im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben spielt. Es fehlen die Zahlen der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen, was sich auch schon daraus erklärt, daß diese Organisationen zum überwiegenden Teil von Männern gebildet werden; auch unsere Arbeiterinnen-Bildungsvereine haben sich nicht an der Erhebung beteiligt.

Die Fragen der Enquete erstreckten sich auf den Sitz und das Gebiet der Organisation, die Zahl der angeschlossenen Vereine, das Gründungsjahr, die Mitgliederzahl, die verfolgten Zwecke, Einnahmen, Ausgaben und Vermögen. In der im Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes veröffentlichten Zusammenstellung der vorläufigen Ergebnisse sind die Verbände resp. Vereine nach den von ihnen verfolgten Hauptzwecken in folgenden Gruppen untergebracht:

- A. Allgemeine Frauenbewegung,
- B. Berufsorganisationen,
- C. Soziale Organisationen,
- D. Wohltätigkeitsorganisationen,
- E. Frauenbildungsorganisationen,
- F. Politische Organisationen.

Unter der Gruppe A sind alle die Verbände zu finden, die ihre Aufgabe darin sehen, die Stellung der Frau ganz allgemein, d. h. nicht nach einer bestimmten Richtung zu heben, auch wenn sie mehrere Zwecke verfolgen,

die sie unter eine der Gruppen D—F weisen würden. Hier ist der große Bund deutscher Frauen einbegriffen, der in zehn Unterverbänden und acht lokalen Vereinen 150 000 Mitglieder in allen Teilen des Reiches umfaßt. Ferner der Evangelische Frauenbund mit 9400, der Katholische Frauenbund mit 18 000, der Bund für Mutterschutz mit 1932 Mitgliedern usw.

Sehr umfangreich ist die Gruppe B, die die weiblichen Berufsorganisationen umfaßt. Die beiden großen Verbände kaufmännischer weiblicher Angestellten mit dem Sitze in Frankfurt a. M. und Berlin zählen allein 10 200 bzw. 23 067 Mitglieder, der Verband katholischer Vereine erwerbender Frauen und Mädchen (Berlin) deren 22 000, der Verband der katholischen Arbeiterinnenvereine der Erzdiözese Köln 12 000, der Verband der Heimarbeiterinnen Deutschlands für Kleider- und Wäschekonfektion 5500 Mitglieder. Hier finden sich auch die Lehrerinnenvereine, so der Allgemeine Deutsche Lehrerinnen-Verein mit 23 000, der Allgemeine Wohlfahrtsverband der Lehrer und Lehrerinnen (Berlin) mit 38 000 weiblichen Mitgliedern, der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (Boppard a. Rh.) mit 10 040 Mitgliedern. Gruppe B umfaßt — also ohne die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen — rund 176 252 berufsmäßig organisierte Frauen.

Nur klein ist die Gruppe C: Soziale Organisationen. Sie zählt vier Verbände, darunter als bedeutendsten den Deutschen Frauenverein für die Ostmarken (Berlin) mit insgesamt 15 728 weiblichen Mitgliedern.

Eine außerordentlich große Gruppe ist wiederum die Gruppe D, die die charitativen oder Wohltätigkeitsorganisationen umfaßt. Es ist dies ja das Gebiet, auf dem sich von jeher Frauen, wenn auch früher mehr in individueller Weise betätigt haben. Die wichtigste Organisation ist hier der Vaterländische Frauenverein (Berlin), der in den verschiedenen deutschen Provinzen und Staaten 36 Verbände und Vereine mit zusammen 395 054 Mitgliedern umfaßt. Mächtige Verbände sind auch der Bayrische Frauenverein vom Roten Kreuz (München), der 52 852 Mitglieder zählt, und der Badische Frauenverein (Karlsruhe) mit 75 305 Mitgliedern. Den vorliegenden Angaben zufolge umfaßt die ganze Gruppe 555 697 Mitglieder, unter denen allerdings die den Vaterländischen Frauenvereinen angeschlossenen Männer mitgezählt sind.

In der Gruppe E: Frauenbildungsorganisationen finden wir nur sechs Verbände und 19 Vereine mit zusammen 13 102 Mitgliedern, darunter der bekannte Verein Frauenbildung—Frauenstudium mit 3806 und der Deutsche Fröbel-Verband mit 3495 weiblichen Mitgliedern. Die Gruppe F: Politische Organisationen endlich enthält fast nur Verbände für Frauenstimmrecht, ferner den Flottenbund deutscher Frauen (Hannover) mit 5567 und den Deutsch-kolonialen Frauenbund mit 1462 weiblichen Mitgliedern. Zusammen zählt diese Gruppe 11 113 Mitglieder.

Obgleich es sich hier also um eine noch in keiner Beziehung vollständige Zusammenstellung handelt, ergeben die mitgeteilten Ziffern doch bereits einen Gesamtbestand von fast 1 Million organisierten Frauen meist bürgerlicher Herkunft. Es liegt auf der Hand, daß diese Ziffer trotz Kopfschüttelns der Philister doch bereits eine Macht im öffentlichen Leben bedeutet. Und wenn mit wenigen Ausnahmen unsere bürgerlichen Frauen auch kein allzu radikales Auftreten lieben, so ist doch ihr Einfluß zugunsten der Frauen auf den Gebieten des Erwerbslebens, des höheren Studiums, der Ehe- und Familiengesetzgebung, der Zulassung der Frau zu öffentlichen Ämtern unverkennbar. Beachtenswert sind übrigens die starken Ziffern der speziell k a -

tholischen Organisationen, ein Beweis dafür, daß die katholische Kirche trotz ihrer im Prinzip so rückständigen Haltung in Frauenfragen auch in diesem Punkte ihren scharfen praktischen Blick nicht verleugnet, der sie die wachsende Bedeutung der Frau im wirtschaftlichen und politischen Leben erkennen gelehrt hat. In Übereinstimmung von Prinzip und Praxis hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die Frauen stets als gleichberechtigte Mitkämpferinnen um ihre Ziele willkommen geheißen.



## R. I. CAMPBELL, PREDIGER DES CITY-TEMPELS LONDON: DIE ÖKONOMISCHEN PROBLEME DER FRAUEN- STIMMRECHTS-BEWEGUNG.

**D**IE Frauenstimmrechtsbewegung in England hat nun solche politische Stoßkraft gewonnen, daß kein ernsthafter Staatsmann sie ignorieren und kaum einer ihr noch lange Widerstand leisten kann. Sie hat allen Fluch der Lächerlichkeit besiegt, alle Mißverständnisse und falschen Beurteilungen und befindet sich am Vorabend des Sieges. Das entscheidende Verdienst hieran kommt meiner Ansicht nach der bewußten, plangemäßen und rücksichtslosen Agitation der Frauenstimmrechts-Verbände zu, so sehr auch manche furchtsame Politiker, an sich Freunde der Bewegung durch ihre Taktik der Gewalt verschüchtert worden sein mögen.

Die Geschichte zeigt, daß nirgends große politische Reformen im Wege voller Gesetzlichkeit erzielt wurden; niemals haben unterdrückte, aufstrebende Volksklassen das Gesetz ihrer Herrscher, das ihre Knechtung in Formeln kleidete, als für sie geltend anerkannt. In England vor allem ist es von jedem Mann stillschweigend anerkannt, daß die Gesetze nur deshalb alle Staatsbürger binden, weil sie durch das von ihnen erwählte Parlament an ihre Verfassung mitgewirkt haben; die Frauen aber haben nicht mitgewirkt, sie sind nicht an die Äußerung ihres eigenen freien Willens, wie er sich im Gesetzestexte darstellt, gebunden, ihnen gegenüber ist das Gesetz ein fremdes und sie laufen mit Recht gegen dasselbe Sturm, um es durch ein neues, das ihnen Gleichberechtigung gewährt, zu ersetzen. Darum sind all die Vorwürfe gegen die führenden Frauen: Daß sie ihre Agitation nicht mit konstitutionellen Methoden betreiben, kindisch. Wie könnten sie das tun, da ihnen das Gesetz Zutritt in die Vertretungskörper und hiermit die Möglichkeit parlamentarischer Einflußnahme auch nicht im beschränktesten Grade bietet.

Auch das allgemeine Stimmrecht wäre niemals erlangt worden, wenn die Arbeiter sich auf friedliche Überredung beschränkt hätten; es ward gewonnen, weil die herrschenden Klassen die Arbeiterbewegung fürchteten und so wird es wieder in Sachen des Frauenstimmrechts sein. Die liberale Partei wird den Frauen das Stimmrecht geben, weil sie fürchtet, durch sie vor dem Lande diskreditiert zu werden und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die wiederholten Beschlüsse des englischen Parlaments, das zuletzt mit  $\frac{2}{3}$  Majorität sich für Gewährung des Frauenstimmrechts aussprach



endlich auch bei der Regierung Gehör finden und zur Gesetzwerdung der Vorlage führen werden.

I.

Betrachten wir im folgenden einige wesentliche Probleme des Frauendaseins, die vermöge des Frauenstimmrechts und des politischen Einflusses der Frau in einem ihr günstigen Sinne gelöst werden können und — so hoffe ich — bald gelöst sein werden.

Zunächst die ökonomische Existenz der verheirateten Frau. In der großen Mehrheit der britischen Familien liegt es dem Manne ob, die für den Lebensunterhalt notwendigen Summen zu verdienen, während sich die Frau der Sorge um den Haushalt und die Kinder hingibt. Auf dem festen Lande ist die Zahl der Frauen, die selbst erwerben und damit auch entscheidenderen Einfluß auf die Verwendung des erworbenen Gewinnes haben, zweifelsohne viel größer, aber auch dort ist selbständige Lohnarbeit der Frau nur bis zur Verheiratung die Regel; nach der Verheiratung kehrt die Mehrheit der Frauen in den engeren Kreis des häuslichen Lebens zurück.

Welches ist nun deren ökonomische Stellung gegenüber dem Ehegatten? — Sie sind in allen finanziellen Fragen durchaus von dessen Wohlwollen abhängig; er mag geben oder zurückhalten, wie es ihm gefällt. Niemand kann ihn zwingen, daß er seiner Frau mehr einhändige, als eben hinreicht, um das Haus in standesgemäßer Weise fortzuführen. Das Gesetz greift ein, wenn er diese Sorge vernachlässigt und vielleicht auf dem Kontinente nicht einmal so sicher und regelmäßig als in England. Aber diese Verpflichtung erstreckt sich bloß auf Notwendigkeiten, nicht auf irgendwelche freien Wünsche der Frau. Für alle solchen hängt sie vom Belieben des Gatten ab: er ist der Zahlmeister und vermöge dieser Zahlgewalt kann er über die Arbeit der Frau verfügen. Er mag einen ihm entsprechend erscheinenden Teil der Einkünfte für sein persönliches Vergnügen verwenden, niemand kann ihn daran hindern; der Frau aber mag er verweigern, einen gleichen Teil der Einnahmen für ihre persönlichen Wünsche zu verausgaben; selbst, wo er gibt, kann er jedes einzelne Mal sich bitten lassen und gerade im Geben seine Herrschergewalt neu bekräftigen. Diese Demütigung als solche ist der Frau und vielleicht gerade der hochstrebenden Frau schwerer zu ertragen als der tatsächliche Ausschluß von der Befriedigung mancher Launen. Sie würde vielleicht auch, wenn sie selbst über ein Eigenes zu verfügen hätte, nicht mehr ausgeben als jetzt, aber es schmerzt sie, um das bitten zu müssen, was sie eigentlich im Sinne ihrer Arbeit im Haushalt und für die Erziehung der Kinder als zukommenden Lohn fordern könnte. In der Mehrheit der Haushalte arbeitet die Frau ebenso hart als der Ehegatte, eher noch härter, denn ihre Arbeitsstunden sind unbeschränkt; sie hat keinerlei Recht auf einen Gewerkschaftslohn als Entgelt für ihre Dienste. Glücklicherweise sind die wenigen verheirateten Frauen, welche ein unabhängiges Privatvermögen besitzen, das ihre Stellung der des Mannes ebenbürtig macht.

Wie könnte dem abgeholfen werden? Durch Gesetz müßte festgelegt werden, daß auch die verheiratete Frau einen gewissen Anteil vom Einkommen des Mannes als Entgelt für ihre Leitung des Haushaltes für sich in Anspruch nehmen dürfe, nicht dank einer Freigebigkeit, sondern einem Rechtstitel gemäß. Ihr gebührt ein Lohn für ihre Dienste und zwar nicht bloß Wohnung, Kleidung und Beköstigung, sondern, wie jedem anderen Arbeiter, darüber hinaus eine freie Summe zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse, das, was die Römer „peculium“ nannten.

Gewiß mag eingewendet werden, daß leichtsinnige Frauen solche Begünstigung mißbrauchen könnten, daß der Verschwendung damit Tür und Tor geöffnet werde. Dann ist es aber gewiß auch eben so notwendig, durch ein abermals neues Gesetz dem Gatten die Möglichkeit des Leichtsinns zu benehmen resp. der Familie die ihr notwendigen Gelder auch von dieser Seite her zu sichern. Ihm wie ihr hätte ein angemessener, und keineswegs übertragender Prozentsatz des Einkommens zur freien Verfügung zu verbleiben, der wesentliche Teil aber, besonders in den Familien der Arbeiterklasse, wäre als Haushaltsbudget zu wahren.

## II.

Wichtiger noch und weittragender ist das ökonomische Problem der Mutterschaft: Mag der Staat eine Genugtuung davon haben, daß der Hausfrau das ihr Gebührende zuteil werde, mag er auch den Ehemann dazu zwingen, ihr dasselbe zu geben — an der Mutterschaft hat er ein unmittelbares Interesse; es gilt seine eigene Zukunft.

Der Staat bezeugt schon jetzt dieses sein Interesse an der Nation von morgen. Er unterhält Schulen, um sie heranzubilden; er beginnt, für Nahrung und Kleidung der Schulkinder einzutreten. Der nächste Schritt im Vorschreiten dieser Bewegung, so langsam sie auch vor sich geht, muß in jener Fürsorge für die physische Kraft des Kindes bestehen, die nur im Schutz der werdenden Mutter gegeben werden kann. Wenn diese die Zeit vor der Geburt in entsprechender, von schwerer Arbeit freier Weise verbringt; wenn sie ferner in die Lage kommt, ihr Kind selbst zu säugen und zu betreuen, dann wird nicht nur die Kindersterblichkeit eine viel geringere werden, sondern auch die Überlebenden werden unvergleichlich tüchtiger sein, den weiteren Lebenskampf zu bestehen. Statistiken in allen Ländern zeigen, daß die körperliche Arbeit der Mutter vor der Entbindung, mehr aber noch ihre Unfähigkeit, sich dem Kinde während des ersten Lebensjahres zu widmen, die Kindersterblichkeit überaus erhöht\*).

Wichtiger noch für die Rasse als der Tod der Kleinen ist die Gefahr, daß Siechtum der Überlebenden zur Degeneration des Volkes führe. Gerade in den Arbeitervierteln ist aber der Kinderreichtum weit größer als bei den wohlhabenden Ständen, so daß trotz aller Kindersterblichkeit die Proletariatskinder immer noch in der Überzahl sind. Mit der Malthusianischen Methode hier natürliche Hilfsmittel zu suchen, mag nach vielen Richtungen gefahrvoll erscheinen, doppelt gefahrvoll in manchen Ländern des Festlandes wie Frankreich, die nicht den überquellenden Kinderreichtum der germanischen Rassen Englands und Deutschlands besitzen. Auch die Entwicklung selbst mag manches tun, indem sie die ökonomische Lage der Arbeiterschichten erhöht und damit von selbst, was ein Naturgesetz zu sein scheint, den Kinderreichtum vermindert. Sei dem aber, wie ihm sei, die Kinder, die geboren werden, müssen in entsprechender Weise aufgezogen werden können; dafür sprechen nicht bloß humanitäre, sondern vor allem auch Gründe der Selbstbehauptung der Völker. Dies aber kann nur durch ein System der Mutterschaftsfürsorge oder Mutterschaftsversicherungen ermöglicht werden, sei es, daß der Staat allein jeder Mutter der bedürftigen Klassen einen finanziellen Zuschuß für die Zeit ihrer Bedrängnis gebe, sei es, daß ein obligatorisches System der Versicherung für sie geschaffen werde.

\*) Siehe insbesondere auch die Artikel von Gemeinderat Schiavi, Mailand; Frau Schrutka von Rechtenstamm, Wien; von Dr. Regnault, Paris in unserer Zeitschrift. Anm. der Red.

In entsprechender Weise wird dann auch vorgekehrt werden müssen, daß der Vater nicht seinen Verpflichtungen entledigt werde und daß auch er seinen entsprechenden Teil zu den Kosten der Mutterschaft beitrage. Ein schwieriges, aber keinesfalls unlösbares Problem und ein Problem, das zweifelsohne auf die Tagesordnung der parlamentarischen Körperschaften gestellt werden wird, sowie Frauen in dieselben einziehen\*).

### III.

Ein drittes bedeutsames Problem, das mit der Verleihung des Stimmrechts an die Frau in den Vordergrund des öffentlichen Interesses treten wird, ist in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen gegeben. Viele Millionen Frauen auf dem Festlande, noch mehr als in England, sind genötigt, Fabrikarbeit zu leisten, sei es bis zur Verheiratung, sei es durchs ganze Leben, und auch im Mittelstande wird die Zahl der Frauen, die selbständig ihr Brot verdienen müssen, bekanntlich von Jahr zu Jahr größer. Ihre Leistungen sind vielfach denen der Männer durchaus ebenbürtig; in manchen Zweigen mögen sie diese vermöge ihrer größeren Geduld und Gewissenhaftigkeit sogar übertreffen. Die Bezahlung aber ist stets und überall (wenn wir eventl. die Bühne ausnehmen) tief unter der des Mannes. Nirgends bekommt die Lehrerin den Gehalt des männlichen Lehrers, ob sie auch genau die gleichen Leistungen aufweist; ebenso ist es mit der Buchhalterin, der Kontoristin, ebenso mit der Arbeiterin und allen anderen erwerbenden Frauen. Die Erklärung liegt darin, daß Männer in der Regel eine Familie zu erhalten haben und daher durch die Notdurft des Lebens selbst gezwungen sind, um höhere Löhne zu kämpfen. Die Witwe, die ebenfalls für Kinder zu sorgen hat, aber nur Frauenlöhne empfängt, ist in der Regel eine einzelne, ihre Not hat keine Stoßkraft.

Die Frau ist gewiß minder befähigt, sich gewerkschaftlich zu organisieren; sie ist dem Arbeitgeber gegenüber schwächer als der Mann; sie ist das leichtere Ausbeutungsobjekt und wird darum leichter und mehr ausgebeutet. Vor allem gilt dies bekanntlich von der Hausindustrie und Hunderttausende von Frauen arbeiten bei sich zu Hause Tag und Nacht, weit mehr Stunden, als irgendein männlicher Arbeiter in der Fabrik arbeiten würde, und verdienen doch weit weniger als er.

Auch die Männerwelt ist in gewissem Grade zur Erkenntnis dieser Übel gekommen, weil die minderbezahlte Frau naturgemäß von den Arbeitgebern in sehr vielen Industrien vorgezogen wurde und die Männer, die Familienerhalter, verdrängte. Vielfach hat man jedoch gesetzlichen Ausschluß der Frauen von solchen Arbeiten vorgeschlagen: Ein überaus grausames Mittel und dabei kaum durchzuführen, da die Arbeitgeber immer Wege finden werden, Frauen heranzuziehen, solange diese billiger zu haben sind. Die einzige Lösung des Problems liegt in der Errichtung von Lohnkommissionen, welche die Frauenlöhne auf Grund allgemeiner humanitärer und sozialer Grundlagen gesetzlich festlegen und ihre Ausbeutung verhindern. Die gleiche Maßregel hat bekanntlich das Problem der Frauenarbeit in Australien, wo Frauenstimmrecht besteht, zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst und unendlich viel Elend behoben. Die australische Frau war eben in der Lage, die Notwendigkeit der Maßregel durch ihren politischen Einfluß zu vertreten. Nach dem Muster Australiens hat nun auch die englische Regierung vor kurzem einen gleich lauten-

\*) Im finnischen Parlamente haben die zu Deputierten gewählten Frauen tatsächlich einen Gesetzesentwurf betreffend „Einführung einer Mutterschaftsversicherung“ eingebracht. Anm. der Red.



den Gesetzesentwurf für einige wenige Industrien, in denen schwerste Übelstände der Heimarbeit und Ausbeutung bestehen, eingebracht und steht seine Gesetzwerdung zu erwarten. Aber erst, wenn die britische Frau wie ihre australische Schwester das politische Stimmrecht besitzen wird, wird sie mit machtvoller Entschiedenheit für Ausdehnung dieser Kommissionen von der kleinen Sphäre der Hausindustrie auf die ganze Sphäre der weiblichen Industrie-Arbeit dringen und ebenso durch ihren Einfluß auf die Regierung entsprechende Bezahlung der weiblichen Staatsangestellten (Lehrerinnen, Postbeamtinnen usw.) veranlassen können.

#### IV.

Die Lösung des Problems der Frauenlöhne, wie sie nur vom politischen Stimmrecht erwartet werden kann, wird aber auch manche der schwersten Übelstände, wie sie mit der Prostitution zusammenhängen, beseitigen. Heute werden bekanntlich in vielen Warenhäusern usw. den jungen Mädchen Löhne bezahlt, die unmöglich ausreichen können, ihnen Wohnung und Beköstigung und solche Kleidung, wie sie in den betreffenden Etablissements gefordert wird, zu geben. Viele leben in ihren Familien und kommen hier nicht weiter in Frage; andere haben einen Geliebten, der ihnen einen Zuschuß zum Leben gibt; noch andere aber werden, sei es, daß sie vom Geliebten verlassen, sei es, daß sie auf andere Weise ohne Hilfe sind, durch die zwingende Not zum Laster getrieben. Ähnlich ist es mit so vielen tausend stellenlosen Dienstmädchen und anderen unglücklichen Mädchen, denen kein anderer Weg, sich zu ernähren, übrig bleibt. Für sie alle, die im Lebenskampf unterliegen, bleibt nur diese eine furchtbare Möglichkeit offen: die Prostitution. Wenn aber einmal durch Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne, durch Arbeitslosenfürsorge und andere Maßnahmen, wie sie durch das Frauenstimmrecht in den Vordergrund der Diskussion geschoben werden, diesen Übeln gegenüber Abhilfe getroffen ist, dann wird auch das Heer der Prostituierten zusammenschrumpfen, dann wird nur jene Minderheit übrig bleiben, die perversen Instinkten folgt. Auf diese Kategorie bereits unser Interesse zu verschwenden, hat noch nicht die Stunde geschlagen; uns kümmern heute jene gut veranlagten Mädchen, die durch die Not selbst zur Schande getrieben werden. Ich bin überzeugt, daß die Frauen, so wie sie die politischen Rechte besitzen, schon aus Ehrgefühl, wenn nicht aus Solidaritätsgefühl mit ihren leidenden Schwestern, dieser Frage ihr Interesse zuwenden werden und daß nur das Frauenstimmrecht die Frage der Prostitution, wenn nicht lösen, so doch ihrer schlimmsten Schrecken entkleiden kann.

Aus all diesen Gründen glaube ich, daß der Eintritt der Frau in die politische Arena, daß der Sieg der Frauenstimmrechts-Bewegung nicht bloß rein politischen Nutzen haben wird, sondern daß sich die tatsächliche materielle Lage der Frau vom Tage an heben und viele soziale Probleme der Gegenwart sich ihrer Lösung nahen werden. Australien hat für Frauenstimmrecht und Sozialreform den Weg gezeigt; England ist im Begriffe, beiderseits nachzufragen, und ich hoffe, daß auch die Völker des Festlandes, in so viel anderen Beziehungen uns voraus, in dieser Hinsicht uns bald einholen werden.

## MARGARETE MACDONALD, LONDON: ARBEITERINNEN-BEWEGUNG IN ENGLAND.

**D**IE englische Arbeiterinnenbewegung erstarkte erst in den letzten Jahren zu einer wahrhaft selbständigen kampferfüllten Tätigkeit. Wohl gab es schon seit langer Zeit Frauen, welche in der sozialistischen Arbeiterbewegung überaus tätig waren, aber sie fochten in den Reihen ihrer männlichen Kameraden, ohne irgendwelche eigene Organisation zu suchen; ja, man war stolz auf diese Zusammenarbeit, die keine Grenzen des Geschlechts kannte. Man blickte fast mit Geringschätzung auf die „Vereine“ der konservativen Frauen, die im Leben des Salons ihre Tätigkeit entspannen oder auf die der liberalen Frauen, so einflußlos auf die Politik der eigenen Partei, daß diese gegen das Frauenstimmrecht aufzutreten immer wieder Gelegenheit nimmt.

Je größer nun aber die Arbeiterpartei wurde, desto mehr wurden wir Frauen uns klar darüber, daß wir im Interesse der Partei selbst Nützlicheres wirken könnten, wenn wir eine eigene Vereinigung besäßen. Nach den Wahlen des Jahres 1906 wurde der neue Verband in einer Konferenz zu Leicester begründet und nach 2 Jahren hatte derselbe solche Stellung gewonnen, daß er von der Arbeiterpartei als offizielle Teilorganisation anerkannt wurde. Ziel der Liga ist es, die politischen Interessen der Arbeiterschaft zu fördern; aber nicht bloß Arbeiterinnen gehören ihr an, sondern auch Frauen und Töchter von Arbeitern, die zunächst bloß der Sorge ihres eigenen Haushaltes obliegen; ebenso auch viele Frauen der liberalen Berufe: Lehrerinnen, Krankenpflegerinnen, Doktorinnen, Beamtinnen; die harten Tatsachen des Lebens oder auch ideale Erkenntnis der sozialen Notwendigkeit veranlassen sie, sich mit den lohnarbeitenden Schwestern zusammenzuschließen. Seite an Seite mit Arbeiterinnen, die kaum lesen und schreiben können, sind junge Mädchen von den Hochschulen in Wort und Schrift für die Bewegung tätig; sie leisten zugleich ein bedeutsames Erziehungswerk an den Verbands-genossinnen und empfangen ihrerseits die Vermittlung praktischer Kenntnisse des Lebens von denselben. Die Liga hat vor allem im Auge, ihre Mitglieder zum Verständnis politischer und sozialer Fragen durch Versammlungen, Diskussionen und Broschüren zu erziehen, auch unmittelbar politische Aktionen werden gefördert, insbesondere, wenn diese vom weiblichen Standpunkt aus Interesse haben. So wurde auf Anregung der Liga und auf Grund eines Antrages der Arbeiterpartei im Parlamente ein Gesetzentwurf zur Annahme gebracht, der den lokalen Körperschaften die Befugnis zur Speisung hungeriger Schulkinder erteilt. Nun arbeitet unsere Liga daran, die lokalen Körperschaften auch wirksam zu veranlassen, dem Rufe des Parlaments nachzukommen. In Leicester z. B. hatte man gezögert, mit der Speisung der Schulkinder zu beginnen; aber unsere Liga veranstaltete eine Massenpetition, indem sie Frauenunterschriften von Haus zu Haus und bei den Gewerkschaftszusammenkünften sammelte. Durch eine Massenversammlung wurde die Position der sozialistischen Mitglieder im Gemeinderat gestärkt und es gelang die Schulkinderspeisung in Gang zu bringen.

Ärztliche Untersuchung der Schulkinder ist eine andere Sache, die sich die Liga sehr zu Herzen nahm; eine Deputation wurde kürzlich zum Unterrichtsminister gesandt, welche das Versprechen eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes erlangte. Arbeitslosigkeit, auch im Frauenkreise, die in diesem Winter so stark in den Vordergrund trat, gab unserer Liga neuerdings

Gelegenheit, sich für Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten für Frauen und Mädchen einzusetzen. Auch für Gemeinderatswahlen hat unsere Liga wiederholt Kandidatinnen aufgestellt, da ja bekanntlich das Frauenwahlrecht für solche Gemeindewahlen jüngst gewonnen wurde. Bis jetzt haben wir jedoch keine Kandidatinnen durchgebracht; bloß zu Schul- und Armenräten wurden mehrere unserer Mitglieder gewählt.

Unsere Liga hat sich mit Entschiedenheit auch für das politische Wahlrecht der Frauen erklärt, ohne jedoch die Stimmrechtsfrage allzu ausschließlich in den Vordergrund zu stellen und die übrigen Notwendigkeiten der Frauenorganisation darob zu vernachlässigen. Das mag für den Augenblick manche begeisterte Frau von uns losgerissen und in die Reihen der Stimmrechtsvereinigungen getrieben haben; wie wünschen jenen viel Glück zu ihrem Kampfe, denn auch ihr Ziel des Augenblicks ist notwendig. Nach errungenem Sieg werden unseren weiteren, allgemeineren Zielen wieder die Kräfte zuströmen.

Die Liga sandte Delegierte zur internationalen Frauenkonferenz zu Stuttgart im Jahre 1907 und unterhält regelmäßige Verbindung mit den sozialistischen Frauenverbänden in Europa und in den englischen Kolonien. Ihre Tätigkeit ist also keineswegs auf spezifisch englische Gesichtspunkte bemessen, sondern schreitet bewußt im Rahmen der allgemeinen, internationalen Bewegung vor.



## KATHARINE PRITCHARD, MELBOURNE: DIE EINFÜHRUNG DES FRAUENSTIMMRECHTS IN AUSTRALIEN.



EREITS vor mehr als 20 Jahren wurde im Pionierstaate Neu-Seeland den Frauen das politische Wahlrecht zuerkannt und die günstigen Erfahrungen, die man damit machte, bewogen auch den australischen Staatenbund zu gleichem Vorgehen. Seit nunmehr neun Jahren genießen daselbst die Frauen das aktive und passive Wahlrecht, und auch die Landtage der Einzelstaaten sind seither denselben Weg gegangen, als letztes das Staatsparlament von Viktoria (vergangenes Jahr). Der Kreis ist nunmehr geschlossen; in allen Staaten Australiens ist die politische Rechtsgleichheit hergestellt.

Eine neue Sphäre öffentlicher Wirksamkeit war hiermit für die australischen Frauen aufgethan, und eine Periode allmählichen Heranreifens zur wahrhaften Ausübung der neuen Rechte und Pflichten begann. Vielfach setzte man die Haupthoffnung auf Einfluß und Rat der Väter, Gatten und Brüder, vielleicht nicht ganz mit Recht. Die wahre Schule der australischen Frauen lag vielmehr in ihren eigenen politischen Vereinen oder Klubs, die nun rasch aufblühten. Denn die australischen Frauen nahmen ihre Pflichten sehr ernst; sie wollten sich nicht damit begnügen, sie auf Grund von Schlagworten und halb verstandenen Parteiprogrammen auszuüben, sie wollten wahrhaft in die Notwendigkeiten des sozialen und politischen Lebens eindringen, um dann frei



das Beste wählen zu können. Darum strömten die Frauen überall zu den bestehenden Vereinen oder begründeten neue, ihre eigenen häuslichen Sitten mit sich tragend. Nicht die Volksversammlung mit ihrem Tumult, sondern eher der politische Nachmittagstee, die Versammlung einiger Frauen gleichen Standes im Salon einer Genossin und die zwanglose, friedliche, ernste Diskussion über die schwebenden Fragen treten in den Vordergrund, daneben für die arbeitenden Frauen Gewerkschaftsversammlungen und Zweigverbände der Arbeitervereine.

Der wichtigste Verband von Frauen der besitzenden Klassen ist die „Nationalliga australischer Frauen“. Sie ist von streng konservativem Geiste erfüllt und hat einen außerordentlichen Einfluß auf die Stimmrechtsausübung der bürgerlichen Frauen. Zweigverbände bestehen in jeder Stadt und in jedem Dorfe des australischen Staatenbundes, und bedeutende Kapitalien stehen zur Verfügung. Vor jeder Wahl werden Vortragende ausgesandt, die im Parteisinn überall Reden halten und die Frauen für die Sache der begünstigten Kandidaten zu gewinnen suchen. Die Liga beschließt vor jeder Wahl, welchen Kandidaten der konservativen oder gemäßigten Parteien sie ihre Unterstützung zuerkennen wolle und ihre Mitglieder sind verpflichtet, in jeder Weise für diese Kandidaten einzutreten, ja im Bedarfsfalle selbst eine Propaganda von Haus zu Haus zu führen. Damen der vornehmsten Gesellschaftskreise arbeiten in der Liga mit Frauen der besitzenden Mittelklassen zusammen; Arbeiterinnen sind nicht prinzipiell ausgeschlossen, fehlen aber tatsächlich fast völlig. So erklärt sich bereits vom Klassenstandpunkt die scharf anti-sozialistische Stellung des Verbandes, wenn auch bemerkt werden mag, daß nicht sowohl Argumente des Klassenstandpunktes in den Diskussionen in den Vordergrund treten als vielmehr die Gegnerschaft gegen die allgemeinen kulturellen Ziele der sozialistischen Partei, weniger noch gegen die von ihr selbst als Gegenwartsproblem in den Vordergrund geschobenen (Verstaatlichung der Monopolindustrien, Ausdehnung des Staatseinflusses auf das allgemeine industrielle Leben, staatliche Regelung der Arbeitsbedingungen) als gegen die philosophischen Ideale des Sozialismus resp. seiner weitest fortgeschrittenen Richtungen, die in der australischen sozialistischen Partei gar nicht einmal Gemeingut aller Kämpfer sind, insbesondere gegen die Idee der freien Liebe und der obligatorischen staatlichen Kindererziehung. Diese Gegnerschaft ist eben die Kehrseite der allgemeinen Erfahrung, daß sich die Frauen weit mehr als die Männer von Gefühls Gesichtspunkten auch in der Politik leiten lassen und im allgemeinen jede humanitäre Reform begünstigen.

Gegenüber der Nationalliga bestehen denn auch große sozialistische Frauenverbände, geführt von Miß Vida Goldstein und wenn auch die großen Geld- und Organisationsmittel der Nationalliga den ihr entgegengesetzten Verbänden bisher noch nicht zur Verfügung stehen, so streben sie doch zur vollen Entwicklung auf und werden gewiß mit der Zeit zum Gleichgewichte vordringen. Rein statistisch genommen wird übrigens von allen Seiten zugegeben, daß die Einführung des Frauenstimmrechts eine wesentliche Verschiebung in den Parteiverhältnissen nicht mit sich gebracht hat, daß die Verteilung der Frauenstimmen auf die Sozialisten, die Konservativen und die liberalen Mittelstandsparteien ungefähr jene der Männer ist. In den besitzenden Klassen wählen die Männer eben aus Klassengefühl konservativ, die Frauen aus Furcht vor den ideologischen Resultaten eines sozialistischen Systems; in den arbeitenden Klassen stimmen beide aus Klassenstandpunkt sozialistisch und in den intellektuellen

tuellen Kreisen teilen sich unter Männern wie Frauen die Ansichten in gleicher Weise nach beiden Seiten.

Andererseits sind unter dem Einfluß der Frauen eine Reihe von Gesetzen zustande gekommen, für die sie ein großes Interesse an den Tag legten, vor allem das Gesetz gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke, gegen das Überhandnehmen der Spielsucht, ferner das kürzlich angenommene Gesetz, welches das System der Alterspensionen auf den ganzen Staatenbund ausdehnt, sowie die Fortbildung der Gesetzgebung über Minimallöhne und Schutz der Arbeiter, besonders der Frauen und Kinder, gegen Ausbeutung.

Ebenso entscheidend wirkte das Frauenstimmrecht auch auf die persönliche Auswahl der Parlamentskandidaten, da die Frauen allgemein nicht bloß deren politische Meinung, sondern auch deren persönliche Moralität als entscheidungsvoll für ihre Auswahl ansahen. Kandidaten, deren geschäftliche oder auch bloß persönliche Moralität, deren Verhältnis zu ihren Frauen, deren Liebesabenteuer oder selbst deren antireligiöse Gesinnung ihnen antipathisch erschienen, konnten nirgends auf ihre Stimme zählen, und keine Gleichheit der politischen Ansichten trug die Frauen über solche persönliche Gegnerschaft hinweg. Die Moralität der Parlamentarier hat sich so zweifelsohne gehoben; allerdings mag vielleicht eingewendet werden, daß in manchen Fällen tüchtige, politisch weiblickende Männer, die sich aus Vorurteilslosigkeit über die herrschenden Sitten hinweggesetzt, aus dem politischen Leben ausgeschlossen wurden. Ganz neue Perspektiven zum Guten und Bösen, die niemand beim Erlaß des Frauenstimmrechtgesetzes vorausgesehen, eröffnen sich in dieser Weise.

Aber selbst solche Personen, welche mit diesen in mancher Richtung traditionalistischen Wirkungen des Frauenstimmrechts nicht sympathisieren, sind dennoch dafür, daß der begonnene Versuch weiter fortgesetzt werde; sie sehen voraus, daß der allmähliche erziehliche Einfluß des Stimmrechts auf die Frauen, das Wachsen ihrer politischen Reife, sie bald befähigen werde, in klarer, vorurteilsloser Weise ihre Entscheidungen zu treffen, daß das politische Leben so den großen Vorzug des humanitären Einflusses der Frauen bewahren, alle engherzigen Einflüsse aber wieder ausscheiden und endlich die Frauen selbst zu höherem Gesichtskreis führen werde. Gerade dieser letztere erziehende Einfluß aber ist vielleicht noch wichtiger als all die politischen Fragen, die vom Frauenstimmrecht berührt werden mögen. Die Mütter der künftigen Generationen Australiens vermögen ihren Kindern viel neue Energien ins Leben mitzugeben.



## DR. MADELEINE PELLETIER, PARIS: ZUR FRANZÖSISCHEN FRAUBEWEGUNG.



Die französische Frauenbewegung ist weit von jener Einheitlichkeit und zielbewußten Organisation entfernt, wie sie den Stolz der Frauen Englands bildet; besonders die Stimmrechtsbewegung ist erst jungen Datums. Lange Zeit begnügten sich die wenigen bestehenden französischen Frauenverbände damit, Reformen des Eherechts und andere juristische Besserungen der Frauenlage zu fordern und dieselben durch männ-

liche Freunde im Parlamente vertreten zu lassen. Erst seit kurzem haben sich diese Verbände zur Erkenntnis durchgerungen, daß eine parlamentarische Vertretung der Frauen zur Verfechtung der sachlichen Forderungen unentbehrlich ist. So kam die Bewegung in schönen Fluß, Petitionen wurden gesammelt, Demonstrationen veranstaltet und eine Gruppe für Frauenstimmrecht im Parlament begründet. Alles schien günstig, als gerade in der letzten Zeit von gänzlich unerwarteter Seite her eine Gegenströmung einsetzte.

Der französische Parlamentarismus hat in den letzten Jahren bedeutend an Kredit verloren; man wirft seinen Vertretern eigennützigen Mißbrauch der errungenen Positionen vor, Vertretung von Sonderinteressen und Begünstigung des Favoritismus in der Beamtenschaft; besonders in revolutionären und Arbeiterkreisen hat man sich ganz von ihm abgewandt, ja, sogar die sozialistische Partei des Parlaments hat viel von ihrem Ansehen verloren. Die syndikalistischen Kreise schätzen sie gering ein und wollen nur durch revolutionäre Methoden ihr Ziel erreichen. So wurden auch viele Frauen-Gruppen dazu verleitet, das politische Stimmrecht und den Kampf um dasselbe gering zu schätzen, die Forderung aufzugeben . . . natürlich eine arge Überschätzung der augenblicklichen Stimmung mancher französischer Kreise. Das Parlament wird für lange Zeit hinaus entscheidender Machtfaktor Frankreichs bleiben, und so wird auch der Kampf ums Frauenstimmrecht wieder von allen Feministen in den Mittelpunkt des Kampfes gestellt werden. Daß man andererseits im Kampf um die Erringung des Stimmrechts auch vor revolutionären Mitteln nicht zurückschrecken dürfe, wird mehr und mehr Ansicht der leitenden Feministen. Man erkennt, daß der Bereich konstitutionellen Wirkens eben erst dann beginnen könne, wenn man Einlaß in die Konstitution gefunden, daß aber die Frauen gerade so in illegaler Weise ihr Recht erkämpfen müssen, wie ehemals die Arbeiter durch die Revolution das Recht errungen, in gesetzlicher Weise und mit gesetzlichen Mitteln die Geschicke der Nation mitzubestimmen. So hat eine Demonstration des Frauenstimmrechtverbandes „La Solidarité des Femmes“ die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt; man zertrümmerte nämlich die Fenster des Wahllokals durch Steinwürfe. Dies rief Entsetzen, Entrüstung, Verblüffung hervor, aber die Presse war wenigstens gezwungen, Notiz davon zu nehmen, und die Öffentlichkeit begann sich mehr und mehr für die Stimmrechtsbewegung der Frauen zu interessieren; gerade dieses Interesse ist der notwendige Anfang der Sympathie. Die genannte Gruppe hat noch in anderer Weise die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, nämlich durch ihren Vorschlag, auch die Frauen zur militärischen Dienstpflicht heranzuziehen, sei es, daß sie als Krankenpfleger, in der Intendantur, sei es selbst im Waffendienst, Verwendung finden. Dieser Vorschlag erntete viel Hohn und Spott, aber auch ernste Kritik beschäftigte sich damit; die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit war neuerdings gewonnen. So geht der Zug der öffentlichen Meinung langsam, aber stetig in der Richtung der feministischen Wünsche, und auch in Frankreich wie in England mögen auf die ersten Zeiten, da Gewalt allein die Aufmerksamkeit erzwingen kann, andere Perioden wenn auch ruhiger, doch ebenso energischer Agitation folgen. Die Frauenstimmrechtsbewegung ist nicht mehr vom Schauplatz des öffentlichen Lebens zu verbannen.



## FRL. HILJA PÄRSSINEN, MITGLIED DES LANDTAGS VON FINNLAND: DAS FRAUENSTIMMRECHT UND DIE BETEILIGUNG DER FRAUEN AN DEN PARLAMENTARISCHEN ARBEITEN IN FINNLAND.



IE finnische Frau erlangte das politische Stimmrecht unter Zustimmung aller Bevölkerungskreise des Landes. Nur darin gingen die Meinungen auseinander, wie weit das Stimmrecht der Frau reichen sollte. Es verdient für die finnischen Verhältnisse als charakteristisch hervorgehoben zu werden, daß eine kleine Gruppe Frauen der wohlhabenden Bevölkerungsklassen die Agitation des Frauenstimmrechts im Sinne der bürgerlichen Frauenemanzipation betrieb, während die Arbeiterinnen, angeschlossen an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterpartei, diesen Kampf mit ihren männlichen Genossen gemeinsam im Geiste der Sozialdemokratie führten. Hier wurde für das Wahlrecht des ganzen Volkes gekämpft.

Zur besseren Förderung des Kampfes bildeten die Arbeiterinnen in den lokalen Organisationen besondere Gruppen, deren Aufgabe es ist, die Propaganda unter den Frauen zu betreiben.

Auch die bürgerlichen Frauen haben ihre Frauenvereine, die im Geiste des Feminismus arbeiten. Sie teilen sich in liberale und nationale Sondergruppen.

Durch den grandiosen Generalstreik Oktober 1905 wurde die Regierung bezwungen, die russische Polizeigewalt wich, die Konstitution wurde wiederhergestellt und das allgemeine Wahlrecht feierlichst zugesagt. Zwar bot die Konstitution von 1772, die jetzt wieder Geltung erlangte, den Arbeitern nichts. Aber die Arbeiterschaft war entschlossen, den Kampf energisch fortzuführen, indem sie sich auf die Basis der verheißungsvollen Zusagen stellte. Und es gelang ihr wirklich, den Ständelandtag durch äußeren Druck, durch energische Protestversammlungen und unablässige Demonstrationen im ganzen Lande soweit zu bringen, daß er das allgemeine Stimmrecht — auch für Frauen — als Gesetz annahm. Ausgeschlossen wurden solche, die Armenunterstützung genießen oder die Personalsteuer für den Staat — 2 M für Männer, 1 M für Frauen — schulden.

Neben vielem andern bildeten auch die spezifischen Probleme der Zurücksetzung der Frau im sozialen Leben und im geltenden Rechte einen Gegenstand des Wahlkampfes. Die Lage der finnischen Frau war in diesen Beziehungen bisher eine ähnliche wie im übrigen Europa. Nach den geltenden Gesetzen Finnlands verliert die Frau bei der Eingehung einer Ehe noch um ein Weniges von den wenigen Rechten, welche sie als Unverheiratete besaß. Der Ehemann gilt als Verwalter des Vermögens der Frau; die Frau büßt hier ihre Selbständigkeit als eine Unmündige sofort ein. Ebenso tritt der Ehemann auch als Vertreter der Frau bei allen Behörden auf. Er allein ist berechtigt, bei der Einrichtung des Heimes notwendige Verträge abzuschließen und materielle Verpflichtungen zu übernehmen. Die Zukunft der Kinder zu bestimmen hat nur der Vater das Recht. Ohne Einwilligung des Mannes kann die Frau den Wohnort des Mannes nicht verlassen, und der Mann hat das Recht, die eigenmächtig weggegangene Frau durch die Polizeigewalt zurückbefördern zu lassen. Ganz besonders sei noch betont, daß die verheiratete Frau nicht das Recht hat, als verantwortliche Herausgeberin

von Zeitungen und Zeitschriften zu fungieren, während jede unverehelichte dieses Recht ausüben kann!

Dieser rechtliche Zustand des Unrechts, dieses Bevormundetwerden der Verheirateten, lastet natürlich schwer auf dem Bewußtsein jeder denkenden Frau und bildet ja auch in Finnland die Grundlage der bürgerlichen Frauenbewegung. Daher ist es begreiflich und selbstverständlich, daß die bürgerlichen Parteien jetzt den Frauen soweit entgegenkommen und ihre Grundforderung auf Abänderung des Ehegesetzes annehmen mußten, welche den verheirateten Frauen mit den übrigen Bürgern und Bürgerinnen gleiche Rechte zuerkennt. Ohne dies Zugeständnis hätten die bürgerlichen Parteigänger befürchten müssen, daß selbst ihre eigenen Frauen ihnen Schwierigkeiten bereiten könnten. Aber es galt nicht nur die eigenen Frauen zufrieden zu stellen, sondern auch die proletarischen Frauen möglichst zu gewinnen.

Der ganzen Wahlbewegung gab eine charakteristische Färbung das Proletariat. Indem die Sozialdemokratie mit ihrem radikalen Wahlprogramm wie aus dem Herzen der großen Massen redete, sammelte sie weit größere Massen um ihre Fahne, als sich bisher der Partei fest angeschlossen hatten. Die Hauptforderungen des sozialdemokratischen Wahlprogrammes sind: Abänderung des Steuersystems zugunsten der besitzlosen Volksmassen; Unterstellung der Steuergesetzgebung und Steuererhebung unter die Kontrolle der Volksvertretung; Umgestaltung der Agrargesetzgebung zugunsten der Pächter und Landlosen; energische Inangriffnahme der Arbeiterschutzgesetzgebung und der sozialen Versicherung; Aufhebung der Gesindeordnung, welche einen großen Teil der Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen zu einer Klasse rechtlich minderwertiger Volksgenossen degradiert; Einführung eines allgemeinen Alkoholverbotgesetzes; Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Stimmrechts für alle Volksgenossen ohne Unterschied des Geschlechts usw.

Angesichts dieser volkstümlichen Forderungen der Sozialdemokratie sahen sich die bürgerlichen Parteien veranlaßt, auch ihrerseits ähnliche Forderungen aufzustellen. Erst später stellte es sich allerdings heraus, daß diese Forderungen und Versprechungen nicht stets ernst gemeint waren.

Das Proletariat besaß in der allgemeinen Begeisterung stärkste Kraft zu erfolgreichem Ringen.

Die vorhin erwähnte gesetzliche Rechtlosigkeit der verheirateten Frau konnte auf das Proletariat nicht dieselbe Wirkung haben, als auf die Frauen der wohlhabenden Volksklassen. Die Proletarerin besitzt nichts, also hat der Ehemann keine Möglichkeit, seine Frau, gestützt auf dies Recht, zu bevormunden. Hier ist nicht nur die Frau, sondern die ganze Klasse entrechtet. Mann und Frau sind demselben Arbeitszwang, derselben Ausbeutung unterworfen, keine Sonderrechte trennen sie in dem gemeinsamen Kampfe gegen den Kapitalismus. Wenn die Sozialdemokratie dennoch auch diesen Punkt in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat, so nur aus prinzipiellen Gründen, und nicht, weil sie dadurch in den tatsächlichen Beziehungen im Leben des Proletariats etwas zu verändern, zu bessern hoffte. Es ist daher auch selbstverständlich, daß die Arbeiterinnen sich nicht von dieser Forderung hinreißen ließen, sondern nur das Gesamtziel und Programm der Partei sie begeisterte und den Kampf bestimmte. Maßgebend war der Wille und das Bewußtsein, auch ihrerseits jetzt auf diesem Wege zum Besten der Klasse wirken zu können! Sie wußten

sehr wohl, daß die Hebung der materiellen Lage der unbemittelten Volksklassen und die Schutzgesetze der Arbeiter auch den Arbeiterinnen zugute kommen, daß der Sieg der Sozialdemokratie auch ihr Sieg sein wird. Dagegen geboten die Interessen der Frauen der besitzenden Klassen ihren Anschluß an die Parteien ihrer Männer. Sie haben ja wirtschaftlich und politisch gleiche Interessen zu verteidigen. Und da die Männer in Rechtsfragen nachzugeben bereit waren, bestand nichts, was die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gehindert hätte, den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf mit allem Eifer zu helfen und sie zu unterstützen.

Die Wahlkämpfe sowohl 1906—1907, wie auch 1908 waren äußerst lebhafter Natur. Die bürgerlichen Parteien kannten die Macht des Proletariats von den Tagen des Generalstreiks wie auch von den nachherigen Wahlrechtskämpfen. Daher schlossen sie unter sich einen gewissen Waffenstillstand, welcher bald in einen förmlichen Frieden überging, und traten mehr oder weniger geschlossen der Sozialdemokratie entgegen. Diese nahm den Kampf gern auf. Sie sandte zahlreiche Agitatoren hinaus, unter ihnen gegen ein halbes Hundert Frauen. Außerdem wirkten zahlreiche Frauen in den lokalen Organisationen durch mündliche Agitation wie auch durch Verteilung von Schriften, Flugblättern und Parteiorganen.

Die finnische Frau ist beweglicher als die Frauen verschiedener anderer Länder, d. h. sie hält ihr Heim nicht für alles oder für so wichtig, daß sie sich um öffentliche Angelegenheiten nicht kümmern sollte. Im Gegenteil. Die finnische Frau beteiligt sich sehr lebhaft an Versammlungen und es ist nichts seltenes, daß Mann und Frau sich gleichzeitig — gemeinsam oder jeder für sich — auf Agitationstouren befinden. Bei den besitzenden Klassen kommt es gar häufig vor, daß Vater und Mutter nebst ihren erwachsenen, studierenden Söhnen und Töchtern im Interesse der Partei Agitationsreisen unternehmen. Auch als Journalistinnen betätigen sich die Frauen ziemlich häufig, obgleich die Zahl der berufsmäßigen Journalistinnen noch nicht groß ist. Die Frauen verfügen über vier eigene Organe, von welchen eines „Työläisnainen“ — Die Arbeiterin — die Interessen der Arbeiterinnen vertritt.

Da die Frau in Finnland bereits eine recht ausgedehnte Tätigkeit und ein großes Wirkungsgebiet in den mannigfaltigsten Berufen erobert hatte, bewirkte die Stimmberechtigung der Frau zwischen den Geschlechtern keine unliebsamen Auseinandersetzungen. Auch im parteipolitischen Sinne war es nicht anders. Es ist ja eine fast allgemeine Erscheinung, daß die Glieder einer Familie derselben Partei angehören. Dadurch blieb die mancherseits befürchtete Störung des Familienlebens aus. Es wurden nur seltene Fälle bekannt, wo die Eheleute ihre Stimmen verschiedenen Parteien gegeben hatten. Daher sah man auch darin nichts Unerhörtes, daß die Parteien auch Frauen als Kandidatinnen auf ihre Listen stellten. Vielmehr war das Verlangen ganz allgemein und selbstverständlich, daß die Listen eines Wahlkreises auch einige Frauen wenngleich deren nur wenige enthielten. Dieses entsprach den Wünschen der Frauen auch vollkommen, namentlich auch der sozialdemokratischen Frauen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens war es bekannt, daß es fähige und in politischen Fragen genügend vorbereitete Frauen weniger als Männer gab. Zweitens war es ratsam, wenige, aber wirklich befähigte Frauen in die Volksvertretung zu senden, damit die Gegner der Frauenrechte keinen Grund erhielten, gegen die parlamentarische Tätigkeit der Frauen mit den von den Frauen selbst gegebenen Argumenten zu kämpfen. Man hielt es für ratsam, eine Taktik einzuschlagen, um den



Vorurteilen gegen das Frauenstimmrecht und seine parlamentarische Tätigkeit den Boden möglichst zu entziehen. Es ist zum großen Teil dadurch zu erklären, daß die finnische Volksvertretung von 1907 nur 19 und die von 1908 nur 25 Vertreter des weiblichen Geschlechts aufzuweisen hat. Die Sozialdemokratie hat 1907 9, 1908 13 Mandate Frauen anvertraut. Die bürgerlichen Parteien haben Frauen in folgender Zahl in die Volksvertretung entsandt:

	1907	1908
Altfinnen	6	6
Jungfinnen	2	2
Schweden	1	3
Bund der Landbauern	1	1

Die weiblichen Abgeordneten übten vor ihrer Wahl folgende Berufe aus: 1 war Gewerbeinspektorin; 1 Leiterin eines Arbeitsvermittlungsbureaus; 6 Lehrerinnen; 5 Schneiderinnen; 1 Wäscherin; 2 Dienstmädchen; 2 Fabrikarbeiterinnen; 1 gewesene Studentin; 1 Doktor der Philosophie; 3 Ehefrauen und 2 unverheiratete Damen. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten weiblichen Geschlechts haben nur die Volksschule besuchen können, nur eine hat sich in höheren Schulen ausgebildet. Aber alle haben sich Jahre lang an der Parteitätigkeit beteiligt, haben als Vertrauenspersonen gewirkt und auf diesem Wege ihre Kenntnisse derart erweitert und bereichert, daß ihre Genossen und Genossinnen sie jetzt mit dem höchsten Vertrauensposten betrauen konnten.

Viele Widersacher des Frauenwahlrechts erwarteten, daß nur alte Jungfern sich dazu würden finden lassen, ins Parlament gewählt zu werden, die sich aber wegen ihrer einseitigen Weltanschauung dazu am wenigsten eigneten. Familienvorsteher und andere Familienangehörige würden es ablehnen, in die Öffentlichkeit zu treten. Ferner, die Frauen würden ihre weibliche Anmut verlieren, wenn sie auf der parlamentarischen Rednertribüne aufträten. All dies erwies sich als Übertreibung. Die Hälfte der weiblichen Abgeordneten Finnlands sind Mütter resp. Ehefrauen. Und es liegt gar kein Grund vor zu der Annahme, daß die Frauen im Parlament ihre Weiblichkeit verlieren, oder anders würden, als im gewöhnlichen Leben. Ganz ebenso, wie die finnische Frau im Bureau, im Laden oder in der Fabrik als Frau ihren Beruf ausübt, tut sie das auch in der Volksvertretung, natürlich mit größerem Ernst und Verantwortlichkeitsgefühl und mit höherem Interesse.

Bekanntlich ist die Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht in den alten Kulturländern noch größer und die Gründe sehr vielgestaltig. Z. B. hat man die Befürchtung ausgesprochen, die öffentliche Tätigkeit der Frau wäre geeignet, ungünstig auf die Mutterschaft einzuwirken. Bei uns spricht die Erfahrung auch gegen diese Einwendung. Von den verheirateten sozialdemokratischen Volksvertreterinnen wurden drei während der bisherigen Landtagstätigkeit Mütter, und zwar ohne andere störende Folgen, als daß dieselben den Sitzungen einige Wochen fern blieben. Ihre Schwangerschaft während der parlamentarischen Tätigkeit wurde allgemein als etwas Natürliches aufgefaßt, war also weder etwas Wunderbares noch Aufsehen-erregendes. Man könnte viel eher davon sprechen, daß dieser Umstand auf die Versammlung erzieherisch gewirkt hat.

Was nun die parlamentarische Arbeit der Frauen im engeren Sinne anlangt, so sei betont, daß auch sie seitens ihrer Parteien in die Spezial-

kommissionen gewählt wurden. Und dies ist der Beweis dafür, daß die Parteien von der Arbeitsfähigkeit der Frauen überzeugt waren. In der Kommission für die Arbeiterangelegenheiten, wo die Gesetze für den Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung und das neue Gewerbegesetz ausgearbeitet wurden, befanden sich neben 12 Männern auch 4 Frauen, und 3 Frauen waren zu Stellvertreterinnen gewählt worden. In die Kommission für Gesetze, wie auch in die für die Verfassung waren je 2 Frauen als ordentliche Glieder und je 1 als Stellvertreterin gewählt worden. Und die Frauen haben in den Ausschüssen ihre Plätze redlich behauptet. In der Kommission für Arbeiterangelegenheit z. B., wo die Schreiberin dieser Zeilen mitberiet, stimmten die zwei sozialdemokratischen Frauen stets mit ihren fünf männlichen Genossen und gegen die zwei bürgerlichen Frauen, die stets mit ihren sieben bürgerlichen Parteiangehörigen ihre Stimmen gegen die Sozialdemokraten abgaben.

Obgleich der Volksvertretung 225 verschiedene Vorlagen, außerdem eine Anzahl verschiedener Sachen seitens der Regierung zur Beratung vorlagen, drehte sich der Kampf doch hauptsächlich um zwei Hauptgegenstände, namentlich um die Agrarreform und die Reform der Gemeindeordnung. Als eines der allerwichtigsten Gesetze nahm die erste Volksvertretung in ihrer ersten Sessionsperiode das Alkoholverbotsgesetz an. Doch wurde dasselbe noch nicht dem Zaren zur Bestätigung vorgelegt. Schwere Widerstände, vor allem der Einspruch auswärtiger Mächte, die ihre Einfuhr von Weinen bedroht sehen, machen sich gegen Sanktionierung des Gesetzes geltend.

Das neue Pachtgesetz, wie auch eine neue Gemeindeordnung wurden unter harten Kämpfen in der letzten Session fertig gestellt und angenommen. Die bürgerliche Mehrheit wollte diese Gesetze nicht nur möglichst reaktionär gestalten, sondern überhaupt verhindern, daß sie fertig und angenommen werden. Durch Massenversammlungen, Proteste und Demonstrationen außerhalb der Volksvertretung und durch geschickte Bloßstellung der bürgerlichen Parteien innerhalb derselben gelang es der Sozialdemokratie die Gesetze im letzten Moment durchzubringen. Sie weisen viele Unzulänglichkeiten der bürgerlichen Reformen auf, aber sie wurden doch besser, als die bisherigen Gesetze, so daß die sozialdemokratische Fraktion für dieselben stimmte. Die Agrarzustände des Landes bleiben trotz des neuen Pachtgesetzes trostlos, doch werden einige schreiende Übel mehr oder weniger gemildert. — Natürlich bleibt die Sozialdemokratie bei diesen vorläufigen Errungenschaften nicht stehen, sondern wird schon in der nächsten Session mit neuen Forderungen vorrücken. — Die neue Gemeindeordnung ist insofern von besonderer Wichtigkeit, da sie auch den Frauen das Stimmrecht verleiht, wie in den Territorialwahlen. Trotz des zähesten Widerstandes bürgerlicherseits gelang es endlich, das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch hier zu erkämpfen. Aber eine ganz unsinnige Komplikation setzten die Bürgerlichen durch. Die finnische Gemeindeverwaltung wird darnach das Zweikammersystem erhalten. Die eigentliche Gemeindeverwaltung wird von allen 24 Jahre alten Einwohnern, ein Extraausschuß für „wichtigere Angelegenheiten“ von nur Steuerzahlenden gewählt! Die Besteuerung beginnt bei einem jährlichen Einkommen von 300 resp. 500 F. M. in ländlichen, bei 600 resp. 1000 F. M. in den städtischen Gemeinden. Dienstboten usw. werden nicht besteuert, genießen jedoch das Wahlrecht, aber nicht für die „Oberkammer“. Ohne Wahlrecht bleiben Personen, die Armenunterstützung erhalten, und solche, die ihre, von der Gemeinde auferlegten Steuern nicht bezahlt haben. —

Wichtig ist auch die Einführung des 8stündigen Maximalarbeitstages für Bäckereiarbeiter. Das Gesetz über den allgemeinen Schulzwang und die meisten Schutz- und Versicherungsgesetze der Arbeiter konnten leider nicht erledigt werden.

Die bürgerlichen Frauen gaben ihrer Wahlagitation eine feministische Färbung. Damit hofften sie unter Arbeiterinnen Stimmen kapern zu können. Doch mißlang dieses gänzlich. In der Volksvertretung reichten sie auch einige Vorlagen ein, wie z. B. bezüglich des Erbrechts unehelicher Kinder, der Strafverschärfung bei Vergewaltigung von Kindern (was angenommen wurde), und der Erweiterung der Rechte verheirateter Frauen. Ferner wurden ihre Vorschläge behufs Hebung des Haushaltungsunterrichts und Anstellung von Hebammen seitens der Gemeinden angenommen. Doch nützen diese beiden Gesetze den Unbemittelten gar nichts, da es hier nicht so sehr an Wissen bei der Zubereitung der Speisen, als an den notwendigen Stoffen fehlt; bezüglich der Hebammen wäre es von Nutzen gewesen, wenn diese den Unbemittelten unentgeltlich zur Seite stünden.

Neben den allgemeinen Arbeiten, welche die weiblichen Glieder der sozialdemokratischen Fraktion in der geschilderten Weise versahen, reichten sie auch besonders ausgearbeitete Gesetzesprojekte ein, in welchen sie von den Kommunen die Errichtung von Erziehungsheimen für arme und schutzlose Kinder und die Schaffung einer staatlichen Mutterschaftsversicherung verlangten. Die Mutterschaftsversicherung sollte den Schwangeren und Wöchnerinnen bei einer Entschädigung in der Höhe des vollen Lohnes eine 14 Wochen — 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft — dauernde Arbeitsruhe sichern. Die Einkommengrenze für den Genuß dieser Versicherung war in Ortschaften mit teurerer Lebenshaltung auf 2000, in billigeren auf 1500 F. M. festgesetzt. Die Entschädigung sollte einem mittleren Tageslohn entsprechen und an alle genußberechtigten Mütter in gleicher Höhe zur Auszahlung gelangen.

Es verdient ganz besonders betont zu werden, daß die bürgerlichen Frauen diese Anträge der sozialdemokratischen Frauen energisch bekämpften. Sie erklärten, die geforderten Reformen würden nicht nur das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern mindern, sondern auch die Sittlichkeit bedenklich gefährden und auf die unehelichen Geburten gar vermehrend wirken. Also begründend nannten sie die geforderten Reformen „Prämien der Lasterhaftigkeit“!

Die Vorlage der Mutterschaftsversicherung wurde wohl in der Spezialkommission behandelt, gelangte aber wegen Zeitmangels nicht mehr zurück an das Plenum.

Wir können die Teilnahme der finnischen Frau an den parlamentarischen Arbeiten vorläufig noch nicht als beweisgebend nach irgendeiner Richtung ansehen. Ihre Arbeit war mehr eine fleißige Alltagsleistung, treue Pflichterfüllung, die der proletarischen Frau groß und hoch schien.

Die eigentliche und dauerndere Arbeit der proletarischen Frauen des Abgeordnetenhauses besteht ja nach wie vor darin, daß sie die Organisation der Arbeiter pflegen, Aufklärung verbreiten. Und diese Tätigkeit haben sie auch während der Sitzungsperioden der Volksvertretung fleißig ausgeübt.

Doch — mit schwerem Herzen muß ich noch das Schwerste erwähnen: Unsere schwersten Kämpfe bei der Durchpeitschung erwähnter Gesetze sind vergebens, wenn der Zar, unser Großfürst, dieselben nicht sanktioniert. Er —



die Regierung Stolypins — hat leider die Macht, unsere ganze Arbeit zu vernichten! Das ist das traurigste in der Lage Finnlands. . . . Und die letzten Tage lassen nur Schlechtes erwarten. Jeder neue Tag bringt neue Nachrichten darüber, daß die russische Reaktion sich immer unverhohlener vorbereitet, Finnland zu erdrücken. Täglich werden uns unsere Rechte geschmälert, das fest Zugesagte zurückgenommen. Wir hängen von der Gnade der russischen Gewalthaber ab. Wie lange wir unsre Volksvertretung auch in dieser Form der Rechtlosigkeit haben werden, steht dahin. Hoffnungen — — wie weit können diese uns tragen!



## O. NITSCHKEJ, MOSKAU: DER ERSTE ALLRUSSISCHE FRAUENKONGRESS.



Im Dezember vorigen Jahres fand in Petersburg der erste allrussische Frauenkongress statt, der in mehrfacher Hinsicht das Interesse der Öffentlichkeit verdient. Es waren etwa 800 Frauen erschienen, und zwar aus allen Teilen des Riesenreiches. Die Majorität setzte sich aus Angehörigen der freien Berufe — Ärztinnen, Lehrerinnen, Schriftstellerinnen, Bureauangestellten usw. — zusammen, außerdem waren etwa 35 Arbeiterinnen anwesend. Zu den letzteren gesellten sich auch etwa zehn „Intelligentinnen“, die auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse stehen und die Interessen der Arbeiter vertreten wollen. Es wurde viel die Abwesenheit der Bäuerinnen bedauert und das Fernbleiben der Dienstboten sowie der Vertreterinnen der Bühnenwelt wurde ebenfalls als eine unangenehme Lücke empfunden. Im großen und ganzen aber kann man die Beschickung des Kongresses als eine gelungene betrachten.

Das Programm der ersten Zusammenkunft war überaus reich. Es lautete wörtlich: 1. Die Tätigkeit der Frauen in Rußland auf dem Gebiete der Wohltätigkeit, der Aufklärung, der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst, der Medizin, der Landwirtschaft, des Handels. Der Kampf gegen den Alkoholismus, gegen die Prostitution, gegen die Kinderkrankheiten und -sterblichkeit. 2. Die ökonomische Lage der Frau in Rußland: der Bäuerin, der Fabrikarbeiterin, der Handwerkerin, der Dienstboten, der Angestellten in den staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Institutionen. 3. Die politische und bürgerliche Lage der Frau in Rußland: geltende Gesetzgebung in bezug auf die Frau in der Familie, der Gesellschaft und im Staat. Die Vermögensrechte der Frau. Die Beteiligung der Frau in der Semstwo-, Stadt- und Gemeindeverwaltung. 4. Der Kampf um politische und bürgerliche Rechte in Rußland und im Auslande. Die Notwendigkeit der Rechtsgleichheit und der Zulaß auch der Frauen zu allen Berufen sowie zum Staatsdienst. 5. Die Lage der Frauenbildung in Rußland. Untere, mittlere und höhere Schulen. Berufliche Bildung. Obligatorischer Unterricht. Koedukation. Zulaß auch der Frau zu den höheren Lehranstalten auf der gleichen Basis mit den männlichen Studierenden. 6. Probleme der Ethik in der Familie und in der Gesellschaft. Familie. Ehe. Die Doppelmoral. Prostitution. 7. Or-

ganisation eines allrussischen Frauenrates. Der internationale Frauenrat. Die Einigung der russischen Frauenvereine.

Die Polizei, die — nebenbei bemerkt — mit einem großen Aufgebot von Schutzleuten die Verhandlungen überwachte, hatte die Behandlung der sub 4 verzeichneten Fragen verboten. Diese Tatsache genügt, um die Stellung des Kongresses in bezug auf sein politisches Credo zu charakterisieren. Die Versammelten waren durchweg demokratisch gesinnt, die Leitung lag in den Händen der Mitglieder der „Kadetten“-Partei. Äußerlich wurde es dadurch unterstrichen, daß eine Reihe hervorragender Parteiführer — Miljukow, Hessen, Petrashitzny — größere Reden und Referate hielten.

Die achttägigen Verhandlungen zeigten zuerst, daß die russische intelligente Frau über genügende Fähigkeiten verfügt, um öffentliche Angelegenheiten mit der notwendigen Sachlichkeit und Disziplin zu behandeln. Zwar waren die dargebotenen Referate nicht immer auf der Höhe, aber man hat oft bemerkt, daß auch die Männer, wenn sie zum erstenmal eine Sache arrangieren, nicht imstande sind, die erforderliche Gründlichkeit sofort an den Tag zu legen. Und es ist vollkommen sicher, daß, wenn die russischen Frauen zum zweitenmal sich versammeln, ihre Verhandlungen ein viel höheres Niveau erreichen werden, als es zum erstenmal möglich war.

Innerhalb des Kongresses kämpften miteinander drei Richtungen. Die äußerste Rechte wurde von Frauen dargestellt, die als Ziel der Frauenbewegung die Wohltätigkeit sowie die Frauenbildung betrachten. Es waren meistens gutsituierte Damen, die den Kampf für die politischen Rechte des Frauengeschlechts keinen Geschmack abzugewinnen vermögen. Mehrere von ihnen haben bedeutende Verdienste in der Geschichte der russischen Frauenbewegung, doch die Majorität des Kongresses konnte sich nicht ihrer Führung anvertrauen. Die Verhandlungen sowie die Beschlüsse waren von dieser Richtung nur wenig beeinflußt.

Die äußerste Linke bildeten die Arbeiterinnen und die ihnen nahestehenden Intellektuellen. Im großen und ganzen vertrat diese Gruppe die Ideen der Sozialdemokratie, obwohl nicht immer mit dem notwendigen Geschick. Die Rednerinnen dieser Richtung wollten die Idee des Klassenkampfes unterstreichen und betonten besonders, daß die Arbeiterinnen mit den übrigen versammelten Frauen nicht mitarbeiten können, vielmehr gegen sie kämpfen müssen. Gegenüber den Feministinnen vertraten sie den Standpunkt, daß die Frauen keineswegs in einer Organisation sich verbinden dürfen, denen die Klassengegensätze ein gedeihliches Zusammenwirken unter keinen Umständen gestatten können. Außerdem meinten sie, daß die Frauen sich überhaupt nicht in spezielle Frauenvereine, sondern zusammen mit den Männern nach Berufen und politischen Ansichten organisieren müssen. Aus formalen Gründen verließ diese Gruppe den Kongreß vor seinem Abschluß, und die Frage ihrer Beteiligung an den weiteren Zusammenkünften ist somit unentschieden geblieben.

Das Zentrum, welches gleichzeitig auch die Majorität bildete, sah die Unmöglichkeit einer gemeinsamen Frauenorganisation wohl ein, glaubte aber, daß die Frauen innerhalb der bestimmten politischen Parteien eine gesonderte, spezielle Organisation haben müssen, da die Eigentümlichkeiten der Frauenfrage von keiner der Parteien vollauf berücksichtigt werden können. Zusammen mit der Arbeiterinnengruppe waren sie der Meinung, daß der Kongreß nur als Informationsstelle dienen kann, keineswegs aber als eine höhere Instanz einer Gesamtorganisation der Frauen.

Im großen und ganzen waren auch die Arbeiten des Kongresses informatischen Charakters, und hier liegt seine Hauptbedeutung. Die überall zerstreuten Vorkämpferinnen der Frauenrechte sind einander nähergetreten, haben einander kennen gelernt und werden nun in der Lage sein, ihre örtlichen Angelegenheiten durch gegenseitige Unterstützung eher und leichter erledigen zu können als früher. Wenn das auch nicht viel ist, so ist es doch immer etwas. Und für dieses Etwas werden dem Kongreß alle Frauen Rußlands dankbar sein.

## CHRONIK

**D**IE soziale Stellung der Hebammen behandelte vor einiger Zeit Frau O. Sprague in einem Referat auf einer vom Bund für Mutterschutz veranstalteten Tagung, wobei sie auch einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Hebammenwesens gab. Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts wurden zum Beispiel in Leipzig die Hebammen von der Frau Bürgermeisterin gewählt und examiniert und erst später gab es besondere Vorschriften für sie. Schon unter Friedrich dem Großen wurden Hebammenschulen errichtet, wo der Beruf unentgeltlich gelernt werden konnte. Einzelne französische Frauen schrieben über diesen Gegenstand und Marie Boivin, eine Hebamme, die auch schriftstellerisch arbeitete, wurde 1827 in Marburg von der medizinischen Fakultät mit der Doktorwürde bekleidet. Fast am schlimmsten stand es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts um den Hebammenberuf und erst durch die Entdeckung von Semmelweis, der die Ursachen des Kindbettfiebers herausfand, wurden die Anforderungen an die Hebammen wieder strenger. Eine Hebamme gründete eine Fachzeitung, die alle Kolleginnen über die Fachinteressen auf dem laufenden halten sollte und es bilde-

ten sich nach und nach 450 Vereine. Es wurde alles getan, um den Stand zu heben. Freilich liegen die Dinge da noch sehr ungünstig. Von den 20 000 Hebammen in Preußen hat  $\frac{1}{4}$  ein Einkommen von unter 200 M einschließlich der Naturalbezüge,  $\frac{1}{4}$  ein Einkommen von 200—400 M. Auf dem Lande ist die Taxe 1,50—6 M für eine Entbindung, in Berlin 10—30 M. Die Ausbildung ist kostenfrei und dauert in den Landesanstalten 4—9 Monate. Einzelne Gemeinden lassen auf ihre Kosten Hebammen ausbilden, viele setzen bei 30—100 Geburten der Hebamme ein Gehalt von 30—300 M aus; viele Gemeinden bezahlen keine Pension, andere nach 25 jähriger tadelloser Amtierung 115 M jährlich. In den Städten bezahlt der Magistrat für Armegeburten 4,50 M für die Entbindung, 1 M für jeden vorgeschriebenen Besuch und 1,50 M für Desinfektionsmittel; die Unkosten belaufen sich für eine Hebamme (Waschen der Kleider usw.) nach dem Bericht des Vereins der Berliner Hebammen auf 520 M. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich zu dem so außerordentlich schwierigen und verantwortungsvollen, dabei so schlecht bezahlten Beruf oft Elemente von zweifelhafter Qualität drängen, wenn es nicht gerade ideale Gründe sind,



die eventl. auch gebildete Frauen diesem Stande zuführen. Der Ruf nach gebildeten Hebammen wird aber immer dringlicher und Frau Sprague, die mit Begeisterung von ihrer Arbeit spricht, meint, daß die Hebamme die Genossin des Arztes werden solle. ssc.



**Die Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen** gehören zu den erfolgreichsten Institutionen dieser Art. Ihre Inanspruchnahme steigerte sich von 958 Fällen im Eröffnungsjahre 1905 auf 2653 im Jahre 1907. Das ist fast die Hälfte der Zahl der Lebendgeburten Charlottenburgs in dem letztgenannten Jahre überhaupt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Säuglingen aus dem Jahre 1906 als in Fürsorge verbleibend mit hinübergenommen wurde.

Die Fürsorgestellen betrachten es als ihre hauptsächliche Aufgabe, die natürliche Ernährung der Kinder zu erreichen. Sie haben zu diesem Zwecke Unterstützungen für selbststillende Mütter ausgesetzt. Die Folge war, daß die Zahl der die Stellen aufsuchenden stillenden Mütter außerordentlich rapid — von 970 in 1906 auf 1481 in 1907 — gestiegen ist, unter denen sich sicher eine große Anzahl befinden, die nur durch die in Aussicht stehende Unterstützung überhaupt veranlaßt wurden, ihr Kind selbst zu ernähren. Die auf Kosten der Stadt gewährte Unterstützung bestand hauptsächlich in der Verabreichung von Milch, und zwar wurden an 1672 stillende Mütter Beihilfen im Werte von 21 835 M., durchschnittlich also 13,22 M. gewährt.

Soweit künstliche Ernährung eintreten mußte, wurde hauptsächlich pasteurisierte Kindermilch, die zum Preise von 18 Pfg. (10 Pfg. unter den Selbstkosten), an ganz Bedürftige auch umsonst abgegeben wurde, verabreicht. Im ganzen

wurden im Rechnungsjahre 1907 888 Liter abgegeben, davon 144 363 Liter gegen Bezahlung und 55 525 Liter unentgeltlich. — Die Stellen erstreckten ihre Fürsorge aber auch schon auf die noch ungeborenen Kinder, indem sie an Schwangere Beihilfen in Form von kräftigem Mittagessen gewährten. Außerdem unterstützte der Hauspflegeverein 333 Schwangere in den letzten 4 Wochen vor der Entbindung mit durchschnittlich 10 M. pro Person. Selbstverständlich ist es, daß die so unterstützten Mütter mit ihren Kindern dauernd unter ärztlicher Kontrolle standen. Diese konnte bei den gesund aufgenommenen Kindern in 93,5% aller Fälle, bei den krank aufgenommenen aber wenigstens in 84% eine günstige Entwicklung feststellen.

Der erfreulichste Erfolg der Tätigkeit der Fürsorgestellen ist aber die außerordentliche Herabdrückung der Sterblichkeit. Von den die Stellen aufsuchenden 2653 Kindern starben im verflossenen Jahre nur 119, d. h. 4,5%. Das ist also nicht viel mehr als ein Drittel der ohnehin schon sehr niedrigen Sterblichkeitsziffer Charlottenburgs. Von großer Bedeutung ist dabei die Feststellung, daß bei den Brustkindern die Sterblichkeit nur 2,8%, bei den Flaschenkindern aber immer noch 7,7% betrug, also fast dreimal so groß war als die der ersteren. Und dies, trotz der günstigen Ernährungsverhältnisse durch sterilisierte Milch. Ein besserer Beweis für die große Überlegenheit der natürlichen Ernährung läßt sich wohl nicht denken.

Die Kosten, die der Stadt Charlottenburg durch den Betrieb der Säuglingsfürsorgestellen und die Beihilfen an Schwangere und stillende Mütter erwachsen sind, haben 1907 betragen 83 393 M. Davon entfielen auf die Beihilfen 23 705 M., auf die Beschaffung von Säuglingsmilch

30 312 M., der Rest auf Ärzte- und Schwesterhonorare, Mieten, Verwaltungskosten usw.



**Verpflegungsverhältnisse unehelicher Kinder.** Im Archiv „für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik“ veröffentlicht O t h m a r S p a n n eine sehr gediegene Arbeit über die Verpflegungsverhältnisse der unehelichen Kinder. Als grundlegendes Material dient Spann eine von der „Zentrale für private Fürsorge“ in Frankfurt a. M. im Laufe des Jahres 1906 durchgeführte Erhebung, die die

städtischen Akten von 1885 resp. 1900—1905 benutzte. Spann hat aus diesen Akten 4841 Zählkarten verwertet, die er in vier Kategorien einteilte: lebende Pflegekinder ohne Geschwister, lebende mit Geschwistern, gestorbene ohne Geschwister, gestorbene mit Geschwistern. Er hat sodann die Häufigkeit des Pflegewechsels für diese verschiedenen Kategorien festgestellt. Für die wichtigste Kategorie (lebende ohne Geschwister) ergab sich dabei folgendes Resultat: Es hatten von je hundert Kindern im bezeichneten Alter durch-

Alter in Jahren	1	2	3	4	5 u. mehr
	P f l e g e n				
0	56,7 %	36,4 %	5,7 %	0,8 %	0,4 %
1	45,3 %	38,3 %	11,9 %	3,5 %	1,0 %
2	33,6 %	41,9 %	16,2 %	6,8 %	1,5 %
3	33,0 %	39,4 %	16,8 %	9,7 %	1,1 %
4	26,4 %	38,5 %	24,5 %	6,7 %	3,9 %
5	21,0 %	35,0 %	28,1 %	12,1 %	3,8 %
6	18,9 %	28,3 %	34,0 %	13,2 %	5,6 %
7—8	15,3 %	40,6 %	28,0 %	9,2 %	6,9 %
9—11	17,6 %	39,0 %	22,1 %	12,5 %	8,8 %
12—14	10,5 %	32,1 %	38,9 %	11,1 %	7,4 %

Aus dieser Tabelle gehen erschreckend hohe Zahlen des Pflegewechsels hervor. Schon im ersten Lebensjahre hatten nicht viel mehr als die Hälfte der Kinder keinen Wechsel durchzumachen; im Alter von 2 Jahren waren es nur noch ein Drittel und im Alter von 12—14 Jahren nur noch 10,5 %, die immer in derselben Pflege geblieben waren. Dabei ist der Pflege-

wechsel in Wirklichkeit noch bedeutender, als aus den amtlichen Feststellungen ersichtlich.

Das volle Verständnis für die unheilvolle Bedeutung des häufigen Pflegewechsels tritt uns aber erst aus den Zahlen der gestorbenen Kinder entgegen. Es waren Prozent der Kinder, die in nachstehendem Alter starben in

	1	2	3	4 u. mehr
	P f l e g e n			
unter ¼ Jahr .....	32,9 %	57,0 %	9,7 %	0,4 %
¼—½ Jahr .....	29,2 %	52,8 %	15,2 %	2,8 %
½—1 Jahr .....	24,8 %	47,6 %	23,4 %	4,2 %
unter 1 Jahr überh.	29,1 %	51,9 %	16,4 %	2,6 %
1—2 Jahren .....	28,2 %	42,8 %	20,6 %	8,4 %

Während also von den nicht-gestorbenen Pflegekindern im Alter von unter einem Jahre doch wenigstens 56,7 %, also etwas mehr als die

Hälfte, in einer Pflegestelle geblieben waren, waren es von den verstorbenen nur 29,1 %, von den im Alter von ½—1 Jahr verstorbenen sogar nur

24,8 %, also knapp ein Viertel. Aus diesen Zahlen geht klar hervor, „daß der Pflegewechsel im zarten Jugendalter eine Bedingung der Sterblichkeit ist, und — da er bei den Unehelichen so häufig vorkommt — eine wesentliche Bedingung der hohen Sterblichkeit der unehelichen Kinder überhaupt“. Es liegt auf der

1 Pflege durchmachten	38,1 %	regelmäßig alimentiert waren
2 Pflegen	32,6 %	„ „ „
3 „	27,4 %	„ „ „
4 „	25,0 %	„ „ „

Noch größer ist der Unterschied bei den 7—14 Jahre alten Kindern. Während hier von den in einer Pflege gebliebenen 49,5 % regelmäßig alimentiert waren, sank dieser Prozentsatz bei den 4 und mehr Pflegen durchmachenden auf 6,5 %. Die regelmäßige Beitragsleistung des unehelichen Vaters ist also eine Hauptvorausbedingung für langen Verbleib in einer Pflegestelle und damit für geringere Sterblichkeit der Kinder.

Spann hat sodann noch auf kombinierten Wege berechnet, welches

Hand, wie nachteilig der mit einer Änderung der ganzen Ernährung usw. verbundene Pflegewechsel gerade im Säuglingsalter sein muß.

Im ursächlichen Zusammenhang mit dem Pflegewechsel steht nun aber die Alimentsfrage. Es zeigt sich z. B., daß unter den Kindern im Alter von 0—1 Jahr, die

die günstigste Erziehungsmöglichkeit für uneheliche Kinder ist. Er kommt dabei zu folgendem Resultat: Die größte Sterblichkeitsziffer weisen die in fremder Pflege befindlichen, sodann die bei der alleinstehenden Mutter erzogenen Kinder auf. Am günstigsten stehen die bei der Mutter und deren Verwandten (Großeltern) und danach die bei mütterlichen und väterlichen Verwandten und im Konkubinat aufgezogenen Kinder da. [Zitat] ssc. 4



**Die Bewertung der unehelichen Schulkinder.** Laut einem Bericht von Delitzsch in der „Zeitschrift für Kinderforschung“, hat eine Erhebung in der Stadt Plauen folgendes gezeigt: Unter den 14 184 Volksschulkindern waren 559 oder 4 % unehelicher Geburt. Die Zensurierung nach der Begabung war bei 8 sehr gut, bei 211 gut, bei 333 genügend und nur bei 7 wenig oder ungenügend. Ebenso waren die meisten nach ihrem Fleiß und sittlichen Betragen zufriedenstellend. Als körperlich vernachlässigt waren nur 28, als kränklich nur 61 bezeichnet. Diese Zahlen bedeuten also, daß die außerehelichen Kinder Plaueus an Begabung, Fleiß, Leistungen und ebenso an Gesundheit im Durch-

schnitt höher stehen als die ehelichen Schulkinder derselben Stadt. Das wäre eine überraschende Tatsache, die einer näheren Erklärung bedarf. Ihr zur Seite wären laut der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ die neuesten Berichte der Ziehkinderärzte zu stellen, wonach die Kindersterblichkeit der unehelichen in den Orten, wo Ziehkinderfürsorge besteht, geringer als die der ehelichen sein soll.



**15 000 hungernde Schulkinder.** Wie Dr. Ernst Schultze im Heft 5 der „Zeitschrift für das Armenwesen“ mitteilt, wurde in Chicago festgestellt, daß in dieser Stadt 5000



Schulkinder regelmäßig hungrig zur Schule kommen und weitere 10 000 schlechter ernährt sind. Das sind 15 000 Kinder, von denen man sagen kann, daß sie ständig Hunger leiden. „Eine ungeheure Zahl“, sagt mit Recht Dr. Schultze, „für eine Stadt, die im Wirtschaftsleben des Landes so viel bedeutet — für eine Stadt, die nicht nur den Mittelpunkt des Weizenhandels der Vereinigten Staaten und eines großen Teiles der Welt überhaupt bildet, sondern die auch in ihren Schweineschlächtereien, in ihren riesigen Fabrikanlagen, in ihrem ganzen arbeitsreichen Leben eine Unmenge von Werten schafft, die bei einigermaßen richtiger sozialer Organisation unmöglich machen sollte, daß schwere Armut, Not und Elend — zumal in seiner schlimmsten Form, dem Kinderelend — in so weitem Umfange herrschen.“

Bei der Untersuchung in den Volksschulen ergab sich ferner, daß sich unter 10 000 Kindern 1123 befanden, deren Körperverfassung notorisch kümmerlich war. Auch wurde ermittelt, daß die größte Zahl der unterernährten Kinder in den untersten Klassen sich befanden und daß schlechte Ernährung eine der wesentlichsten Ursachen ist, daß einzelne Kinder in der Schule nicht vorwärts kommen.

Dr. Mac Millan, der die Untersuchung der häuslichen Verhältnisse der Kinder geführt hat, lenkt die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die Tatsache, daß „viele Kinder keine Betten haben, daß die Mehrzahl der Kinder in feuchten, unreinen oder überfüllten Wohnungen lebt, . . . daß Kinder oft Verkäufer um verdorbene Früchte bitten und daß sie nach fortgeworfenen Brotkrusten suchen. . . .“

Um den 5000 hungrigen Schulkindern an 200 Schultagen Essen geben zu können, würden jährlich 120 000 Mark erforderlich sein. Und das erklären die „Stadtväter“ von Chicago für „ungesetzlich“. In einer der reichsten Städte der Welt ist es also „gesetzlich“, daß Tausende von Kindern mitten im verschwenderischsten Luxus verhungern oder im Elend verkümmern.



**Schülerversicherung.** Die städtische Realschule in Charlottenburg hat einen Versuch mit der Versicherung ihrer Schüler gegen Unfall und Invalidität gemacht. Jeder Schüler hat dabei eine Jahresprämie von 1,35 M. zu zahlen. Dafür erhält er bei einem in der Schule oder bei einem Ausflug unter Führung von Lehrern vorgekommenen Unfall 3 M. täglich Krankengeld, im Falle der vollständigen Invalidität eine Entschädigungssumme bis zu 3000 M. Die Versicherung ist am 8. Oktober 1908 in Kraft getreten; es waren bis zum 1. April d. J. bereits 8 Unfälle zu entschädigen. Wie berichtet wird, beabsichtigen bereits einige weitere höhere Schulen in Charlottenburg dem Vorgehen der Realschule zu folgen.

Die „Medizinische Reform“ erinnert daran, daß das Vorbild zu diesen Schülerversicherungen aus Paris stammt, wo ein Kaufmann und Handelsrichter namens Cavé 1881 eine solche Schülerkasse unter dem Namen „La petite Cavé“ gründete, die sich großer Beliebtheit unter der Bevölkerung erfreut. Jeder der zu versichernden Schüler hat hier einen Wochenbeitrag von 10 Centimes zu leisten. Davon werden 5 in ein Sparheft eingetragen, 5 fließen in die Krankenkasse, aus der der Schüler im ersten Monat eines Krankheitsfalles täglich 50, im zweiten 25 Cen-

times erhält. Da die Kasse sowohl aus der Bevölkerung als auch von Staatsseiten Unterstützungen erhält, so macht sie Überschüsse, die dazu verwandt werden, ehemaligen Schülern, die während 44 Jahren ununterbrochen die Mitgliedschaft bei der Kasse durchgeführt haben, im Alter von 55 Jahren eine Rente zu gewähren. Die auf das Sparheft eingetragenen 5 Cs. dienen ebenfalls zur Ansammlung einer Altersrente.

In Belgien hat die Kinderversicherung einen großen Umfang angenommen. Im Jahre 1904 waren schon 130 000 Kinder in 3149 Hilfskassen versichert. Der wöchentliche Beitrag beträgt hier 15 Cs., wovon 8 in die Krankenkasse, 7 in ein Sparheft kommen. Vor der Aufnahme haben sich die Kinder ebenso wie in Frankreich einer 3monatlichen ärztlichen Beobachtung zu unterwerfen. Bei mehr als 5 Tage dauernden Krankheitsfällen werden im 1. Monat täglich 80, im zweiten täglich 50 Cs. Krankengeld gewährt.



**Über die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin-Mitte** liegt jetzt der erste Jahresbericht vor. Nach den in Amerika und England gemachten günstigen Erfahrungen mit besonderen Gerichtshöfen für die jugendlichen Verletzer der Gesetze hat man nun auch in Deutschland an einigen Orten Versuche mit der Schaffung solcher Institutionen gemacht. Das Jugendgericht Berlin-Mitte trat zum ersten Male am 1. Juni 1908 zusammen. Von dieser Zeit bis zum 31. Dezember 1908 urteilte es 979 Personen ab, darunter 777 männliche und 202 weibliche. Auf die einzelnen Altersstufen verteilten sich die Angeklagten wie folgt:

	Knaben	Mädchen
12—14 Jahre	99	13
14—16 „	209	52
16—18 „	469	137

Was die Familienverhältnisse dieser jugendlichen Personen anbetrifft, so waren 898 ehelicher und 71 unehelicher Geburt, während bei 10 die Herkunft unbekannt war. Unter den ehelichen befanden sich 30, bei denen die Eltern getrennt oder geschieden lebten; 170 waren Halbweisen, 15 Ganzweisen. Vorbestraft waren 194 Angeklagte, darunter einer sogar bereits sechsmal.

Die Straftaten, wegen derer die Anklage erhoben wurde, waren die folgenden:

	Zahl der Fälle
Diebstahl .....	418
Mundraub .....	12
Unterschlagung .....	78
Betrug .....	26
Hehlerei .....	22
Bettelei .....	34
Führung falschen Namens ..	12
grober Unfug .....	71
versch. Polizeiübertretungen .	137
Obdachlosigkeit .....	13
Gewerbsunzucht .....	72
Körperverschädigung .....	31
Beleidigung und Bedrohung..	8
Hausfriedensbruch .....	13
Sachbeschädigung .....	8
Fahrlässige Brandstiftung ...	1
Gewerbevergehen .....	15
Tierquälerei .....	3
Verschiedenes .....	5

Etwa der vierte Teil der Angeklagten, nämlich 258, wurde freigesprochen bzw. außer Verfolgung gesetzt, davon 83, weil ihnen die zur Erkenntnis der Straftat nötige Einsicht fehlte. Von den 721 Verurteilten erhielten 495 einen Verweis, 99 Geldstrafen und 127 Freiheitsstrafen, die sich zwischen der Dauer von einem Tage und mehr als 6 Monaten bewegten. Es ist erfreulich, daß nur ein so geringer Teil (18%) Freiheitsstrafen ausgesprochen wurde, die bekanntlich in unzähligen Fällen die Einleitung zur Verbrecherlaufbahn bilden, und daß außerdem von den

Verurteilten noch 20 der bedingten Begnadigung empfohlen wurden.

In 562 Fällen wurde die straf-richterliche Tätigkeit durch andere Maßnahmen ergänzt. So wurden 294 Angeklagte der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge und ähnlichen Organisationen zur Unterstützung und Kontrolle überwiesen, in 17 Fällen Änderungen der Vormundschaft und in 193 Fällen Fürsorgeerziehung angeordnet. Auch bei uns wird jedenfalls die Erfahrung lehren, daß eine verständnisvolle und nachsichtige Beurteilung der meist nur aus jugendlichem Leichtsinne oder infolge schlechten Beispiels begangenen Straftaten mehr Gutes wirkt als die Anwendung der ganzen Strenge des Gesetzes auf den jugendlichen „Verbrecher“.



#### **Bibliographie der Jugendfürsorge.**

Die planmäßige Jugendfürsorge, welche in den Erörterungen unserer Tage einen so breiten Raum einnimmt und in der erst kürzlich auch in Deutschland geschaffenen Institution der Jugendgerichtshöfe erneuten Ausdruck gefunden hat, ist kein Kind unserer Zeit. Ihre Anfänge reichen bis weit in das 14. Jahrhundert zurück. Schon 1362 erschienen die Lettres-patentes confirmatives d'une ordonnance de l'évêque de Paris, portant approbation d'une confrérie pour secourir les pauvres enfants de la capitale (Paris). Es ist ein verdienstvolles Unternehmen des Wiener Gelehrten Dr. Heinrich Reicher, an die Sammlung und Bearbeitung aller auf die Jugendfürsorge der verschiedenen Kulturstaa-ten bezüglichen Publikationen geschritten zu sein. Das 1. Heft seiner „Bibliographie der Jugendfürsorge“ liegt nunmehr vor. Es umfaßt die Literatur Frankreichs, der Schweiz, Englands, Belgiens, Amerikas und in einem kurzen Anhang die Dänemark, Holland, Italien, Schweden-Norwe-

gen und Spanien betreffenden Publikationen.

Die Bibliographie Frankreichs ist besonders wertvoll. In ihrer chronologischen Anordnung vom Jahre 1362 bis auf unsere Zeit stellt sie gleichzeitig eine in der Literatur zum Ausdruck kommende Geschichte der Jugendfürsorge der letzten fünfhundert Jahre dar. Sie zeigt uns deren Entwicklung vom Hospice des enfants trouvés bis zum Service des enfants assistés der Gegenwart. Die Bibliographie der Schweiz, gleichfalls chronologisch geordnet, baut sich in der Hauptsache auf der „Bibliographie der Schweizer Landeskunde“, besonders den Abteilungen: Erziehungs- und Unterrichtswesen (redigiert von Albert Sichler) und Gesundheitswesen (zusammengestellt von Dr. Fr. Schmid) auf. Wertvolle Angaben bot auch die vom Schweizer eidgenössischen statistischen Amt herausgegebene Armenstatistik.

Die Bibliographie der Schweiz bringt die Literatur betreffend Kinderschutz und Jugendfürsorge im allgemeinen, Armen-erziehung und Fürsorge für die verwahrloste Jugend, die Schwachsinnigenfürsorge, den Rechtsschutz des Kindes auf Grund der Ziviljustizgesetzgebung, die Behandlung der straffälligen Kinder und Jugendlichen auf Grund des Schul- und Strafrechtes, die Erziehungs-, Besserungs-, Rettungs- und Zwangserziehungsanstalten, der Erziehungs- und Fürsorgevereine, die Familienpflege, die Findelkinder, Kleinkinderschulen, Bewahranstalten, Ferienkolonien, gewerbliche Kinderarbeit, Milchversorgung u. v. a. Ein besonderer Abschnitt enthält die Gesetzgebung des Bundes und der Kantone. Die Bibliographie gewährt einen tiefen Einblick in die reichgegliederte Jugendfürsorge der Schweiz. Es folgen die alphabetisch geordneten Bibliographien Englands und Belgiens, sowie in zwei Teilen die Amerikas (I. Teil sachliche,



II. Teil alphabetische Anordnung). In der letztgenannten Bibliographie ist auch die Literatur, welche die von Amerika ausgehende Bewegung betreffend Jugendgerichte hervorgerufen hat, verzeichnet. — Die vortreffliche und sachgemäße Arbeit, die Reicher

in seinem 1. Heft der „Bibliographie der Jugendfürsorge“ geleistet hat, weckt den Wunsch, daß recht bald auch die deutsche Bibliographie sowie die Österreich-Ungarns folgen möge.

*Willmat, Charlottenburg.*



# RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

---

## DIE FRAUENSTIMMRECHTS-BEWEGUNG.

**D**IE ökonomische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat bekanntlich einen grundstürzenden Wandel in der wirtschaftlichen Stellung der Frau hervorgerufen. Sie wirkte ehemals fast ausschließlich im Familienverbande, als Hausfrau und Arbeits-Gehilfin des Mannes; seine Interessen waren auch die ihren; für eine Vertretung eigener persönlicher Interessen im Gegensatz zu denen des Mannes oder auch nur unabhängig von ihnen war keinerlei Basis vorhanden. Heute ist dies anders: Eine wachsende Anzahl von Frauen wendet sich in allen Kulturländern den selbständigen Berufen zu, erwirbt ihr Brot durch eigener Hände oder eigenen Kopfes Arbeit. Damit gewinnt diese Kategorie ein unmittelbar persönliches Interesse an der Entscheidung aller ökonomischen und mittelbar auch aller politischen Fragen; sie ist im Daseinskampfe benachteiligt, wenn die Waffe des politischen Stimmrechts nur ihren männlichen Konkurrenten, nicht aber auch ihren Mitgliedern zu Gebote steht. Hand in Hand mit diesem Hineinwachsen in die politischen Notwendigkeiten geht auch wachsendes Verständnis für dieselben; die Frau, deren Gesichtskreis ehemals durchaus an die Familie gebannt war, oder außerhalb derselben allenfalls religiöse oder literarische Ziele kannte, lernt nun im Daseinskampfe all jene politischen und ökonomischen Probleme erfassen, die für den Mann schon lange bestanden; sie wird reifer, befähigter, selbständige Lösung zu suchen.

Die parallele Entwicklung wirtschaftlichen Interesses am Stimmrecht und politischen Verständnisses für seine Möglichkeiten hat denn auch in allen Kulturländern eine lebhaftere Frauenbewegung zur Erringung desselben hervorgerufen; am stärksten naturgemäß in den angelsächsischen Gebieten, in denen die Frau an Schulbildung, ökonomischer Unabhängigkeit vom Manne und sozialem Ansehen höher steht als sonst irgendwo in der Welt. Bekannt ist ja, daß in den romanischen Ländern heute noch die Wertung der Frau wesentlich vom sexuellen Standpunkt und nach Maßstab ihrer Jugend und Schönheit geschieht, während sie in den angelsächsischen und in gewissem Grade auch in den anderen germanischen sowie auch slavischen Ländern als eigenbedingtes Menschenwesen sich eine stolze Stellung eigenen Rechtes errungen. Innerhalb der genannten Gebiete waren es nun wieder leichtbegreiflicherweise die fortschrittlichen, hemmender Tradition entrückten Überseegebiete, welche Alt-England in so vielen anderen sozialen Reformbeziehungen und auch in dieser vorangingen und den Weg wiesen: Amerika, Australien und Neuseeland.

In Amerika waren es einige Staaten des Westens, jeder fortschrittlichen Neuerung zugetan, die zuerst den Frauen das politische Stimmrecht ver-

liehen; ihre sozialen Gegensätze, ihre politischen Probleme waren indes zu wenig differenziert, als daß ihre Erfahrungen ein abschließendes Urteil über die Resultate des Frauenstimmrechts ermöglicht hätten. In den entwickelteren Staaten des Ostens wieder vermochte die Frauenstimmrechts-Bewegung, so stark und mächtig sie auch einsetzte, nirgend den Sieg zu erlangen. Die wirtschaftlichen Gegensätze Amerikas sind zu schroff und hart; alle leitenden Positionen in all den ökonomischen Kämpfen sind heute noch in Männerhänden, so daß für die weichere Frau mit ihren Kulturinteressen kein Raum in diesem Ringen gegeben schien. Neuseeland und Australien war es vorbehalten, die Führung der Bewegung zu gewinnen; in ihrem harmonischeren Sein, ihrer verfeinerten seelischen Atmosphäre konnte weibliche Betätigung eher gedeihen. Nach dem Muster Neuseelands haben denn auch alle Staaten Australiens und die Bundesvertretung selbst den Frauen das aktive und passive politische Wahlrecht verliehen.

Wollen wir uns über die möglichen Wirkungen des Frauenstimmrechts in Europa klar werden, dann liegt nichts näher, als die Resultate desselben in den genannten Ländern zu untersuchen. Mehr als irgendwelche theoretische Beurteilung muß diese praktische Erfahrung die möglichen Wirkungen desselben erkennen lassen. Welches sind dieselben gewesen?

Zunächst wurde mit unter weiblichem Einfluß die ausgezeichnete Gesetzgebung zum Schutz der arbeitenden Frauen Australiens getroffen. (Siehe Artikel von Oberst Reay in der Mai-nummer der Zeitschrift und meinen eigenen Aufsatz in der Novembernummer 1908.) Nicht nur ist der achtstündige Maximal-Arbeitstag für dieselben seit langem gesetzlich festgelegt, sondern ihre Arbeitsbedingungen werden teils von den industriellen Schiedshöfen, teils (im Staate Viktoria) von besonderen Lohnkommissionen festgelegt, welche aus Delegierten der Unternehmer, der Arbeiterinnen und einem von der Regierung ernannten unparteiischen Vorsitzenden bestehen. Dieselben setzen Maximal-Arbeitszeiten und Minimal-Löhne für die ihnen unterstehenden Industriezweige fest und haben in den ehemals ärgster Ausbeutung preisgegebenen Gewerben rasch gründlichen Wandel geschaffen, die Heimarbeit gänzlich beseitigt, in den Fabriken außer musterhafter Hygiene und umsichtigen Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Anfängerinnen solche Löhne festgelegt, daß die Arbeiterin nunmehr von denselben in menschenwürdiger Weise leben kann, ohne durch die Not des Daseins der Schande in die Arme getrieben zu werden, wie es in Europa so vielfach der Fall ist.

Die genannte Gesetzgebung wird unter dem Einfluß der Frauen von Jahr zu Jahr weiter auf bisher noch außenstehende Gewerbe ausgedehnt; galt sie zunächst nur für einige, besonderer Ausbeutung unterworfenen Industrien sowie solche Zweige, in denen Frauenarbeit vorherrscht, so sind im Laufe der Jahre auch fast sämtliche Industrien mit ausschließlicher Männerarbeit einbezogen worden.

Der überwiegende Teil dieser Gesetzgebung speziell im Staate Viktoria wurde allerdings schon vor Gewährung des Frauenstimmrechts für den Landtag durchgeführt, doch besaßen die Frauen zur gleichen Zeit bereits das Wahlrecht für das Bundesparlament und ihr allgemeiner Einfluß auf die politische Entwicklung war ein so bedeutender, daß das Verdienst ihrer Mitwirkung am großen Werke der Arbeiterschutz-Gesetzgebung nicht zu bestreiten ist.



Auch an der Kinderschutz-Gesetzgebung sowie allen Bestrebungen zugunsten öffentlicher Moralität, Bekämpfung von Trunk- und Spielsucht nahmen sie entscheidendes Interesse; ebenso am großen humanitären Werke der allgemeinen Alterspensionen an bedürftige Australier im Alter von über 65 Jahren, die ohne jede Beisteuer der Beteiligten aus Staatsmitteln bezahlt werden. (Siehe meinen Aufsatz im Maihefte der Zeitschrift.)

So ging weiblicher Einfluß in doppelter Richtung: nach Wahrung eigener berechtigter Interessen und Förderung allgemeiner Sozialreform. Demgegenüber waren die Verschiebungen des politischen Machtverhältnisses der parlamentarischen Parteien nur geringe. Die Frauen wählten in nahezu dem gleichen Verhältnis, wie ihre Männer, zugunsten der konservativen, liberalen und sozialistischen Kandidaten (siehe Artikel von K. Pritchard auf S. 538). Die Frauen der arbeitenden Klassen waren und sind naturgemäß von gleichen Instinkten der Wahrung ihrer Lohn- und Arbeitsinteressen beseelt wie die Männer des gleichen Standes: Sie wählen die Kandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei. — Im besitzenden Bürgertum ergibt sich allerdings eine bemerkenswerte Differenzierung: bei den Männern dieser Schicht ist das unmittelbare Klassen-Interesse ausschlaggebend. Der Unternehmer wählt schutzzöllnerisch, um einen unmittelbaren Gewinn im Absatz seiner Industrieprodukte zu erzielen; der Kaufmann freihändlerisch, weil er am Warenaustausch mit Europa unmittelbares finanzielles Interesse hat; beide wählen anti-sozialistisch, weil ihre wirtschaftliche Position vom wachsenden Einfluß der Arbeiterpartei bedroht erscheint. Die Frauen der gleichen Schichten haben wirtschaftlich wohl die gleichen Interessen wie ihre Männer, aber ihre politischen Wünsche sind nicht im gleichen Grade vom ökonomischen Interessenstandpunkte bedingt; stehen ja doch die Frauen gerade dieser Schicht meist außerhalb des unmittelbaren Daseinskampfes; sie leben in der Familiensphäre, bis wohin nur gedämpfter Widerhall der wirtschaftlichen Tageskämpfe dringt; nur ein letztes Verklingen der Erbitterung von Lohnstreit und Konkurrenzkampf. Religiöse, moralische und psychologische Probleme stehen ihren Herzen weit näher, und soweit sie nicht unter dem unmittelbaren Einfluß ihrer Männer und Brüder stehen, wenden sie jenen Kandidaten ihre Sympathien zu, die diesen seelischen Interessen am meisten entgegenkommen und es ist nun allerdings den Gegnern des Sozialismus gelungen, gewisse ideologische Argumente auf die Frauen des besitzenden Bürgertums wirken zu lassen, so den Abscheu gegenüber der vom radikalsten Flügel der Sozialisten vertretenen freien Liebe und staatlichen Kindererziehung, und sie dadurch zu bewegen, aus ihnen eigentümlichen Motiven (und doch in gleicher Endwirkung) für die nämlichen anti-sozialistischen Kandidaten wie ihre Gatten und Brüder zu stimmen. Nichtsdestoweniger ist die Stimmhaltung der Frauen in den reichen Kreisen eine häufigere als in der unmittelbar interessierten Arbeiterschaft und hieraus ergab sich eine gewisse Begünstigung der sozialistischen Parteien durch das Frauenstimmrecht.

Was endlich die intellektuellen Schichten anlangt, so gingen und gehen bei Männern und Frauen die Ansichten je nach individueller Entwicklung auseinander. Eine Beeinflussung des politischen Kräfteverhältnisses durch das Frauenstimmrecht wurde in diesen Schichten nicht herbeigeführt; rein politisch genommen sind also die Wirkungen des Frauenstimmrechts in Australien nicht bedeutend gewesen.

Um so entscheidender waren dieselben in Beeinflussung des moralischen Milieus der Parlamente; während die Männer Australiens in der Wahl des Kandidaten auf dessen politische Gesinnung entscheidendes Gewicht legten und demgegenüber den Gesichtspunkt persönlicher Moralität nicht weiter in Erwägung zogen, ist für die Frauen die Beurteilung des Privatlebens der parlamentarischen Kandidaten entscheidungsvoll. Sie gehen von der Überzeugung aus, daß nur der die Angelegenheit der Nation in reiner und selbstloser Weise mitentscheiden könne, der in seiner persönlichen Sphäre sich durchaus als integer erwiesen, nicht nur sich keiner Verfehlungen gegen die Grundsätze geschäftlicher Moralität schuldig gemacht habe, sondern auch als Gatte, Familienvater und Persönlichkeit durchaus fleckenlos sei. Bald haben die politischen Parteien Australiens erkannt, wie sehr ihr Erfolg von der Auswahl solcher Kandidaten, die den Frauen genhm, abhängen und aus eigenem Interesse waren sie gezwungen, all solche Personen, die nicht den weitgehenden Forderungen der Frauen entgegenkamen, rücksichtslos von ihrer Kandidatenliste zu streichen; alle irgendwie zweifelhaften Charaktere, mochten ihre Träger auch tatkräftig und politisch umsichtsvoll sein, schwanden damit aus dem parlamentarischen Leben Australiens. Ob dies von Vorteil, darüber gehen im eigenen Lande die Ansichten auseinander. Manche bedauern, daß viele begabte Männer, deren Vorurteilslosigkeit im privaten Leben eher ein Vorzug für ihre politische Betätigung gewesen sei, nunmehr ausgeschieden wurden. Mir scheint dieser Mangel, wenn es überhaupt ein solcher ist, durchaus verschwindend gegenüber dem gewaltigen Vorteil, den eine Reinigung des öffentlichen Lebens, ein Zurückdrängen politischer Korruption, wie es aus dieser Auslese von Männern untadelhafter, persönlicher Ehrenhaftigkeit erwachsen muß, bedeutet.

Auch der Ernst des Wahltags wurde durch Gewährung des Frauenstimmrechts auf eine neue Stufe gehoben; vielfach gingen die Frauen — so berichteten die Blätter — zum Wahllokal wie zur Kirche, voll religiösen Ernstes und weihervollen Bewußtseins, daß sie eine nationale Pflicht erfüllten. Wahlumulte und unordentliche Szenen haben sich, seit Frauen am Wahlakt teilnehmen und die Männer sich in ihrer Gegenwart keine Blöße geben wollen, nicht mehr in Australien abgespielt. Bei alledem ist die Wahlbeteiligung der Frauen vielfach eine größere als die der Männer, weil sie eben die Ausübung einer Pflicht als solche heiliger nehmen als ihre Gatten und Brüder.

Eben aus diesem Bestreben heraus, sich der Erfüllung der neuen Pflicht würdig zu erweisen, haben die Frauen überall lebhaftes Interesse am Studium der ökonomischen und politischen Streitfragen genommen, sich in Verbände zusammengeschlossen, in denen alle Gesichtspunkte, die für die Ausübung des Stimmrechts ins Gewicht fallen können, diskutiert werden. Der selbständige Bildungsgrad der Frauen trat hier ins schönste Licht; das Erziehungswerk des Stimmrechts ward ein bedeutendes, für alle Zweige weiblicher Tätigkeit befruchtendes. Der tiefgehende Erfolg der Reformen im australischen Bundesstaate, mit seinen so unendlich verwickelten sozialen Beziehungen und Gegensätzen, die denen Europas in keiner Weise nachstehen, kann nur die günstigste Schlußfolgerung auf die Möglichkeit und Nützlichkeit einer gleichen Umwertung der Machtfaktoren in Europa eröffnen.

Groß und entscheidungsvoll sind die Wirkungen des Frauenstimmrechts auch in Neuseeland gewesen, wo es bisher am längsten besteht. Unter seinem Einfluß vor allem ist die beispielgebende Gesetzgebung

zur Bekämpfung der Trunksucht entstanden. Ein Gesetz wurde angenommen, demzufolge jede Stadt und jeder Bezirk des Landes in vierjährigen Zwischenräumen sich darüber auszusprechen haben, ob der Ausschank alkoholischer Getränke weiterhin unbeschränkt zu gestatten sei oder aber die Zahl der berechtigten Verschleißstellen eingeschränkt resp. solche Berechtigungen für den ganzen Bezirk aufgehoben werden sollen. Zu letzterem Beschlusse ist eine  $\frac{3}{4}$  Mehrheit aller Abstimmenden, d. i. aller volljährigen Männer und Frauen des Bezirkes notwendig. Die Erfahrung hat nun ergeben, daß die Frauen überall in ihrer großen Mehrheit für absolutes Verbot des Alkoholausschanks eintreten; ihr Familienleben, ihre persönlichen und ihrer Kinder Interessen waren ja in erster Linie in Gefahr, wenn der Gatte und Vater sich der Trunksucht ergab, oder auch nur einen wesentlichen Teil des Wochenlohnes im Wirtshaus vergeudete. Und wo die Familie selbst einen nüchternen und ehrenwerten Erhalter besaß, da stand den Frauen das Unglück ihrer Gefährtinnen, ihrer Nachbarinnen und Mitbürgerinnen vor Augen. Wo immer sich nun ein nennenswerter Bruchteil der männlichen Wählerschaft für gleiche Reformen aussprach, mußte ihre Vereinigung mit der kompakten Mehrheit der Frauen zum Siege führen und tatsächlich wurde in einem Landbezirke Neuseelands nach dem andern das absolute Verbot des Alkoholausschanks ausgesprochen. Auch die Städte folgten allmählich, nur etwas langsamer, weil die finanziellen Interessen vieler ihrer Bewohner mit dem Brau- und Gastwirts-Gewerbe direkt oder indirekt verknüpft sind. Die wichtigste Stadt des Südens: Invercargill beschloß im Jahre 1906 das absolute Verbot und die Erfahrung der genannten Stadt sowie auch einiger kleinerer Städte desselben Bezirkes haben gezeigt, daß die Kaufkraft der Landbewohner durch den Wegfall der Ausgaben auf alkoholische Getränke sich nach allen anderen Richtungen gehoben hat und alle andern Geschäfte der Stadt nun weitaus bessere Einnahmen erzielen. Dieses finanzielle Argument konnte auch auf die männliche Wählerschaft seinen Einfluß nicht verfehlen und mehr und mehr neigte auch sie sich auf die Seite der unbedingten Alkoholgegner. Der Zeitpunkt, da Neuseeland die verheerende Volksseuche des Alkoholismus restlos aus seinen Grenzen gebannt haben wird, rückt von Jahr zu Jahr in handgreiflichere Nähe; den Frauen des Landes aber kommt das entscheidende Verdienst an diesem großen Kulturwerke zu.

Wie sehr es sich bei dieser Wirkung des Frauenstimmrechts um eine organische Notwendigkeit und nicht etwa um einen lokalen Zufall handelt, beweist das Beispiel Finnlands, in dem die Frauen gleichfalls seit dem Jahre 1906 das politische Stimmrecht genießen. Die bedeutendste Reform der ersten parlamentarischen Session, an welcher 19 weibliche Deputierte teilnahmen, war ein Gesetz, das das absolute Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke im ganzen Bereiche des Landes ausspricht. Wieder waren es die Frauen, welche im Vereine mit der Arbeiterpartei, die im Alkoholismus den schwersten Feind ihrer Klasse, die schwerste Gefahr für die geistige Hebung der breiten Volksmassen erblicken mußte, den großen Kampf durch lange Jahre geführt und mit vollem Siege abgeschlossen haben. (Siehe Artikel von Hilja Pärsinen auf S. 542) Auch an einer weiteren Sozialreform, der Einführung des achtstündigen Maximal-Arbeitstages im Bäckereigewerbe nahmen die Frauen lebhaften Anteil. Ihre humanitären Instinkte legten es ihnen nahe, für den geforderten Schutz der unter so ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Bäckerei-Arbeiter einzutreten.



Auch andere Reformen wurden auf direkte Initiative der weiblichen Deputierten beraten: so die Verbesserung der Stellung der unehelichen Kinder, verstärkter Schutz der Kinder überhaupt gegen Grausamkeit der Eltern und gesetzliche Besserstellung der Rechte verheirateter Frauen; vor allem aber wandten sie ihr Interesse einem großzügigen Plane für Errichtung einer Mutterschaftsversicherung zu, demzufolge alle bedürftigen Frauen 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung ihren vollen, üblichen Tagelohn erhalten und so vom Zwange körperlicher Arbeit befreit werden sollten. Kein Zweifel, daß die Annahme des Vorschlages nicht nur den berechtigten Interessen der Frauen dienen, sondern auch der Volkshygiene unendlichen Vorteil leisten würde.

Die finnische Erfahrung hat gezeigt, daß keinerlei üble Wirkung des Stimmrechts eingetreten, nirgends wurde von Zwietracht in den Familien ob der neuen politischen Rechte der weiblichen Mitglieder berichtet, überwiegend wählten Mann und Frau, Gatte und Gattin für die gleichen Kandidaten und, wie in Australien, hat sich keinerlei bedeutende Verschiebung der rein politischen Stärkeverhältnisse infolge des Frauenstimmrechts ergeben. Nur in der Richtung humanitärer Reform macht sich sein Einfluß geltend, nur zum Guten, in keiner Richtung zum Unzweckmäßigen.

Die kürzliche Gewährung des Frauenstimmrechts an die Frauen Norwegens bedeutet einen weiteren Schritt dem allgemeinen Siege entgegen. — Das englische Unterhaus hat, wie bekannt, wiederholt und zuletzt mit  $\frac{2}{3}$  Mehrheit sich für Zuerkennung des Stimmrechts an die Frauen ausgesprochen und die Regierung erlahmt in ihrem Widerstande. (Siehe Artikel von Campbell S. 532.) Bald wird — wenn nicht alle Zeichen trügen — auch Alt-England das Beispiel seiner fortgeschrittensten Kolonien nachahmen und wenn das Heimatland des Parlamentarismus die zeitgemäße, unabweisbare Reform sich zu eigen gemacht, werden auch die anderen Staaten Europas folgen müssen. Nicht mehr das Ob, sondern nur mehr das Wann der großen Reform steht in Frage und schon vom Gesichtspunkt nationaler Ehre werden die noch übrig bleibenden Staaten sich beeilen müssen, das Beispiel ihrer fortgeschrittenen Nachbarn einzuholen! Wäre es nicht allzu beschämend, wenn etwa die französische Republik, Führerin in allen anderen politischen Reformen, oder das Deutsche Reich mit seiner hohen Entwicklung aller Frauenberufe, im Hintertreffen bleiben und sich selbst zur Unreife ihrer Frauen bekennen würden?

Die Wirkungen der Reform werden auch in Europa nur segensvolle sein können. Eine deutliche, durchaus übereinstimmende Lehre wird von den Erfahrungen Australiens, Neuseelands und Finnlands gegeben; rein politisch genommen wird durch die Einführung des Frauenstimmrechts wenig geändert werden; alle Hoffnungen gewisser konservativer Parteien, manche Befürchtungen gewisser ängstlicher Fortschrittsfreunde, die vom Frauenstimmrecht Verstärkung kirchlicher Machtansprüche erwarten, werden sich als irrig erweisen. Wohl mögen die Frauen eine kurze Zeitspanne lang einen gewissen Einfluß zugunsten der religiösen Parteien in die Wagschale werfen, aber das Erziehungswerk des Stimmrechts wird ihnen bald neue Gesichtspunkte, neue politische Bildung und somit Befreiung von engherzig konservativen Gesichtspunkten eröffnen.

Es war mir gegeben, vor kurzem mit dem Manne zu sprechen, dem Neuseeland das Frauenstimmrecht verdankt, Sir Robert Stout, langjährigem Ministerpräsidenten seines Vaterlandes und Mitarbeiter dieser Zeitschrift.

Ich fragte ihn, warum er den Frauen seines Landes das Stimmrecht zugestanden habe. Er erwiderte, daß er es vor allem getan habe, um ihre geistige Befreiung, ihre Erziehung durch das Leben selbst zu ermöglichen, und nicht in letzter Linie auch darum, um jenseits von Familie und Kirche ihnen neue Sphären der Betätigung zu eröffnen. Die Erfahrung habe seine Voraussicht bestätigt: Das Stimmrecht habe im Laufe allmählichen Heranreifens die Frau von allen engkonfessionellen Gesichtspunkten losgelöst.

Auch die vielfach geäußerte Befürchtung, daß Zwietracht in die Familie getragen würde, erweist sich im Lichte der australischen und finnländischen Erfahrungen als unbegründet; nirgends hat das Frauenstimmrecht Unfrieden gestiftet.

Erscheinen so all die Gründe, die man gegen die Reform ins Feld geführt, als nichtig, müssen wir an Hand der realen Erfahrungen manche erhoffte oder befürchtete Wirkung des Frauenstimmrechts beiseite setzen, so bleiben darum doch große und segensreiche Einflüsse übrig. Vor allem die Förderung berechtigter Frauen-Interessen, dann aber auch die oben erwähnte Begünstigung politischer Moralität und humanitärer Reform. Gerade der Umstand, daß Frauen sich weniger vom ökonomischen Eigeninteresse und mehr von allgemeinen Gefühlsgesichtspunkten leiten lassen, kann unserer politischen Entwicklung und unserer Gesamtkultur nur zum Vorteil gereichen. Wir stehen allzusehr im Banne rücksichtslosen ökonomischen Kampfes, wir sind allzusehr gewohnt, die Zukunft der Gesellschaft und der Kultur dem blinden Spiel und Kampf ökonomischer Interessen anzuvertrauen. Gewiß sind die großen Fortschritte der Weltgeschichte durch das Aufsteigen neuer Klassen und neuer von ihnen getragene Kulturideal bedingt, aber unendlich viel kulturelle elendslindernde, gattungsfördernde Arbeit kann auch jenseits dieses „Klassenkampfes“ getan werden, wenn neue seelische Gruppen, die sich der Vertretung altruistischer Gesichtspunkte weihen, auf den Plan treten. Allzuwenig Interesse bringt man heute — bloß dem Kampf der Interessen zugewandt — jenen Reformen entgegen, die der Gattungszukunft dienen sollen: Frauen- und Jugendschutz, Trunksuchtsbekämpfung u. dgl. mehr. Das Frauenstimmrecht wird all dies ändern, all denen, die um eine edle Sache kämpfen, Unterstützung gewähren; vor allem auch den Vertretern der Friedensidee: Weil ja die Frauen im Sinne ihrer weichen, seelischen Verfassung immer und überall die Greuel des Krieges verabscheuten, weil ihnen nicht so sehr das trügende Heldentum der Kämpfe, auch nicht die nationale Leidenschaft, sondern vielmehr die schweren Verluste, die ihnen als Müttern, Schwestern und Gattinnen, die aber ebenso auch der ganzen Nation aus den Kriegsgreueln erwachsen, zu Bewußtsein kommen. Das Frauenstimmrecht wird den Parteien, welche für Förderung und Sicherung des Weltfriedens eintreten, von höchstem Werte sein. Würde ihm bloß diese eine Wirkung zugeschrieben werden dürfen, wäre seine Herbeiführung der Anstrengung unserer aller wert gewesen.



# KORRESPONDENZEN

---

## ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

CHIOZZA MONEY, MITGLIED DES BRITISCHEN PARLAMENTS: DIE ENGLISCHE FINANZREFORM.

**U**NVERMEIDLICHE Ausgabensteigerung für den Ausbau der nationalen Wehrkraft und ebenso drängender Bedarf für Arbeiter-Altersversorgung und andere Sozialreformen haben England vor die Notwendigkeit gestellt, 340 Millionen Mark pro Jahr durch neue Steuern aufzubringen; im wesentlichen ganz das gleiche Problem wie in Deutschland. Die von der Regierung vorgeschlagene Lösung allerdings ist eine durchaus verschiedene: Nicht die breiten Massen des Volkes werden zur Tragung der Hauptlast berufen, sondern eine Reihe neuartiger Reformgedanken zieht das arbeitslose Einkommen der besitzenden Stände zur Deckung der Staatsbedürfnisse heran.

Untersuchen wir in der Tat die verschiedenen von der Regierung vorgeschlagenen Steuern, so finden wir in allen den gemeinsamen Grundgedanken, daß das, was der Bürger durch seine körperliche oder geistige Arbeit erwarb, ihm möglichst ungeschmälert verbleiben solle. Viele Einkommen aber entsprechen keiner persönlichen Anstrengung, sondern werden durch die Gesellschaft, ihr Sein und ihre Tätigkeit erzeugt, fließen somit dem einzelnen, der wenig oder nichts zu ihnen beigetragen, unverdient zu. Von all solchem Wertzuwachs sollen nun bedeutende Steuern erhoben und so ein Teil desselben wieder der Gesamtheit zugeführt werden. Die neuen Steuern, von der Regierung vorgeschlagen und vom Parlament bereits angenommen, treffen:

1. Den Wertzuwachs an Grund und Boden. Sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes soll eine amtliche Schätzung des Bodenwertes im ganzen Reiche vorgenommen werden und fürderhin bei jedem Besitzwechsel — sei es unter Lebenden, sei es infolge Todes des Besitzers — sollen 20% der Werterhöhung des Bodens (soweit sie nicht durch Ausführung von Bauten oder Ameliorationen bewirkt wurde) für den Staat erhoben werden. Ein Fünftel jener Werte, welche dem glücklichen Besitzer aus dem Wachstum der Bevölkerung und anderen, von seinem Willen und seiner Arbeit unabhängigen sozialen Momenten erwachsen, soll auf diese Weise der Gesamtheit rückerstattet werden.

Vielfach hat man von konservativer Seite eingewendet, daß die Wertsteigerung gerade des Grundes und Bodens ohne Berechtigung aus den anderen, durch allgemein soziale Momente hervorgerufenen Wertsteigerungen herausgegriffen worden sei. Dem mag entgegengestellt werden, daß gerade die Steigerung der Bodenwerte einen besonders ausgesprochenen Fall arbeitslosen Einkommens darstellt und sich auch zur Steuereinhebung nach der technischen Seite hin gut eignet. Notwendig ist allerdings vom Standpunkt



des allgemeinen Grundgedankens der Reform, daß auch alle andern Zweige arbeitslosen Einkommens herangezogen werden; dies geschieht vor allem durch die Erhöhung der Einkommenssteuer in ihren hohen und höchsten Stufen.

Eine eingehende Betrachtung verschiedener Einkommenszweige zeigt, daß die von Arbeit herrührenden Elemente darin um so mehr zurücktreten, je höher der absolute Betrag der Summen anschwillt. Das gilt selbst von Einkommen aus freien Berufen, die scheinbar dem allgemeinen Gesetz widerstehen; denn ein geschickter Arzt z. B., der in einer kleinen Stadt praktiziert, wird zweifelsohne weitaus weniger erwerben als sein Kollege in der großen Stadt, der inmitten von reichen Klienten wohnt. Das gleiche gilt für den Advokaten, der am Landgericht in der Provinz, und den andern, der in der Hauptstadt wirkt; für den Geschäftsmann, der in der Seitenstraße tätig ist, und den andern, mit gleicher Tüchtigkeit Begabten, der sich einen guten Platz in der Hauptstraße kaufen konnte; man kann mit gewissem Recht sagen, daß der finanzielle Erfolg des Ladeninhabers sehr wesentlich von der Lage seines Geschäftes abhängt und damit indirekt vom Kapital, das er an dessen Erwerbung oder Mietung wenden konnte. Halten wir aber einmal fest, daß die höheren Einkommen auch mehr arbeitslose, von allgemein sozialen Momenten herrührende Einkommenselemente besitzen, dann ist es unendlich einfach, durch erhöhte Besteuerung gerade dieser höchsten Einkommen indirekt die Zwecke einer allgemeinen Wertzuwachssteuer zu erreichen und tatsächlich hat die englische Steuerreform diese in zwei Linien erfolgreich durchgeführt:

1. Durch Auferlegung einer Zusatzsteuer von 5% auf Einkommen über 100 000 Mark im Jahre und

2. durch erhöhte Besteuerung von Einkommen aus Grundrente und Kapitalgewinn auch unterhalb der Grenze von 100 000 Mark. — —

Eine Reform und Erweiterung der Nachlaßsteuer zieht auch den steuertechnisch so günstigen Anlaß der Vermögensaufnahme anläßlich des Ablebens des Besitzers für Zwecke der Besteuerung hoher Einkommen heran, und zwar hat die britische Nachlaßsteuer genau so auf Erbschaften in der direkten Linie wie in der Seitenlinie Bezug; kein ähnlicher Widerstand wie in Deutschland hat sich hiergegen erhoben.

Außer der Erhöhung der Sätze ist für die diesbezügliche Reform besonders charakteristisch, daß auch Schenkungen unter Lebenden, wenn sie weniger als 5 Jahre vor dem Tode des Schenkers erfolgten, von nun an nach den Grundsätzen der Erbschaftssteuer nachträglich zu belasten sind. Derart soll allen Betrugsversuchen, wie sie durch die erhöhten Sätze veranlaßt werden könnten, ein Riegel vorgeschoben werden.

Ebenfalls hierher gehört auch die Erhöhung der Lizenzgebühren für Brauer und Gastwirte: Ihr Einkommen beruht ja auf der staatlichen Konzessionierung, die ihnen Konkurrenten vom Leibe hält; es wäre somit gleichfalls als arbeitslos gewonnenes Einkommen zur Besteuerung heranzuziehen. Wenn hierdurch auch noch der Nebenzweck möglicher Einschränkung der Gastwirtschaften und Bekämpfung des Alkoholismus erreicht würde, könnte dies nur zur weiteren Empfehlung der Steuer dienen.

Wir sehen, daß das englische Budget seinen Grundgedanken der Besteuerung arbeitslosen Einkommens nach allen Richtungen systematisch durchgeführt hat und so ein schönes Beispiel auch

für die Lösung der Steuerreform-Probleme des Auslandes abgibt; speziell die eigentliche Steuer auf Wertzuwachs von Grund und Boden und die Reform der Nachlaßsteuer müssen für D e u t s c h l a n d, die Ausgestaltung der Einkommenssteuer für F r a n k r e i c h von Interesse sein. Das englische Budget verdient darum die Aufmerksamkeit aller jener, die an der Lösung der betreffenden Festlandsprobleme mitarbeiten.

## CHRONIK

**D**IE neuen österreichischen Alpenbahnen. Lange Zeit hindurch waren die österreichischen Alpenländer, wenngleich zu den landschaftlich schönsten Gebirgsgegenden unseres Erdteils gehörig, nicht in solchem Maß von den Fremden besucht, wie sie es verdient hätten. Viele ihrer größten Schönheiten waren für den eiligen Reisenden so gut wie unzugänglich und wenn sie ob ihrer Unberührtheit dem rüstigen Wanderer auch doppelten Genuß vermittelten, so war ihre mangelhafte Erschließung doch sehr zum wirtschaftlichen Schaden des Landes und ein seelischer Verlust für die europäische Welt.

Mehr und mehr beginnt sich dies zu ändern, und gerade die letzten Jahre haben neue Gesichtspunkte eröffnet. Die Erbauung des neuen Schienenstranges von Süddeutschland nach dem Adriatischen Meere, der nun seiner Vollendung entgegengeht und in mehreren seiner schönsten Teilstrecken bereits dem Verkehr übergeben ist, so wie auch mehrere andere Bahnen, welche hohe Gebirge (Pyhrn, Karawanken) durchschneiden, ermöglichen es, die herrlichsten Punkte der Gletscherwelt im Abteil des schnell dahin fliegenden Dampfzuges zu erreichen. In nicht ferner Zukunft mag die Elektrisierung der genannten Bahnen, wie sie durch den alpinen Reichtum an Wasserkraften

erleichtert wird, auch die Rauchplage vom Bahnkörper bannen und so noch reineren Naturgenuß ermöglichen.

Nicht lange ist es her, seit unter großem, wohl begreiflichem Festgepränge die landschaftlich und touristisch wichtigste Teilstrecke der „großen Tauernbahn“ eröffnet wurde, die Gastein, den berühmten Höhen- und Bäderkurort, mit dem Schienennetze der Monarchie verbindet. Wo früher nur eine anstrengende Postwagenfahrt ausdauernde Touristen zum Ziele führen konnte, verkehrt nunmehr das große demokratische Beförderungsmittel (wenn man will, mit allen Errungenschaften des Komforts ausgestattet). Um einen gewissen romantischen Zauber von ehemals und sein Verblässen in moderner Zeit dürfen wir wohl nicht zu hörbar trauern. Wir würden ja doch den Kürzeren ziehen der Geschichte gegenüber, die uns von jeher das Hohelied auf die Entwicklung alles dessen gesungen hat, was entwicklungsfähig ist. Warum in Zeiten des Aufstiegs in Luftregionen trauern um verlorene Sphären der Einsamkeit? Die Welt ist groß.

Wenige Gebirgsketten haben für den Wanderer solchen Reiz wie die Hochkette der Tauern mit ihren tief einschneidenden und doch den Hauptkamm nirgends durchbrechenden Tä-

lern. Die neue Bahn eröffnet eines der schönsten und gibt damit dem Wanderer die Möglichkeit zu Übergängen nach den anderen Tälern.

Die Pyrhnbahn wieder eröffnet ein freundliches Bergland, das sich allmählich zum Hochgebirge hinanzieht und bildet zugleich eine neue kurze Verkehrslinie von Prag und dem deutschen Norden nach Triest und dem Meer.

Die Karawankenbahn erschließt einen der bisher entlegensten Teile der Alpen, der doch wegen seiner grünen Seen und seiner herben Schönheit verdiente, mehr gekannt zu werden.

Je näher das neue Bahnnetz seiner völligen Vollendung entgegengeht, desto mehr werden sich die österreichischen Alpenländer in Vorzügen des Verkehrs dem Schweizer Vorbild annähern, desto mehr wird auch der Landeswohlstand nach Schweizer Vorbild sich heben. Bildung wird mehr und mehr über alle Distrikte verbreitet werden und eine geschäftsfähige, nüchterne Bevölkerung sich entwickeln. Unendlich viel neue Möglichkeiten der Erquickung werden den von der Ebene kommenden, Gebirgsschönheit suchenden Massen erschlossen sein. Der kulturfiehende Wanderer aber wird seine Schritte weiter nach dem Kaukasus oder den Kordillern lenken.... B.



### Ökonomischer Internationalismus.

Etwa 20 Persönlichkeiten der Finanzwelt sowie der Industrie- und Handelskreise haben sich kürzlich in Brüssel zusammengefunden, um eine „Internationale Wirtschaftsunion“ zu gründen. Dieselbe soll, wie die „Revue de l'évolution économique“ ausführt, die Verständigung über ökonomische Interessen zwischen den einzelnen Ländern, speziell auch Vereinbarungen zur Hebung der Transportgelegenhei-

ten, herbeiführen, die Zollformalitäten erleichtern und den jeweiligen Volksgenossen den Genuß ökonomischer Einrichtungen auch des Auslandes wechselseitig zusichern. Das große Ansehen, das mehrere der Begründer der Union genießen, gestattet es, für den Erfolg derselben eine günstige Prognose zu stellen.



### Bodenreformbewegung in China.

Seit längerer Zeit besteht im Süden Chinas eine revolutionäre Bewegung, welche die Vertreibung der ausländischen Mandschudynastie und ihrer freiheitsfeindlichen Behörden zum Ziele hat und eine nationalchinesische Republik begründen will. Einem interessanten Aufrufe an das chinesische Volk, den die Partei erlassen und der im „Courrier Européen“ übersetzt wird, entnehmen wir die bemerkenswerte Tatsache, daß die chinesischen Republikaner außer ihren allgemeinen demokratischen und Freiheitsforderungen auch sozialistische oder präziser gesagt: Bodenreformforderungen aufgestellt haben. Ein Abschnitt der Publikation lautet wörtlich:

„Die Wohltaten der Zivilisation werden für alle Bürger die gleichen sein. Heute gehört Grund und Boden den Eigentümern; nach der Revolution werden die Ländereien infolge der sozialen und ökonomischen Entwicklung einen höheren Wert gewinnen; dieser Mehrwert aber soll dem Staate gehören und somit allen Bürgern zugute kommen.“

„Dies wird die Grundlage des neuen sozialistischen Staatswesens sein, das allen Bürgern eine gesicherte Existenz gewährleistet und die Armut aus China verbannt.“

Ein Erfolg der Bewegung würde somit nicht bloß eine politische, sondern eine soziale Umwälzung in China zur Folge haben.



### Die ökonomische Zukunft Sibiriens.

Als vor vierzig Jahren Rußland seine östlichsten Besitzungen in Amerika an die Vereinigten Staaten verkaufte und sich dieselben derart entwickelten, daß ihre Ertragnisse heute alljährlich ein Vielfaches des ursprünglichen Kaufschillings erreichen, da mochte man geneigt sein zu glauben, daß nur die angelsächsische Rasse der Verwertung solchen Junglandes fähig sei; daß ein russischer Beamtenstaat hier überhaupt nichts anzufangen wisse. Die Entwicklung hat dem widersprochen; die Macht der ökonomischen Tatsachen war stärker als alle Rassenmomente: Sibirien selbst verläßt seine Mission einer ausschließlichen Sträflingskolonie; eine starke und ständige Einwanderung russischer Bauern dahin setzt ein, eine Entwicklung Sibiriens nach amerikanischem Muster scheint verbürgt.

Die jüngste Revolution hat hierzu besonders beigetragen. Dem Landverteilungsprogramm der Volksparteien gegenüber richtete die Regierung ihr Augenmerk auf Sibirien; dort war das Erdreich, das sie ohne Beeinträchtigung des altrussischen Gutsbesitzes ihren landhungrigen Bauern abzugeben hatte. Sie begünstigte daher die Einwanderung nach Sibirien in jeder Weise; im Jahre 1908 sind nahezu 800 000 russische Bauern nach Sibirien gezogen, um dort eine neue, freie Heimat unbegrenzter Perspektiven zu finden. Bedeutende Kredite werden von seiten des russischen Ministeriums für die Unterstützung der sibirischen Siedler ausgeworfen, etwa 20 Millionen Mark pro Jahr. Hier ähnelt die russische Staatsverwaltung an Großzügigkeit der kanadischen, die den neu ankommenden Einwanderern Landstücke frei zur Verfügung stellt, ja, übertrifft sie noch, da dort doch keine finanziellen Unterstützungen gewährt werden.

Ähnlich wie in Amerika geht die wirtschaftliche Entwicklung Sibiriens vor allem an Hand der neuen Bahnbauten vor sich. Auf Grund der Erfahrungen des japanischen Krieges wurde bekanntlich die Legung eines zweiten Geleises der transsibirischen Bahn beschlossen, sowie kürzlich die Legung eines Schienenstranges nach dem russischen Hafen Wladiwostok, um so die Verkehrsader vollständig durch russisches Gebiet zu führen (die bisherige Bahn durchquert die chinesische Mandschurei). Eine Reihe von Zweiglinien sind geplant, zum Teil von Privatgesellschaften und auch auswärtiges Kapital wird hierfür herangezogen. Insbesondere soll der Bau einer Bahnlinie bis Kiachta an der mongolischen Grenze ins Auge gefaßt werden. Wenn dereinst die transmongolische Eisenbahn nach Peking fertiggestellt sein wird, wird man von Berlin nach Peking im Expreszug in 8 Tagen fahren können. Auch dieser Überlandverkehr wird gewiß neues Leben in die einst so verlassenen Lande bringen, Industrien entstehen lassen, den bestehenden Bergwerken neue Ausbeutungsmöglichkeiten eröffnen. Der Schwerpunkt wirtschaftlichen Lebens mag so in absehbarer Zukunft von den europäischen Teilen des Zarenreiches nach den weiten Ebenen Asiens gerückt werden und die freien Siedler Sibiriens mit ihrem amerikanischen Neulandleben auf die politische Entwicklung des Reiches einen entscheidungsvollen Einfluß gewinnen. Schon heute gehört ja die überwiegende Mehrheit der sibirischen Deputierten den radikalen Parteien an und je weiter die Entwicklung fortschreitet, desto mehr muß dies zur Geltung kommen. Neue Möglichkeiten für die gesamte Weltentwicklung eröffnen sich in diesem Lande, das bekanntlich an Größe ganz Europa um die Hälfte übertrifft.

*R. Wassiltscheff.*

**Ökonomische Entwicklung Südbrasilien.** Eine kürzlich erschienene Studie des volkswirtschaftlichen Referenten im Ministerium des südbrasilianischen Staates Sao Paulo gibt interessante Aufschlüsse über die bedeutsame wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes in den letzten beiden Jahrzehnten seit der Proklamierung der Republik Brasilien.

Die Einwohnerzahl hat sich von 1 200 000 auf 2 600 000 Menschen erhöht, die Länge des Bahnnetzes ist von 639 auf 4082 km gestiegen; die Einwohnerzahl der Hauptstadt hat sich von 47 000 auf 349 000 gehoben und ihre Industrie hat sich entsprechend entwickelt. Ähnlich ging die Entwicklung der Schulen, des Ackerbaues und des kulturellen Le-

bens vor sich, alles vornehmlich dank der starken Einwanderung aus Europa, die überaus tüchtige Elemente sowohl aus Deutschland als auch Italien ins Land brachte. Das Gesetz der klimatischen Lage und ihr Einfluß auf die Rassenwandlung setzt sich eben auch in Südamerika durch; während die tropischen Landstriche den Mischrassen verbleiben und sich zu keiner Stabilität und ökonomischen Entfaltung durchringen können, erwachsen im gemäßigten Süden friedliche, arbeitsame, von überwiegend weißer Bevölkerung besiedelte Staaten, die mehr und mehr die kommerziellen Züge Nordamerikas annehmen und neue wirtschaftliche Möglichkeiten für die Welt eröffnen.



## POLITISCHE ENTWICKLUNG

FRANCIS DE PRESSENSÉ, MITGLIED DER FRANZÖSISCHEN DEPUTIERTENKAMMER: DIE INTERNATIONALE LAGE UND IHRE BEEINFLUSSUNG DURCH DIE TÜRKISCHEN EREIGNISSE.

(Auszug aus einem längeren Artikel unserer französischen Ausgabe.)



ENN wir alle geschichtlichen Faktoren betrachten, die für und wider den Frieden Europas streiten, so können wir uns leider der Erkenntnis nicht verschließen, daß ein dauernder Friede zwischen den Mächten unseres Erdteils noch auf lange hinaus nicht möglich ist; denn die Ursachen der stets wiederkehrenden Konflikte zwischen den einzelnen Staaten sind in gewissem Sinne organisch in unserer Wirtschaftsverfassung begründet. Der Wettstreit um Beherrschung des Weltmarkts, die Notwendigkeit, neue Absatzgebiete, neue Kolonien zu gewinnen, führen immer wieder zu Unvereinbarkeit der Interessen, zur Kriegsgefahr. Dazu kommen noch die fortgesetzten revolutionären Verwicklungen, wie sie aus dem Freiheitsstreben lang unterdrückter Völker erwachsen; altgewohnte Verhältnisse werden dadurch umgestürzt, die Interessengegensätze der Beteiligten und Nachbarn gewinnen Aktualität. — (Ist doch der spanisch-ameri-

kanische Krieg aus der kubanischen Revolution hervorgegangen; wurde doch die französisch-deutsche Kriegsgefahr wesentlich durch die innern Unruhen Marokkos und auch die eben überwundene Kriegsgefahr in Osteuropa durch die revolutionäre Umwälzung in der Türkei heraufbeschworen.) — Weiter darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß der bewaffnete Frieden an sich Kräfte erzeugt, die zum Kriege streben, nämlich: die Armeen und deren Führer, die nur im Feldzug selbst Befriedigung ihres Betätigungsdranges finden können; oder auch Waffenlieferanten, Schiffswerftbesitzer usw., die an der Aufrechterhaltung des Wettrüstens unmittelbarstes Interesse haben und das Fieber der Völker so bewußt schüren.

Andererseits sind einige Momente europäischer Realpolitik (von idealistischen Bestrebungen ganz abgesehen) darnach geartet, daß sie für Erhaltung des Friedens einzutreten scheinen. Vor allem die beiden historischen Allianzen: Dreibund und russisch-französisches Bündnis, die in die Verhältnisse der europäischen Staaten eine gewisse Stabilität und ein gewisses Gleichgewicht gebracht haben. Mögen die Intentionen der vertragschließenden Teile wie immer gewesen sein: Es wurden viele Zusammenhänge und Abhängigkeiten geschaffen, vor allem auch jenes System der internationalen Versicherungen (wie es z. B. in der Verpflichtung Englands, für Japan einzutreten — wenn dieses außer von Rußland auch von einem andern Lande angegriffen würde — zutage trat). All dies hat die freie Initiative jedes Staates, Krieg oder Frieden nach eigener Laune zu beginnen, doch sehr eingeschränkt. In jüngster Zeit haben auch jene Beziehungen, die sich zwischen gewissen Gliedern der beiden Staatengruppen spannen, zur Aufrechterhaltung des Friedens beigetragen; so insbesondere die zwischen Italien und Frankreich stattgehabte Verständigung.

In den letzten Jahren wieder zeigten sich gewisse weitergehende Symptome einer Umwälzung in den Staatenbeziehungen, welche die Stabilität zu gefährden geneigt sind. Wenn auch in gewissem Sinne der Abschluß der „Entente cordiale“ zwischen Frankreich und England und noch mehr der Tripelentente zwischen Frankreich, England und Rußland, sowie der Kombinationen zwischen diesen Mächten mit Spanien und Italien, den Keim künftiger Völkersolidarität und Friedenssicherung in sich trägt, so haben diese Entwicklungen selbst doch in der unmittelbaren Gegenwart viel leichtbegreiflichen Widerspruch von seiten der mitteleuropäischen Mächte geweckt und eine gewisse Spannung erzeugt. Wir können daher sagen, daß die europäische Lage in diesen letzten Jahren bei allem Ausblick auf eine gesicherte Zukunft doch unmittelbar weniger stabil ist, als sie früher gewesen.



Vor Kurzem war Europa durch den Ausbruch der türkischen Revolution vor neue große internationale Probleme gestellt. Österreich und Bulgarien nahmen die Neuordnung der Verhältnisse zur Veranlassung, sich über die Schranken der Verträge, die ihnen lästig geworden, hinweg zu setzen und brachen damit jene Schutzwehr des europäischen Friedens, die in der Heilighaltung frei übernommener Verpflichtungen gelegen war. Wie nahe die Konsequenzen dieser Politik am Kriege vorüber geführt, ist bekannt. Eine zweite Gefahr tritt vielleicht minder klar zutage, sie liegt im überraschenden Erfolge der jungtürkischen Revolution als einer militärischen Erhebung. Als solche ist sie notwendigerweise verbunden mit



einem Erstarren des militärischen Selbstgefühls der türkischen Armee. Und wenn auch die Politik der neuen Türkei zunächst gegenüber Österreich und Bulgarien friedlich gewesen ist, so mag die Ursache hierfür sehr wohl allein im Bestreben der jungtürkischen Führer gesucht werden, zunächst während der Periode der inneren Reorganisation einen äußeren Konflikt zu vermeiden; wenn aber die Umwandlung von Reich und Volk beendet und der Tatendrang nach außen in seine Rechte tritt, wer steht uns dafür, daß nicht eine jungtürkische Revanchepolitik für die Verluste des alten Regimes eingeleitet werde? Ist ja doch die jungtürkische Bewegung eine durch und durch nationalistürkische, haben ja doch die durch die Korruption des alten Regimes verschuldeten Demütigungen der Türkei durch das Ausland sehr wesentlich zum Aufwallen der revolutionären Stimmung — gerade im Offizierskorps — und zur Erhebung der Jungtürken beigetragen. Die herrschende jungtürkische Bewegung ist auch — im Gegensatz zur föderalistischen Richtung der liberalen Union durchaus zentralistisch und türkischnational gesinnt — bestrebt, die Sonderrechte der Provinzen, Nationalitäten und christlichen Gemeinden möglichst im türkischen Staatsorganismus aufgehen zu lassen, die türkische Sprache zur herrschenden im weiten Reiche zu erheben. Viele Konflikte können aus dieser nationalistischen Politik erwachsen. Sollten die Jungtürken wirklich, wie es den Anschein hat, darauf ausgehen, die türkische Sprache in der Schule vorzuschieben und die nationalen und religiösen Privilegien der nichttürkischen Gruppen nach dieser Richtung zu beeinträchtigen, dann werden sie sich zweifellos an denselben Widerständen stoßen, wie die Deutschliberalen Österreichs; dann wird es zum leidenschaftlichen Gegendruck der christlichen Bulgaren, Serben, Griechen, aber auch ebenso der mohammedanischen Albaner und Araber kommen; dann kann nur zu leicht eine Irredenta in diesen Volksstämmen erwachsen, die stammverwandten Staaten des Auslandes (Bulgarien, Serbien und Griechenland) mögen in den Kampf zur Unterstützung der Stammesbrüder hereingezogen werden, wie es aus anderen Gründen auch unter dem alten Regime so oft nahe lag. Dann aber besteht natürlich die Gefahr, daß auch gewisse europäische Mächte, der alten Traditionen eingedenk, die sie mit gewissen christlichen Gruppen des Ostens verbinden, in die Konfliktsphäre geraten.

Ja, wir müssen noch weiter gehen. Trotz der tiefen Sympathie, die gerade die vorgeschrittenen Parteien der Weststaaten für die jungtürkische Bewegung empfinden, muß und wird es denselben schwer fallen, die Vergangenheit ganz zu vergessen. . . .

Alle die, welche so lange Recht und Freiheit der von den Türken unterdrückten Völkerschaften des ottomanischen Reiches vertreten, die Armenier verteidigt und für Macedonien mögliche Lebensbedingungen erstrebt haben, werden nicht gewillt sein, ihre traditionelle Kampfdevise preiszugeben. Auch unsere religiösen Parteien werden ihre Solidarität mit den Christen der Türkei nicht leichten Kaufes opfern.

So fürchte ich, daß die Ära der Möglichkeiten internationaler Konflikte, die aus der türkischen Umwälzung erwachsen, leider noch lange nicht abgeschlossen ist; daß es der ganzen Friedenssehnsucht, des ganzen Einflusses der friedensheischenden Parteien in den Staaten Europas bedürfen wird, um die Klippen ohne Blutvergießen glücklich zu umschiffen. Unmöglich ist es nicht und in einer entfernteren Zukunft eröffnet sich dann wieder eine leichte Bahn. Wenn die Türkei sich endgültig konsolidiert hat und in die Reihe der anderen Staaten eingetreten ist, die keiner Vormundschaft

bedürfen, keine Probleme der Erbteilung eröffnen, wenn erst die orientalische Frage endgültig verschwindet, — dann wird eine große Quelle jahrhundertlang sich fortpflanzender Reibungen zwischen den Staaten Europas beseitigt sein. Wenn die weiten Gebiete, die dem Sultan unterstehen, aufhören werden, mehr oder minder als künftige Kolonien Europas betrachtet zu werden, dann werden auch die kriegerischen Gefahren und Gegensätze eben dieser Kolonialpolitik weit geringere sein und die Zeit kommt näher, wo auch die außereuropäischen Gebiete, die ihre Unabhängigkeit nicht sicher gegründet, endgültig und unbestritten unter die einzelnen europäischen Staaten aufgeteilt sind, wo also auch in den überseeischen Gebieten ein solcher fester und unbestrittener status quo sich ausbildet, wie er heute schon im wesentlichen in Europa besteht. Alle kriegerischen Konflikte der letzten Jahrzehnte sind aus dem Streit um überseeische oder doch der konsolidierten Sphäre Europas entrückte Gebiete entstanden (Balkan 1878, Balkan 1885, Kreta 1897, Kuba 1898, Korea 1904); je mehr auch dort sich europäische Großmächte oder solche andere Staaten, die sich Gleichstellung mit ihnen erringen, in unwiderruflicher Weise festsetzen, desto geringer wird die Zahl der möglichen Konflikte. In diesem Sinne wird auch die Umwandlung der Türkei in eine europäische Großmacht (und das bedeutet ja der Sieg der Verfassungsfreunde) einen großen Fortschritt auf dem Wege zum dauernden Weltfrieden bedeuten.



## MUSTAFA BEY: DIE ZUKUNFT PARLAMANTARISCHEN LEBENS IN DER TÜRKEI.



DER Verlauf der jüngsten Gegenrevolution und ihre Niederwerfung durch die Verfassungsfreunde hat das türkische Parlament selbst leider nicht in sehr günstigem Lichte erscheinen lassen. Als die Meuterei in Konstantinopel triumphierte und alle anderen Freunde der Verfassung sich nach Saloniki zurückzogen, um von dort aus einen letzten Schlag zu versuchen, blieben die Deputierten in Konstantinopel und wagten es nicht, für oder wider die Regierung des Sultans Partei zu ergreifen. Als von den Provinzen die Proteste gegen den Staatsstreich einliefen und man allorts erklärte, man wolle sich für die Konstitution opfern, erwiderte die Kammer, man möge sich beruhigen, die Konstitution sei nicht in Gefahr. Noch als die konstitutionellen Truppen in Tschataldscha standen, entsandte die Kammer dorthin eine Deputation, die sich gegen das Einrücken der konstitutionellen Armee in Konstantinopel aussprach. Den Mitgliedern fehlte eben jener Mut und jener Stolz, der sie zum offenen Gesinnungsbekenntnis und an die Seite der zum Schutz der Verfassung aufgebotenen Armee geführt hätte. Erst als deren Sieg bereits ganz außer Zweifel stand, übersiedelte die Kammer nach San Stefano. Dann allerdings schien sie wieder im Geiste der neuen Machthaber aufzugehen.

Trotz alledem dürfen aus der wenig stolzen Haltung des Parlamentes während der Krise gewiß nicht allzu weitgehende Schlüsse abgeleitet werden: Wo Kanonen donnern und Flinten knattern, ist eben für parlamentarische

Aktionen an und für sich wenig Raum. Die kaum erprobten Traditionen des türkischen Parlaments vermochten begreiflicherweise den Meuterern nicht jenes ehrfurchtgebietende Auftreten entgegenzusetzen, wie es vielleicht dem englischen Parlament in gleichem Falle gelungen wäre.

Wir glauben nur dies schließen zu dürfen, daß noch für lange die militärische Macht über die Geschicke der Türkei entscheiden und dem Parlament mehr oder weniger die Rolle einer Bestätigerin der Machtbeschlüsse zufallen werde. Aber auch diese Schulzeit wird vorübergehen, staatsmännische Traditionen werden sich in der türkischen Volksvertretung herausbilden; sie wird sich ihrer selbst und ihrer Rechte und Aufgaben bewußt werden.

Zugunsten ihrer künftigen Tätigkeit spricht jedenfalls der Umstand, daß der Türke an sich ehrlich geartet ist, was die Unbestechlichkeit der türkischen Abgeordneten erhoffen läßt. Die unbestreitbare Tatsache, daß die Beamten des alten Regimes überaus bestechlich gewesen sind, darf nicht als Gegenargument gelten. Ehedem, da weder Beamter noch Offizier regelmäßigen Sold empfing, war eben jeder dazu gedrängt, sich seinen Unterhalt auf korrupten Wegen zu verschaffen. Nichtsdestoweniger wird unter neuen, günstigeren Verhältnissen, in denen die starkreligiöse Natur des Türken und die große Kraft religiöser und sittlicher Grundsätze, die ihn beleben, zu ihrem Rechte kommen, bei dem relativ geringen Wert, den er gleich anderen Völkern des Ostens dem Reichtum als Selbstzweck beilegt, sich eine nicht korrumpierte türkische Staatsverwaltung entwickeln könne.

Ungünstig für das Parlament in seiner ersten Periode war es zweifelsohne, daß es nicht in einer jener Städte, welche die Revolution geboren, wie etwa Saloniki, sondern in Konstantinopel mit seiner durch so viele Ketten der gewohnten Unterdrückung an das Sultansregime geschmiedeten Bevölkerung tagte. Saloniki mit seiner abendländischen, westlichen Ideen zugekehrten Bevölkerung, die ja bekanntlich größtenteils aus Juden und Griechen und nur zur Minderheit aus Alttürken besteht, hätte dem Parlament auch jenes Milieu der Volksstimmung und der Volksbewegung gegeben, das die Kammer vor dem Erlahmen bewahrt. Die konservative Bevölkerung Konstantinopels hingegen muß erst allmählich dem Enthusiasmus der Freiheit erschlossen werden, noch gibt sie ihrem Parlamente nicht den unentbehrlichen Stützpunkt einer gleichgestimmten öffentlichen Meinung.

Als günstig für die Technik des Parlamentsbetriebes mag es aufgefaßt werden, daß sich schon jetzt die Umrisse der beiden großen Parteien, die sich in Zukunft bekämpfen werden, sehr scharf abzeichnen; einerseits die Partei der staatlichen Einheit und des türkischen Nationalismus, wie sie vom Komitee „Einheit und Fortschritt“ vertreten werden, und andererseits die Partei der nach nationaler Autonomie und föderalistischer Organisation des Staates strebenden nichttürkischen Völkerschaften (Albaner, Araber, Griechen, Bulgaren, Serben usw.). Für den Europäer, der sich das Wesen dieser letzteren Gruppe klarmachen will, mag es günstig sein, sich an einen Staat zu erinnern, der in so vielem der Türkei nahe steht, an Österreich. So wie dort die ersten Jahrzehnte der Verfassungszeit vom Kampfe zwischen deutschen Zentralisten und slawischen Föderalisten ausgefüllt waren, so werden in der Türkei die Vertreter der herrschenden türkischen Nationalität den zentrifugalen Bestrebungen der zum Selbstbewußtsein eigener Kulturimperative erwachenden anderen Völker gegenüberstehen. Zweifelsohne haben die Türken heute die Traditionen des Herrenvolkes, die größere Bildung und Aufklärung und den größeren Reichtum vor den anderen Völkern voraus. Auch von religiöser



Orthodoxie haben sich ihre leitenden Klassen freigemacht, ja, ihr Führer Achmet Riza hat bekanntlich den Islam von sich geworfen und ist Positivist geworden. Die türkisch-zentralistische Partei steht also auch in dieser Richtung den westlichen Völkern näher als ihre Gegner.

Trotzdem glaube ich nicht, daß dies immer so bleiben wird. Die Türken sind wohl das stärkste und das am meisten fortgeschrittene Volk des Reiches, aber es ist durchaus nicht ebenso klar, ob sie auch das begabteste Rassen-element darstellen. Ihre eigene Kultur haben sie von den Arabern übernommen und heute noch stehen sie hinter diesen letzteren nicht bloß an philosophischer Tiefe, sondern auch an Handelsgeist und Anschmiegsamkeit weit zurück. Ihre politischen Tugenden, Energie und Disziplin, mögen ihnen für geraume Zeit noch die Vorherrschaft sichern, mehr und mehr aber werden sie die Gleichberechtigung des arabischen Volkselementes, das in den südlichen und östlichen Provinzen des Reiches durchaus vorherrscht, ja, dort fast ganz allein zur Geltung kommt, anerkennen müssen. Gerade dieser Entwicklungsgang wird dem türkischen Parlamentarismus und der gesamten Gesittung des türkischen Reiches vom größten Vorteil sein. Erst die Anpassung der Araber an ein modern westliches Leben wird dem neugewandelten Reiche die wahrhaft originärer Geisteskultur fähige Masse zuführen.

Die Türken werden vielleicht auch weiterhin die Militär- und Beamtenposten innehaben; das geistige, wissenschaftliche und kommerzielle Leben, alles, wofür nicht sowohl Disziplin als vielmehr Regsamkeit des Geistes notwendig ist, somit auch die parlamentarische Tribüne, wird unter arabischem Einfluß stehen. Die ausschließliche Vorherrschaft der türkischen Sprache wird demnach gebrochen, die Politik der Jungtürken, die nur zu geneigt scheinen, die selbst unter dem alten Regime den verschiedenen Völkern gewährleistete Freiheit einzuschränken, ihres Stachels beraubt erscheinen.

Das Einschreiten der Araber wird auch für Albaner und Griechen im Rahmen des Reiches Nationalfreiheit bedeuten. Die Vielgestaltigkeit der Völker, die hier beisammen wohnen, die regen Wechselbeziehungen, die sich zwischen den verschiedenen Kulturen entspinnen werden, all dies wird, in ein gemeinsames Zentrum zusammenströmend, in den Parteien des Parlamentes zu Kräften werden. Arm an Kämpfen wird dieses nicht sein, dafür bürgen die unendlich vielen nationalen, geistigen und sozialen Gegensätze, welche die einzelnen Gruppen des Reiches trennen. Gerade hierdurch aber wird das Parlament lebendig und vor orientalischer Gleichgültigkeit und Versumpfung bewahrt bleiben. Allmählich mögen dann auch Philosophen und Theoretiker des Parlaments erwachsen, welche aus Praxis und Tradition eine Lehre entwickeln; wieder mag aus dem arabischen Volkselemente hierzu die wesentliche Kraft fließen, sind es die Araber doch fast allein, so paradox dies klingen mag, die im Parlamente wahrhaft orientalischen, d. h. von den Gütern dieser Welt abgekehrten Geist vertreten. Die Militärvölker der Türken und Albaner, das Handelsvolk der Griechen, sie alle sind ihrer Art nach Europäer; die Araber allein stehen in ihrer Verinnerlichung den großen Völkern des Ostens, vor allem den Indern, nahe. Sie werden das Prinzip der Vergeistigung in das intellektuelle Leben des Reiches hineintragen, von ihnen werden die Philosophen des türkischen Parlamentarismus kommen.

So glaube ich, der Zukunft ein günstiges Prognostikon stellen zu können. Türkische Disziplin und arabischer Geist, beide ergänzt durch die vielgestaltigen Kräfte kluger Griechen, stolzer Albaner und wandlungsfreudiger Armenier, werden die parlamentarische Flagge der Türkei hochhalten.

## SOZIALE ENTWICKLUNG

### DR. ROMME, PARIS: UNTERSUCHUNGEN ÜBER VOLKSERNÄHRUNG.



ROSSE Beachtung haben in Frankreich kürzlich die Ausführungen von Professor Landouzi gefunden, der darzutun sucht, daß die derzeit üblichen Prinzipien der Ernährung der breiten Volksmassen durchaus unökonomische seien, daß es möglich sei, eine gleiche und größere Menge von Nährstoffen und Kraft dem Körper zuzuführen, ohne dazu gleichviel Geldmittel als heute zu benötigen. Er wies nach, daß der Nähr- und der Kaufwert der verschiedenen Nahrungsmittel sich durchaus nicht in einem gegebenen Verhältnis befänden und kommt zu dieser Schlußfolgerung, indem er die Anzahl der Kalorien (Wärmeeinheiten), welche  $\frac{1}{2}$  kg der verschiedenen Nahrungsmittel liefert, berechnet und dann den Nährwert derselben ihrem Preise gegenüberstellt. So zeigt er, daß  $\frac{1}{2}$  kg Fleisch, das 500 Kalorien liefert, in Paris durchschnittlich 1,20 M. koste, während  $\frac{1}{2}$  kg Brot für nur 16 Pfg. 1150 Kalorien liefere, somit doppelt soviel Kalorien für einen siebenmal kleineren Preis; so bringt ein Kotelett um 32 Pfg. nur 75 Kalorien hervor, während 5 Stücke Würfelzucker, die nur wenig über 2 Pfg. kosten, 130 Kalorien liefern oder 60 g Bohnengemüse, die 4 Pfg. kosten, 200 Kalorien. Tatsächlich wird es so möglich, die zum Aufbau und Erhaltung des Körpers notwendigen Stoffe zu relativ volkstümlichen Preisen herzustellen, sofern die Bereitung der Speisen im Familienhaushalt selbst geschehen kann.

Trotzdem wird die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Untersuchungen meiner Ansicht nach überschätzt, weil eben Prof. Landouzi soziale und ökonomische Bedingungen voraussetzt, die heute tatsächlich nicht mehr bestehen, weder in Frankreich noch anderwärts. Die kapitalistische Entwicklung hat die Arbeiterfamilie vielfach durchaus zerstört, und Mann und Frau arbeiten in den Fabriken; eine sorgfältige Bereitung der Speisen durch die Hausfrau ist da nicht möglich. Betrachten wir aber selbst jene Minderheit der Arbeiterfamilien, wo die Frau sich noch dem Hauswesen widmen kann, so finden wir, daß selbst jene bescheidenen Sätze, die Prof. Landouzi für den Ankauf der Lebensmittel ansetzt, nur in den seltensten Fällen erreicht werden. Er glaubt in der Tat 1,20 M. pro Person und Tag, das ist also für eine Familie von Mann, Frau und 3—4 Kindern, letztere zusammen für eine Person gerechnet, 3,60 M. pro Tag einsetzen zu sollen, eine Ziffer, die nur überaus wenige Arbeiterfamilien in Paris für ihre tägliche Nahrung verwenden können, geschweige denn in der Provinz oder im Ausland. Nehmen wir eine Familie, deren Erhalter 2,50 M. pro Tag verdient, so können wohl höchstens 1,50 M. für Nahrung verwendet werden, und nur die bare Füllung des Magens, keineswegs eine Rücksicht auf den Wert der aufzunehmenden Stoffe kann da in Frage kommen.

Das Gesagte will nun gewiß nicht den Wert der physiologischen Untersuchungen Prof. Landouzis, die lebhafteste Beachtung aller Sozialhygieniker verdienen, heruntersetzen, sondern nur zeigen, daß auch die Verwirklichung solcher wissenschaftlichen Forderungen eine gleichzeitige ökonomische Hebung der breiteren Volksschichten voraussetzt. Heute ist das Problem, das von der herkömmlichen Praxis in unzureichender Weise gelöst wird, auch bei wissenschaftlich planmäßiger Behandlung noch nicht lösbar.

## CHRONIK

### Die Bedeutung der Ortskrankenkassen in der Krankenversicherung des Deutschen Reiches 1902—1907.

Welche hohe Bedeutung den Ortskrankenkassen zukommt, ist aus der soeben vom Kaiserlich Statistischen Amt herausgegebenen neuesten Krankenkassenstatistik ersichtlich. Danach bestanden 1907 in Deutschland 23 232 Krankenkassen überhaupt mit einer Durchschnittszahl von 12 138 966 Mitgliedern. Es exi-

stierten allein 4757 Ortskrankenkassen, deren Mitgliederzahl sich auf 6 194 108 belief, d. h. über 50 % aller gegen Krankheitsfolgen versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen gehören den Ortskrankenkassen an.

Die Entwicklung der Krankenversicherung in den letzten 6 Jahren und die Bedeutung der einzelnen Kassengruppen geht aus nachstehenden Tabellen hervor. Es betrug die

#### Zahl der Kassen:

	1902	1905	1907
Gemeindekrankenkassen .....	8 528	8 333	8 290
Ortskrankenkassen .....	4 699	4 740	4 757
Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen .....	7 626	7 774	7 914
Baukrankenkassen .....	52	44	41
Innungskrankenkassen .....	639	710	761
Eingeschriebene Hilfskassen .....	1 445	1 364	1 318
Landesrechtliche Hilfskassen .....	225	162	151
	23 214	23 127	23 232

#### Zahl der Mitglieder:

	1902	1905	1907
Gemeindekrankenkassen .....	1 487 895	1 526 993	1 564 756
Ortskrankenkassen .....	4 697 298	5 637 390	6 194 108
Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen ...	2 491 756	2 835 723	3 156 221
Baukrankenkassen .....	15 726	25 177	19 697
Innungskrankenkassen .....	217 833	263 787	264 604
Eingeschriebene Hilfskassen .....	903 095	858 423	903 560
Landesrechtliche Hilfskassen .....	44 463	36 978	36 020
Krankenkassen überhaupt .....	9 858 066	11 184 471	12 138 966

Außerdem waren in den nicht speziell aufgeführten Knappschaftskassen Mitglieder vorhanden 1902: 671 094, 1905: 719 318, 1906: 758 706; für 1907 fehlen die entsprechenden Angaben noch. Die viel verleumdeten Ortskrankenkassen haben also ihre überragende Stellung behauptet und sogar noch verstärkt. Ebenso blieben die eingeschriebenen freien Arbeiterschöpfungen auf der Höhe. Eine Verschmelzung der sogenannten Bau-, Innungs- und landesrechtlichen Hilfskrankenkassen mit den andern Kassenarten, am besten mit den Ortskrankenkassen, dürfte am ehesten

ins Auge zu fassen sein bei einer Aktion zwecks Verminderung der Kassenzersplitterung.

Die Gesamteinnahmen der Kassen beliefen sich letztjährig auf 319 592 187 M., wovon entfielen auf die Gemeindekrankenkassen 20 190 052 M., Ortskrankenkassen 167 968 189 M., Betriebskrankenkassen 101 284 419 M., Baukrankenkassen 648 144 M., Innungskrankenkassen 7 045 406 M., eingeschriebenen Hilfskassen 21 714 230 M., landesrechtlichen Hilfskassen 741 747 M. Der Kassenbestand betrug bei den Gemeindekrankenkassen 2 799 889 M., Ortskrankenkassen 112 842 807 M.,



Betriebskrankenkassen 103 754 728 M.  
Baukrankenkassen 222 696 M., In-  
nungskrankenkassen 4 637 636 M.,  
eingeschriebenen Hilfskassen  
18 929 342 M., landesrechtlichen  
Hilfskassen 1 770 798 M., allen Kassen  
zusammen 244 957 396 M. gegen  
173 442 529 M. im Jahre 1902.

Von den Ausgaben der Kas-  
sen (sämtliche) werden 1907 regi-  
striert für Ärztehonorar 63 325 782 M.,  
Arznei und sonstige Heilmittel  
49 157 749 M., Krankengelder  
121 416 115 M., Unterstützung der  
Schwangeren und Wöchnerinnen  
5 493 301 M. (wovon 3 681 071 M.

allein auf die Ortskrankenkassen ent-  
fallen), Sterbegelder 7 122 348 M.,  
Anstaltsverpflegung 36 167 635 M.  
(hiervon 19 631 249 M. allein ge-  
leistet von den Ortskrankenkassen!),  
Fürsorge für Genesende 204 576 M.,  
Verwaltungskosten abzüglich der für  
die Invalidenversicherung 16 692 900  
Mark.

Die prozentuale Berechnung der  
Krankheitsfälle und Krankheits-  
kosten enthüllt wieder die fast stetige  
Zunahme der Erkrankungs- und  
Erkrankungsziffer in  
der Arbeiterschaft. Auf je ein Mit-  
glied kamen nämlich

#### Erkrankungsfälle:

	1902	1905	1907
Gemeindekrankenkassen .....	0,25 %	0,27 %	0,26 %
Ortskrankenkassen .....	0,37 %	0,40 %	0,41 %
Betriebskrankenkassen .....	0,42 %	0,47 %	0,49 %
Baukrankenkassen .....	0,71 %	0,77 %	0,61 %
Innungskrankenkassen .....	0,34 %	0,38 %	0,38 %
Eingeschriebene Hilfskassen .....	0,36 %	0,36 %	0,38 %
Landesrechtliche Hilfskassen .....	0,29 %	0,30 %	0,31 %
Sämtliche Kassen .....	0,36 %	0,40 %	0,41 %

Daß die Erkrankungen am zahl-  
reichsten unter den Arbeitern in den  
Fabrikbetrieben sind, widerlegt am  
besten die Behauptung, die „Simu-  
lation“ verstärke wesentlich die  
Krankenkosten. In keiner Kassen-  
gruppe ist die Kontrolle der Kranken  
eine so scharfe wie in den faktisch  
von den Unternehmern verwalteten  
Fabrikkrankenkassen. Daß gerade  
hier die Krankheitsziffer am stärksten  
gestiegen ist, beweist hinreichend die  
hohe Gesundheitsgefährdung der  
Arbeiter in diesen Betrieben. Der  
Rückgang der Krankheitsziffer in den  
Baukrankenkassen kann doch die  
anormal vielen Erkrankungen der  
Bauarbeiter nicht verwischen. Die  
Klagen der Bauarbeitervertreter über  
fehlenden oder vernachlässigten Ge-  
sundheitsschutz ihrer Berufsgenossen  
finden durch die amtliche Statistik  
volle Bestätigung. Auf jeden Bau-  
arbeiter entfielen (1907) durchschnitt-

lich 10,35 Krankheitstage, während  
die Fabrikkrankenkassen 8,63, die  
Ortskrankenkassen 8,50, die Innungs-  
krankenkassen 7,69 Tage pro Mitglied  
verzeichnen. An Krankheits-  
kosten pro Mitglied ergaben  
sich 1907 im Reichsdurchschnitt  
22,56 M. (1902 17,02 M.), speziell  
auf die Fabrikkrankenkassen 28,51 M.,  
Baukrankenkassen 27,81 M., Orts-  
krankenkassen 22,48 M., Innungs-  
krankenkassen 21,62 M., einge-  
schriebenen Hilfskassen 20,66 M.,  
landesrechtliche Hilfskassen 17,97 M.  
und Gemeindekrankenkassen 12,19 M.  
Die Krankengeldbezüge pro Tag sind  
im allgemeinen derart niedrig, daß  
deshalb schon kein großer Anreiz zur  
„Simulation“ aufkommen kann.

An Verwaltungskosten  
sind letztjährig pro Mitglied aus-  
gegeben worden von den Betriebs-  
krankenkassen 0,21 M., Baukrankenkassen  
0,22 M., landesrechtlichen

Hilfskassen 1,58 M., Ortskrankenkassen 2,12 M., eingeschriebenen Hilfskassen 2,42 M., Innungskrankenkassen 2,58 M. Daß die Betriebskrankenkassen so niedrige Verwaltungskosten haben, erklärt sich aus dem Umstande, daß diese Kassen sehr häufig im Nebenamte von Fabrikangestellten mitverwaltet werden. Dagegen haben die Orts-, Hilfs- und Innungskrankenkassen keine anderweit besoldeten Personen zur Verfügung, sondern müssen den ganzen Verwaltungsapparat die Ortskrankenkassen oft auch noch besondere Verwaltungsgebäude bzw. Räumlichkeiten, direkt aus Kassenmitteln bezahlen. Da die Innungskrankenkassen die höchsten Verwaltungskosten haben, läßt sich auch die Verwaltungskostenfrage nicht gegen die von den Arbeitern selbstverwalteten Kassen ausnutzen.

Schließlich sei auch der territorialen Gruppierung der

Kassen noch gedacht. Auf Preußen entfielen letztjährig 10 540 Krankenkassen mit 6 764 978 Mitgliedern, auf Bayern 4 699 mit 1 059 757 Mitgliedern, auf Sachsen 2 371 mit 1 435 317 Mitgliedern, auf Württemberg 456 mit 412 984 Mitgliedern, auf Baden 1 026 mit 522 331 Mitgliedern, auf Hessen 1004 mit 285 220 Mitgliedern, auf Hamburg 146 mit 355 875 Mitgliedern, auf Elsaß-Lothringen 521 mit 344 825 Mitgliedern. Die höchsten durchschnittlichen Mitgliederzahlen auf je eine Kasse hatten nachbenannte Gebiete: Berlin 4937, Hamburg 2437, Bremen 1059, Württemberg 905, Hessen-Nassau 877, Schwarzburg-Sondershausen 875, Ostpreußen und Sachsen-Koburg-Gotha je 860. Die größte Zahl der in Fabrikkrankenkassen versicherten Arbeiter wiesen auf die Rheinprovinz 514 363, Königreich Sachsen 315 690 und Schlesien 286 249.

## ARBEITERBEWEGUNG

DR. JULIUS DEUTSCH, WIEN: DIE PASSIVE RESISTENZ ALS GEWERKSCHAFTLICHES KAMPFMITTEL.



IN neues Kampfmittel der Arbeiter! Zu den altgewohnten Waffen des Streiks und Boykotts trat vor einigen Jahren die passive Resistenz und erwarb sich bald Bürgerrecht im Arsenal der kampferüsteten Gewerkschaft.

Was ist die passive Resistenz, von woher kommt sie? Die passive Resistenz ist ein verdeckter Streik. Der Streik, die Arbeitseinstellung, hat zum Ziele, die Produktion zum Stillstand zu bringen, dem Unternehmer damit die Quelle seines Profits zu stopfen und ihn so zur Erfüllung der Arbeiterforderungen zu zwingen. Die passive Resistenz bringt die Produktion nicht vollständig zum Stillstande, aber sie bringt sie dem Stillstande so nahe als möglich. Die Produktion wird eingedämmt. Die passive Resistenz ist eine Verlangsamung des Arbeitstempes,

das zum Ziele hat, die Produktion so weit als möglich zu hemmen und so im Wesen den gleichen Effekt zu erzielen wie der Streik.

Man kann nicht sagen, daß das Kampfmittel der passiven Resistenz von einer bestimmten Person „entdeckt“ worden wäre. Wir finden vielmehr, daß unter bestimmten Verhältnissen diese Art des gewerkschaftlichen Kampfes sich Bahn brach, ohne daß vorher viel darüber gesprochen worden wäre. Der gewerkschaftliche Kampf macht ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Erscheinungen eine seiner Eigenart entsprechende Entwicklung durch und gestaltet sich unter den bestimmenden Einflüssen seiner Umgebung die notwendige Form des Seins. So tritt an einem bestimmten Produkte der Entwicklung die passive Resistenz als gewerkschaftliches Kampfmittel auf, sie drängt sich uns fast auf, ohne daß wir zu sagen vermöchten, die oder jene Person hätte den entscheidenden Schritt getan.

Die Voraussetzungen für die passive Resistenz sind: eine wohlentwickelte Gewerkschaft, ein kraftvoll-lebendiges Solidaritätsgefühl unter der Arbeiterschaft und ein Produktionsprozeß, der seinem ganzen Wesen oder momentanen Verhältnissen nach, keinerlei Aufschub duldet.

Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann bedarf es nur noch einiger praktischer Erfahrungen im gewerkschaftlichen Kampf, und wir stoßen mit einem Male auf die passive Resistenz.

Der Streik, der den Produktionsprozeß vollständig unterbindet, erfordert namhafte Leistungen der gewerkschaftlichen Organisation. Die Streikenden entbehren des Verdienstes und müssen finanziell unterstützt werden, soll es ihnen möglich sein, längere Zeit im Kampfe auszuharren. Alle Kosten des Krieges müssen im Streike von den Arbeitern selbst getragen werden.

Da taucht der Gedanke auf, die Kosten des Krieges auf die Schulter des Feindes, der Unternehmer, abzuwälzen. Die Arbeiter bleiben im Betrieb, der Unternehmer muß ihnen den Lohn bezahlen, die Lähmung des Produktionsprozesses ist aber trotzdem herbeigeführt. So wirkt die passive Resistenz kriegskosten sparend für die Arbeiter, ebenso schädlich, ja oft noch schädlicher wie die Streiks für die Unternehmer.

Freilich, die passive Resistenz ist nicht jeder Arbeiterschaft möglich, ebensowenig wie sie zu jeder Zeit durchführbar ist. Zur passiven Resistenz gehört vor allem eine feste Disziplin. Erst wenn diese im langen gewerkschaftlichen Kampfe erprobt ist, kann überhaupt daran gedacht werden, dieses Kampfmittel zur Anwendung zu bringen. Aber auch dann bedrohen die passive Resistenz noch mancherlei Gefahren. Die Arbeiter, die sich an ihr beteiligen, sind den Einflüssen der Unternehmer und Vorgesetzten weit mehr ausgesetzt als Streikende. Außerdem entstehen unter den Arbeitern eines Betriebes leicht verschiedenerlei Auffassungen über das Maß der Arbeitshemmung, was zu Mißhelligkeiten und zu Störungen der passiven Resistenz führen kann. Im allgemeinen ist deshalb die passive Resistenz nur im Großbetriebe durchführbar, wo in der Masse der beteiligten Arbeiter die Individualität des einzelnen verschwindet und der persönliche Einfluß der Vorgesetzten weniger zur Geltung kommen kann. Eine weitere Bedingung ist die, daß die Arbeiter im Zeit- und nicht im Akkordlohn stehen. Die Akkordarbeiter bringen selten und kaum für längere Zeit hindurch die unerschütterliche Solidarität auf, die die passive Resistenz von ihnen verlangt. Die Akkordarbeiter sind infolge ihres wirtschaftlichen Interesses an einer individuellen Leistung der kollektiven Tat für die Gesamtheit etwas mehr entfremdet als die anderen Arbeiter.



Erwägt man die Für und Wider der passiven Resistenz, dann erscheint es als durchaus natürlich, daß in den Großbetrieben der Verkehrsgewerbe, deren Arbeit einen Aufschub nicht zuläßt, dieses Kampfmittel zuerst mit größerem Erfolg zur Anwendung kommen mußte. Die Eisenbahnen und die Post müssen glatt und sicher funktionieren, soll nicht das ganze Getriebe unserer Volkswirtschaft ins Stocken geraten. Der Verkehr ist der Nerv unseres wirtschaftlichen Lebens, sein ungestörtes Funktionieren ist Voraussetzung aller wirtschaftlichen und — zu einem guten Teile — aller kulturellen Betätigung.

Die Bediensteten der Verkehrsinstitution kennen ihre günstige Position sehr wohl, sie wissen, daß sie eine volkswirtschaftliche **Großmacht** darstellen. Demgemäß richten sie ihre Taktik ein. Stehen ihnen einige gewerkschaftliche Erfahrungen bereits zur Verfügung und ist es ihnen gelungen, einen größeren Teil der Arbeiterschaft mit dem Geiste brüderlicher Solidarität zu erfüllen, dann gelangen sie recht bald zur gewichtigen Waffe der passiven Resistenz.

Zum ersten Male wurde die passive Resistenz von den **italienischen** Eisenbahnern in größerem Stile angewandt. Bald darauf begegnen wir ihr in **Österreich**. Im Herbst des Jahres 1905 begannen die Bediensteten einer Lokaltrecke in Böhmen mit der planmäßigen Verlangsamung des Arbeitstempos. Bald greift die Bewegung auf einige wichtige Hauptbahnen über.

Die Eisenbahner erklären, daß sie sich von nun an bei der Arbeit **genau** an die von ihren Vorgesetzten herausgegebenen **Instruktionen** halten werden. Dieses „vorschriftsmäßige“ Arbeiten genügte, um allen Verkehr lahmzulegen. Mit Instruktionen und Reglementationen war man vordem in den österreichischen Bahnverwaltungen nicht sparsam gewesen. Man wollte sich mit diesen Vorschriften die Verantwortung für die Unfälle im Bahnverkehr vom Halse wälzen. Die Vorschriften wurden wohl nie eingehalten, passierte aber einmal ein Unglück, dann konnte man sich darauf berufen, daß ja die Bediensteten nicht vorschriftsgemäß gearbeitet hätten, wodurch eben der Unfall herbeigeführt worden sei.

Die Bediensteten kehrten nun den Spieß um. Sie benutzten die „vorschriftsmäßige Arbeit“ als Waffe im Kampfe um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Und diese Waffe erwies sich als ungemein wirksam. Bald stockte allorts der Verkehr. Die Züge blieben vollends stecken oder gelangten nur mit riesigen Verspätungen ans Ziel. Viele Güter verdarben in den Waggonen, der Warenverkehr erlitt eine gewaltige Einbuße.

Die Regierung war ohnmächtig. Einesteils fühlte sie sich durch die von ihren eigenen Organen herausgegebenen Instruktionen gebunden, andererseits vermochte sie keinen **Gewaltstreik** zu führen, weil hinter den Eisenbahnern in drohender Rüstung das gesamte österreichische Proletariat stand, das, eben im Kampfe für das gleiche Wahlrecht begriffen, die Eisenbahnerbewegung als ein Vorspiel zum allgemeinen großen Kampfe betrachtete.

Diese Eigenart der politischen Situation, die der Regierung so ungemein gefährlich war, brachte den österreichischen Eisenbahnern einen raschen Sieg.

Aber auch wenn die politische Situation den Eisenbahnern weniger günstig gewesen wäre, hätte es die österreichische Regierung nicht leicht vermocht, den Widerstand der Bediensteten zu brechen. Und selbst wenn es möglich gewesen wäre, die Eisenbahner momentan niederzuwerfen, würde

der endgültige Sieg der Regierung noch lange nicht beschieden gewesen sein. Die Eisenbahner waren bereits zu wohl organisiert, als daß sie hätten endgültig geschlagen werden können. Und ähnlich liegen heute wohl die Verhältnisse in fast allen großen Industriestaaten.

Das ist es eben, was die Regierenden begreifen sollten, daß Gewaltstreiche, Disziplinarmittel und dergleichen gegen so wohlorganisierte Massenbewegungen, wie es die Eisenbahner- und auch schon zum Teile die Postbedienstetenbewegungen sind, auf die Dauer nichts fruchten und auch nichts fruchten können. Eine vernünftige Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist nur möglich, wenn die Interessengegensätze, die nun einmal aus der Welt, in der wir leben, nicht hinausphilosophiert werden können, kleinlichen, verbitternden Gehässigkeiten möglichst wenig Raum geben. Ebenso wie sich die Klassenbewegung der Gesamtarbeiterschaft durchgesetzt, wird sich die der Verkehrsbediensteten behaupten. Mit ihr, wie mit den eigenartigen Formen des von ihnen geführten Kampfes, wird man sich allmählich allerorts abfinden müssen.

Die passive Resistenz ist ein Kampfmittel der Arbeiter, neben einer Reihe anderer, nicht minder wichtiger. Und doch pflegt die passive Resistenz eine größere Nervosität auf Seite der Gegner der Arbeiterbewegung auszulösen, als die anderen Kampfmittel. Das mag darin seinen Grund haben, daß die passive Resistenz keine offene, vom Gegner nicht leicht faßbare Aktion darstellt. Deshalb versucht man sie als ein „unmoralisches“ Kampfmittel hinzustellen.

Das ist verfehlt, wie es immer verfehlt ist, im Kriege sentimentale Moralsprüchlein zu deklamieren, der Krieg ist die Entfesselung aller Gewalten. Diesen gegenüber sind wir so machtlos, daß es am besten ist, sich mit dem Versuche zu bescheiden, das Wirken der Gewalten zu erklären, ihr Wesen zu verstehen.

Die Wirksamkeit der passiven Resistenz wird schwerlich darunter leiden, das sich einige Leute moralisch entrüstet von ihr abwenden. Darum bleibe bei der Bewertung die Moral am besten etwas beiseite. Die passive Resistenz mußte, wie wir zeigten, an einem bestimmten Punkte der gewerkschaftlichen Entwicklung entstehen; sie darf nicht anders gewertet werden, als die übrigen Waffen der modernen Gewerkschaftsorganisation.

## CHRONIK

**D**IE Berliner Arbeiterbildungsschule. Das vortreffliche Unternehmen, das schon vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen ein höheres Wissen auf den verschiedensten Gebieten vermittelt hat, hat auch in seinem 17. Geschäftsjahr 1907/08 einen wenn auch kleinen Aufschwung ge-

nommen. Die Mitgliederzahl stieg von 1705 (114 Damen, 1591 Herren) im Durchschnitt des vorigen Geschäftsjahres auf 2020 (129 Damen, 1891 Herren). Die Ursache dieser nur geringen Zunahme ist vor allem in der durch die Landtagswahlarbeit notwendig gewordenen Einschränkung der Kurse zu suchen. Während

im IV. Quartal 1907 noch 10 verschiedene Kurse abgehalten wurden, sank diese Zahl im I. Quartal 1908 auf 78 und in den späteren sogar auf 5. Aber auch im übrigen haben sich die Erwartungen, die an die Schaffung eigener Räume und die stärkere Ausbreitung in den Vororten geknüpft wurden, nicht voll verwirklicht. In Steglitz sank die Zahl der eingeschriebenen Hörer im Laufe der 5 Quartale von 155 auf 26, in Tempelhof von 101 auf 50. Doch wird sich die Arbeiterbildungsschule durch diese gelegentlichen Mißerfolge, die zum Teil in örtlichen Schwierigkeiten, zum Teil in der allgemeinen Krisis begründet sind, nicht entmutigen lassen, an der geistigen Fortbildung der Arbeiter auch in den Vororten weiterhin tätig zu sein. Es ist daher auch schon die Gründung zweier neuer Filialen in Lichtenberg und Rummelsburg ins Auge gefaßt worden.

In den 6 Berichtsquartalen wurden von folgenden Dozenten Vorträge gehalten: Grunwald (Nationalökonomie, Rednerschule), Maurenbrecher (Geschichte), Katzenstein (Gesetzeskunde, Soziale Gesetzgebung), Julian Borchardt (Nationalökonomie, Rednerschule), Heinrich Schulz (Geschichte), Kreowski (Literaturgeschichte), Baege (Naturerkenntnis), Dr. Rosenfeld (Soziale Gesetzgebung), Regina Ruben (Literaturgeschichte), Dr. Conrady (Geschichte), Wurm (Naturerkenntnis). Die Zahl der Hörer der einzelnen

Kurse war naturgemäß sehr verschieden: sie schwankte zwischen 14 und 351.

Zur Charakterisierung der Mitglieder sei folgendes bemerkt: Von den Mitgliedern waren 40 nur politisch, 534 nur gewerkschaftlich und 1072 nach beiden Richtungen organisiert, während von 374 keine Angaben vorlagen. Über das Alter der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: bis 20 Jahre waren 146 Mitglieder alt, 20—30 Jahre 1162, 30 bis 40 Jahre 316, 40—50 Jahre 58, 50 bis 60 Jahre 3, 60—70 Jahre 1 und über 70 Jahre auch 1. 1840 Mitglieder haben Angaben über ihren Beruf gemacht: Die hauptsächlich vertretenen Berufsgruppen waren: Metallarbeiter 398, Holzarbeiter 159, Maler 118, Arbeiter 84, Buchdrucker 78, Mechaniker 70, Handlungsgehilfen 56 usw.

Erwähnt sei noch, daß die Schule auch eine Bibliothek von insgesamt 1900 Bänden besitzt, auf die im Berichtsjahre 3205 Entleihungen kamen. Am meisten wurden gelesen die Werke literarischen Inhalts (1272 Entleihungen) und die nationalökonomischen Inhalts (668 Entleihungen). Neben ihren wissenschaftlichen hat die Arbeiterbildungsschule auch mehrere künstlerische Veranstaltungen gepflegt, so fand ein Eichendorff- und ein Schumann-Abend statt, sowie ein Stiftungsfest mit künstlerischen Darbietungen. Dem Zusammenhalt der Mitglieder und Lehrer dienten ferner eine Anzahl Ausflüge in die Umgebung Berlins.



## TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

### CHRONIK

**D**AS Projektskop. In New York wurde kürzlich von Dr. Charles Duncan ein Apparat erfunden, welcher der Operationstechnik wichtige Dienste leisten soll. Er hat, wie die Pariser „Revue“ berichtet, den Zweck, mittelst gewisser Spiegel und photographischer Methoden das ganze bewegte Bild einer Operation auf einen Schirm zu werfen und so fest zu halten. Den Studenten wird es derart ermöglicht, alle Vorgänge zu sehen, ohne durch ihre unmittelbare Gegenwart Angst und Schmerz des operierten Kranken zu vermehren. Dieser bleibt in völliger Unkenntnis darüber, daß auch andere Personen als der Operateur und seine Hilfskräfte mit ihm beschäftigt sind. Ebenso werden alle Gefahren einer Ansteckung, wie sie das Beisammensein vieler Personen am Krankenbett mit sich bringt, ferner auch alle Geräusche, die den Operateur stören, ausgeschlossen. Mit dem Apparat ist auch ein Phonograph verbunden, der alle mündlichen Bemerkungen des Professors weitergibt und so das Bild der Operation vervollständigt. Da früher solche Bemerkungen, die allzu leise oder zu weit von den Sitzen der Studenten gemacht wurden, diesen meistens entgingen, während sie ihnen jetzt deutlich zu Gehör gebracht werden, ist es klar, daß eine so glückliche Verbesserung das Studium der Medizin bedeutend erleichtern muß.

Die bisher angestellten Versuche im St.-Georgs-Hospital zu New York sind durchaus günstig gewesen und laden zur Nachahmung ein.

**Amerikanische Luftschiffahrtsprojekte.** Die Amerikaner suchen in der gewohnten Kühnheit ihrer Projekte nun auch neue Möglichkeiten der Luftschiffahrt zu finden und mehrere bedeutende Gelehrte haben in letzter Zeit überaus weitgehende Pläne veröffentlicht. Der kühnste ist wohl der von Professor Todd von der Amherst-Universität; er will in einem Aluminiumbehältnis, das an einen Ballon angehängt ist, mit Hilfe komprimierter Luft bis in höchste Höhen steigen und feststellen, bis zu welcher Grenze der Mensch existieren kann. Des ferneren will er in jenen Höhen der Atmosphäre, wo die Bahn durch den Weltraum nur mehr durch geringste Widerstände beeinträchtigt ist, vermöge eines Empfangsapparates für drahtlose Telegraphie eventuelle Signale vom Planeten Mars auffangen.

Die Idee der Verbindung mit den Bewohnern dieses Sternes hat übrigens auch zwei andere Pläne inspiriert: Den von Professor Pickering von der Harvarduniversität der von gewaltigen Spiegeln, die mehr als 40 Millionen Mark kosten sollen, Lichtsignale an den Planeten Mars gelangen lassen will und den von Professor Wood von der John Hopkins-Universität, der gewaltige Linien aus schwarzem Tuch auf einer Ebene auszubreiten und derart den Marsbewohnern, die diese durch ihre Fernrohre sehen könnten, ein Zeichen zu geben gedenkt.

Den praktischen Möglichkeiten des Tages weit näher liegt der Plan Professor Claytons, in einem Ballon über den Atlantischen Ozean zu fliegen und zunächst als Probe von der pazifischen zur atlantischen Küste eine Fahrt zu machen. Er beab-



sichtigt zu diesem Zweck einen Ballon zu bauen, der 7000 cbm Gas fassen soll. Auch Wilbur Wright, der berühmte Förderer der Drachenflieler, sagte kürzlich, daß er in einem Jahre bereits im Aeroplan über den Atlantischen Ozean zu fliegen hoffe. All dieses sind Entwürfe, die ja zum Teil auf den Optimismus des amerikanischen Volkes, wie er sich aus seiner schrankenlosen ökonomischen Entwicklung heraus erklärt, zurückzuführen sein mögen, von denen aber doch der eine oder der andere seine Realisierung finden dürfte.



**Rauchplage in Amerika.** Im Vorjahr wurde auf Initiative des Präsidenten Roosevelt in Amerika eine Kommission eingesetzt, um die Einschränkung der Rauchplage in den Fabrikstädten zu studieren. Sie erstattete vor kurzem ihren Bericht und kommt zur Schlußfolgerung, daß die Lösung dieses Problems möglich sei. Sie empfiehlt zu diesem Zwecke in erster Linie die Konstruktion besonderer Öfen (wie sie bereits erfunden sind), die den Rauch auf ein Minimum vermindern; des ferneren empfiehlt sie die Anwendung von Gasmotoren, die überhaupt keinen Rauch erzeugen, sowie die großen vertikalen Kamine überflüssig machen. Die notwendige Kraft könne durch gewaltige Apparate, die am Eingange der Kohlenbergwerke aufgestellt werden, gewonnen werden, und eben hierdurch würde eine große Ersparnis in den Transportkosten des Brennmittels gemacht werden. Das so gewonnene Gas kann in elektrische Energie umgesetzt und diese auf beliebige Entfernungen weiter geleitet werden. Nebenbei könnte in gleicher Weise auch die Beleuchtung der Städte sichergestellt werden.



**Neues Gas.** Einer neuen Erfindung von Hermann Blau zufolge wird es

nunmehr möglich, auch solche ländliche Wohnstätten, die keine Gasometer besitzen, mit Gasbeleuchtung zu versorgen, wie „La Revue“ ausführt. Dieses Gas wird durch Destillation von Ölen bei tieferen Temperaturen als die, welche für die Gewinnung von Gas aus Steinkohlen üblich sind, erzeugt. Das Gas wird dann zusammengepreßt in Zylinder verschlossen und in die betreffenden Häuser verschickt. Das Licht, welches dieses Gas liefert, ist sehr strahlend und rein und birgt auch hygienisch keine Nachteile. Die Zylinder selbst sind von verschiedener Größe; es gibt solche, die nur  $\frac{1}{2}$  kg Gas enthalten, was für eine kurze Überfahrt im Boote oder ein Zeltlager genügen mag; andere sind so groß, daß sie ein ganzes Haus versorgen. Der gewöhnliche Inhalt reicht für kleine Häuschen hin und kann Licht für 8 Wochen liefern. Die einzige Vorsicht, die zu gebrauchen ist, besteht darin, den Zylinder außerhalb des Hauses aufzustellen und von dort aus an die Röhren anzulegen. Die Nachfüllung bereitet keine Schwierigkeiten und eine Explosionsgefahr besteht nicht.

Die neue Einrichtung ermöglicht es ganzen Dörfern, ohne daß sie Gasanstalten und -verbindungen besitzen, die Vorteile dieses modernen und billigen Beleuchtungsmittels mitzugenießen.



#### 1. Deutsche Konferenz für Organisation des technischen Auskunftswesens.

Unter Beteiligung verschiedener Reichs- und Staatsbehörden und der Vertreter von über 50 technischen und industriellen Organisationen und Großfirmen fand am 28. Juni d. J. im Berliner Architektenhause eine Konferenz für Organisation des technischen Auskunftswesens statt. Die Verhandlungen dieser vom Internationalen Institut

für Techno-Bibliographie einberufenen Konferenz bieten nach verschiedenen Seiten hin auch breiteren Kreisen Interesse. Der Generaldirektor der Kgl. Bibliothek Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Prof. Harnack sprach über die neugeschaffene Technische Zentralbibliothek an der Kgl. Bibliothek und die Mitwirkung der technischen und industriellen Kreise an ihrer weiteren Ausgestaltung. Für eine in München zu errichtende analoge Bibliothek, die dem dortigen deutschen Museum für Meisterwerke der Naturwissenschaften und Technik angegliedert werden soll, sprach in dessen Vertretung Geheimrat Prof. v. Dyck. Die Konferenz beschloß daraufhin die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für die Förderung technischer Zentralbibliotheken.

Über die Entwicklung des Internationalen Instituts für Techno-Bibliographie berichtete Dr. Hermann Beck.

Dem Institut haben sich bereits annähernd 500 Mitglieder, darunter zahlreiche Behörden, Vereine und Firmen, angeschlossen. Es wird unterstützt durch das deutsche Kaiserl. Patentamt, die Königl. Bibliothek und private Körperschaften. Der Verein deutscher Ingenieure bezahlt einen Jahresbeitrag von 3000 Mk. Filialbureaus des Instituts wurden bereits in Wien und London begründet, andere sind in Vorbereitung. (Vgl. unsern Bericht über das Institut Seite 337, Jahrgang 1909 dieser Zeitschrift.)

Die Konferenz befaßte sich sodann mit dem weiteren Ausbau der Arbeit des Institutes. Der Begründer und Herausgeber der „Fortschritte der Elektrotechnik“, Geh.

Oberpostrat Prof. Dr. Strecker, behandelte die Angliederung dieses Unternehmens an das technobibliographische Institut, und eine Reihe von Fachleuten erörtern die Schaffung von Spezialorganen für die Verbesserung des technisch-industriellen Auskunftswesens. Zu diesem Zwecke soll das Organ des Institutes, die „Technische Auskunft“, die als Neue Folge des früher im Kaiserlichen Patentamt herausgegebenen Repertoriums der technischen Journal-Literatur erscheint, vom Jahre 1910 ab noch in Teilausgaben erscheinen, als „Elektrotechnische Auskunft“, bautechnische, maschinentechnische, berg- und hüttenmännische, chemisch-technische Auskunft. Die technisch-industrielle Auskunftsstelle des Institutes soll in nähere Verbindung zu bereits bestehenden literarischen und Nachrichtenbureaus der Industriefirmen, Gewerbemuseen usw. gebracht werden. Es wird dann möglich, der deutschen Volkswirtschaft durch eine großzügige Organisation des Informationsdienstes auf internationaler Basis große Summen zu ersparen und insbesondere die heute bei den Großfirmen ja bereits bestehende hochentwickelte Information auch der Masse der mittleren und kleinen Betriebe zugänglich zu machen. Für die weitere Verfolgung wurde ein Ausschuß eingesetzt, in den die Leiter der literarischen Bureaus verschiedener Großfirmen gewählt wurden.

Lebhaften Beifall fand ein zur Verlesung gebrachtes Schreiben des Grafen Zeppelin, der dem Institute speziell für seine Arbeit auf dem Gebiete der Technik der Luftschiffahrt den Betrag von 1000 M. als Unterstützung überwies.





## NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN

ABBÉ V. ERMONI, PARIS: DIE MODERNISTISCHE BEWEGUNG IN DER KATHOLISCHEN KIRCHE.



IELE Erklärungen unserer Bewegung sind von ihren Freunden und Gegnern versucht worden; wenige haben deren Kern klar erfaßt. Am charakteristischen für sie scheint mir zu sein, daß eine Fühlungnahme zwischen der großen Gemeinde der katholischen Kirche und den neu gefundenen Wahrheiten des modernen Geistes in Philosophie, Wissenschaft und Kunst in ihr erstrebt wird. Unser Ziel ist es, all die Fortschritte des Menscheigistes zu erforschen, in uns aufzunehmen und aus ihnen Neubelebung des katholischen Glaubens zu schöpfen; zu zeigen, wie ungeteilt sich die neuen Wahrheiten den Lehren des Evangeliums angliedern können. Auf diese Art wollen wir das Christentum voll und ganz auch auf den Boden heutiger Geisteskultur heben, so wie es dereinst auf voller Höhe der antiken Geisteskultur gestanden und solange die Führung des mittelalterlichen Geistes innegehabt. Wir glauben, daß alle Versuche des kirchlichen Konservatismus, unhaltbare Positionen zu behaupten, nur zu Entfremdung zwischen Kirche und Kultur und zur Schwächung der ersteren führen müssen, denn gerade der Mangel an Prestige und Achtung, wie er für die Kirche aus solcher Loslösung von der geistigen Kultur erwachsen muß, ist jedem im Kampf stehenden Organismus überaus schädlich. Mit Bestürzung sahen wir das Prinzip der Unveränderlichkeit in der Kirche als im Kampfe mit den Kräften des Lebens liegend; und so gingen wir ans Werk, auch in ihr wieder neues Leben zu erwecken, sie auf geistigem Gebiet mit allen Problemen der Wissenschaft zu erfüllen, auf politischem sie in die Bahnen der modernen Demokratie zu lenken.

Die Gegner unserer Richtung haben unsere Bestrebungen vielfach als Abirrung von den Traditionen der Kirche darzustellen versucht; Papst Pius hat sie verdammt. Dennoch zeigt ein näherer Blick auf die Tatsachen, daß wir nur das Banner der Apologetik, eines der vornehmsten Züge der Theologie, aufrecht erhalten wollen. Ihre Aufgabe war es von jeher, die Verbindungslinie zwischen Wissenschaft und Glauben zu wahren. Eben das wollen auch wir.

Man hat uns Revolutionäre genannt und doch ist unser innerstes Wesen der Revolution entgegengesetzt. Wir suchen eine Evolution der katholischen Kirche, eine Umwandlung von innen heraus herbeizuführen; die Revolution wirft die Vergangenheit zu Boden, um Neues, Unbekanntes an ihre Stelle zu setzen, wir aber bauen langsam und bedacht an der Reform des Bestehenden.

Wie alle modernen Geisteserscheinungen ist auch der Modernismus vielfältig in seinen Interessen; zunächst finden wir philosophische Vertreter des Modernismus; sie meinen, daß der heilige Thomas und die scholastische Schule bei all dem Großen, das sie für die Menschheit geleistet, doch keineswegs das letzte Ziel menschlichen Geistesringens erreichen, daß neue geistige Kräfte zu noch weiteren Sonnenzielen führen mögen. Sie glauben, daß kein einzelner, so bedeutend er auch sei, allen Zeitaltern genügen könne, daß keine Philosophie allem Forschen ein Ende bedeute. Sie stellen durchaus

nicht in Abrede, daß wir heute noch vieles und Wertvolles in der scholastischen Philosophie finden können, aber sie streben weiter nach neuen Wahrheiten.

Mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses sind die modernistischen Bibelforscher getreten. Sie verlangen im wesentlichen für sich jene Freiheit oder doch einen Teil derselben, wie sie den protestantischen Forschern von ihrer Kirche ohne Zaudern zugestanden wird; sie wollen nicht jenen andern alle Ehren exegetischer Forschung überlassen, sondern auch für sich, auch für die katholische Kirche ein Stück derselben bewahren. Die modernistischen Geschichtsforscher wollen den Protestanten das Monopol kirchengeschichtlichen Ernstes entreißen, auch ihrerseits all den kulturellen und sozialen Gesetzen nachgehen, welche die menschheitliche Entwicklung bestimmen und ohne deren Erkenntnis ein Erfassen der kirchlichen Tradition, der Lehren der Kirchenväter unmöglich ist.

Die modernistischen Sozialpolitiker gehen wesentlich in den Bahnen Leos XIII. Sie wollen die sozialen Probleme unserer Zeit in kirchlichem Geiste beleuchten, die großen Wahrheiten und moralischen Werte des Christentums zu ihrer Lösung heranziehen. So wollen sie neue Freunde für die Kirche in den breiten Volksmassen gewinnen, das schon abgerissene Band zwischen ihr und dem Proletariat neu anknüpfen und der Kirche auch eine soziale Mission in der Zukunft sichern.

Was wird die Zukunft des Modernismus sein? Schwer ist es, heute darauf Antwort zu geben, da er eben jetzt durch eine schwere Krise hindurchgeht. Die Verurteilung durch den Papst selbst hat ihm viel geschadet, mußte ihm viel schaden. Eben weil die Modernisten im Schoße der Kirche aushalten und in ihren Kreisen ihre Ideen vertreten wollen, mußten sie sich dem Spruche des Oberhauptes der Kirche unterwerfen, mußten sich von vielen Männern der älteren Richtung im Katholizismus, die an wissenschaftlicher Gründlichkeit tief unter ihnen standen, aufs schwerste beleidigen lassen, auf eine bessere Zeit hoffend. Eine Bewegung von solcher Breite und von so vielen edlen Geistern getragen, kann in der Tat nicht zugrunde gehen; heute noch weniger als vor 15 Jahren, da die Bewegung entstand.

Vor allem liegt unsere Kraft darin, daß wir nicht allein sind, daß neben uns außerhalb der Kirche unzählige Männer arbeiten, welche voll des modernen Geistes sind und ihre Ideen stets neu und neu auch den konservativen Kreisen der Kirche vorführen. Diese wissen nur zu gut, daß, wenn man uns verböte, zu schreiben und zusprechen, jene anderen außerhalb der Kircheschärfer und minder schonungsvoll sagen würden, was wir verschwiegen. Die Entwicklung der Dinge geht nach der Richtung, die wir weisen; niemand kann sie aufhalten. Mögen Enzyklen und Maßregelung einen Augenblick lang in weiteren Kreisen die Meinung erwecken, als stünde der Modernismus einem übermächtigen Feinde gegenüber: Der Enthusiasmus seiner Vertreter bleibt der gleiche; sie werden stets aufs neue aussprechen, was ihnen heilig und wahr erscheint und ihr Enthusiasmus wird siegen.



## ABBÉ NAUDET, PARIS: DIE WUNDER VON LOURDES.

**I**N der Märznummer der Zeitschrift (Dok. d. F.) hat Dr. Felix Regnault vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft das Problem der Wunder von Lourdes behandelt und es sei mir gestattet, vom Standpunkt des katholischen Priesters einige Betrachtungen über das gleiche Problem folgen zu lassen. Sie werden dem Leser zeigen, daß meine Ergebnisse von denen Dr. Regnaults letzten Endes vielleicht gar nicht einmal so verschieden sind, wie man voraussetzen geneigt wäre.

Zunächst einige Worte über die Geschichte der Wunder. Im Jahre 1858 trat ein junges Mädchen, Bernadette Soubirous auf und erklärte, daß ihr die heilige Jungfrau erschienen sei. Viele schenkten ihr Glauben, die kirchlichen Behörden beschäftigten sich mit den Erzählungen des Mädchens, und auch die Staatsbehörden griffen ein. Immer intensiver ward das Interesse der Bevölkerung; einige Jahre später wurde die Kirche über der Grotte von Lourdes, an der Bernadette die Erscheinung gesehen hatte, errichtet, immer größere Menschenmassen strömten herbei, um die heilige Jungfrau zu verehren; Kranke kamen und flehten um Heilung, und sie ward ihnen zuteil. Eine neue Kirche mußte erbaut werden, um den Strom der Andächtigen zu fassen, eine Kirche von ungeheuren Dimensionen, die eher einer mächtigen Maschinenhalle als einem Gotteshause gleicht. Zahlreicher und immer zahlreicher werden die Heilungen; eine ganze Literatur über Lourdes entsteht, und wissenschaftliche Werke werden verfaßt, welche die einzelnen Tatsachen bezeugen. Wer sie gelesen hat, vor allem das Werk des Universitätsprofessors Bertrin, wird kaum bezweifeln können, daß die geschilderten Heilungen tatsächlich erfolgt sind. Nur über deren Erklärung kann es verschiedene Meinungen geben:

Zunächst die Hypothese absichtlicher Täuschung, wie sie von Fernstehenden, die niemals die Tatsachen näher geprüft haben und von vorgefaßten antireligiösen Meinungen beherrscht sind, vielfach geglaubt wird. Auch jene Männer der Wissenschaft, welche von durchaus antichristlichem Standpunkt aus die Wunder von Lourdes untersucht haben, weisen diese Hypothese weit von sich. Die Tatsachen sind zu gut wissenschaftlich bezeugt — und der Umstand, daß Pilger und Geheilte allen Bildungsgraden, allen Bevölkerungsschichten angehören, sich nicht vorher gesehen haben und sich daher unmöglich vorher über das Auszusagende verständigen konnten, widerlegt diese Meinung. Des ferneren ist in Lourdes ein eigenes wissenschaftliches Bureau unter Leitung von Dr. Boissarie eingerichtet, dem alle Geheilten vorgeführt werden, auf daß er untersuche, inwieweit tatsächlich eine Heilung vorliegt. Ärzte jedes Glaubens und jeder philosophischen Meinung sind stets eingeladen, den Untersuchungen beizuwohnen, ja, sich selbst an denselben zu beteiligen. Die Bücher von Lourdes bezeugen, daß vom Jahre 1890 bis 1904 2712 Ärzte, darunter 461 Ausländer, dahin gekommen sind und an den Untersuchungen teilgenommen haben; unter ihnen sind 3 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, 26 Professoren französischer medizinischer Fakultäten, 14 Professoren ausländischer Fakultäten, 74 Chefärzte von Hospitälern. Ungefähr 200—250 Ärzte kommen jedes Jahr und oft finden sich bis zu 50 zusammen, um den gleichen Fall zu studieren. Jeder ist ermächtigt, ja, jeden ersucht man, den Kranken selbständig zu untersuchen, und Dr.



Boissarie zitiert den Fall eines englischen Arztes Henri Head, der mit speziellen Apparaten die Untersuchung der Augen- und Ohrenkrankheiten vornahm und der bei seinem Weggehen ein Schreiben hinterließ, das mit den Worten schließt: „Nichts kann die gewissenhafte Sorgfalt übersteigen, mit der man in Lourdes jeden einzelnen Fall prüft, ehe die Bestätigung über Heilung ausgestellt wird.“

Die Kranken müssen aus ihren Heimatsorten Zeugnisse der Ärzte mitbringen, die sie früher behandelt haben, vor allem aber ein am Tage ihrer Abreise selbst ausgestelltes Zeugnis ihres Arztes, das genaue Angaben über ihre Krankheit enthält. Der Vergleich zwischen diesen ärztlichen Angaben und den Untersuchungen des Dr. Boissarie ergibt die stattgehabte Änderung im Befinden und zeigt, ob eine Heilung eingetreten ist. Allerdings fordern manche wissenschaftliche Beurteiler, daß eigene wissenschaftliche Kommissionen die Kranken in ihrer Heimat untersuchen und von dort nach Lourdes geleiten sollten, um so den tatsächlichen Verlauf ihrer Krankheit zu verfolgen. Dies würde aber sehr großen Schwierigkeiten begegnen, da ja nur eine kleine Minderheit der Kranken tatsächlich geheilt wird und wissenschaftliche Untersuchungen der geschilderten Art, ausgedehnt auf die vielen Tausende von Pilgern, überaus große Kosten nach sich ziehen würden. Auch die angegebene Art des Vorgehens scheint mir übrigens genau die gleichen Garantien zu bieten, da die Ärzte in der Heimat des Kranken naturgemäß allen religiösen oder nichtreligiösen Meinungen angehören und keinerlei Interesse daran haben, einen parteiischen Bericht zu erstatten, ja vielfach gar nicht wissen, daß ihr Bericht für Zwecke von Lourdes verwendet wird.

Alle Arten von Krankheiten wurden, wie aus den Berichten des Verifizierungsbureaus hervorgeht, in Lourdes geheilt und, was besonders für unsere weitere Überlegung wichtig, vielfach werden augenblickliche Heilungen konstatiert.

Die zweite Hypothese geht dahin, daß das Wasser von Lourdes natürliche Heilwirkungen besitze. Genaue Analysen haben jedoch ergeben, daß dasselbe völlig rein ist und an sich irgendeine Wirkung, heilend oder anderswie, nicht ausüben könne. Man hat auch von der Wirkung gesprochen, welche die plötzliche Erkältung des Körpers im eisigen Wasser der Grotte bewirke; aber all dem steht entgegen, daß die Heilungen vielfach auch bei solchen Kranken eintreten, die gar nicht im Wasser der Grotte untergetaucht wurden, wiederholt auch bei solchen, die derselben gar nicht nahe gekommen sind.

3. Wieder eine andere Hypothese führt die Heilungen auf Autosuggestion zurück. Mag diese Erklärung für nervöse Krankheiten zugegeben werden, so kann sie doch für jene anderen Krankheiten, für alle organischen Leiden, die die weitaus überwiegende Mehrzahl aller Heilungen ausmachen, nicht gelten. Dr. Bernheim weist in einer Schrift über Lourdes nach, daß die Suggestion nicht die Mikroben töten, nicht eine Wunde heilen, nicht die Tuberkeln vertilgen könne, daß ferner die Heilung kleiner Kinder, die jeder Überlegung und jeder Autosuggestion unfähig sind, die absolute Gültigkeit dieser Hypothese ausschließt, so z. B. die Heilung des 31 Monate alten Georges Lemesle 1897, die des gleich alten Fernand Balin 1895, des jungen Ducotonte (zwei Jahre alt) 1858 und noch von vielen anderen Kindern.

4. Bleibt noch eine Hypothese, die am allerhäufigsten angeführt wird, daß es sich nämlich in den Tatsachen von Lourdes um die Wirkung von unbekannten Naturkräften handle, die in der Zukunft einmal

aufgedeckt werden könnten. Aber gerade die Vielfältigkeit der Heilungen, das Fehlen jeder gemeinsamen Regel scheint dem entgegenzustehen. Huysmans bemerkt richtig, daß die einen durch Berührung des Wassers, die anderen jedoch ohne dieses, die einen sofort, die anderen langsam geheilt worden seien, daß die einen im Augenblick der Heilung Schmerzen empfinden, die anderen nicht, daß die einen fühlen, daß sie heilen, die anderen es nicht fühlen, daß bei den einen Narben zurückbleiben, bei den andern keine, kurz, daß keinerlei einheitliche Entwicklung zu bemerken ist, zu deren Erklärung eine einheitliche Naturkraft herangezogen werden könnte. Auch diese Hypothese ist also schwer haltbar. Wie erklären sich nun die Fälle?

Was meine persönliche Ansicht anlangt, so glaube ich, daß die obengenannten Hypothesen allerdings für eine große Anzahl von Fällen richtig sind. Ich habe selbst bei meinen häufigen Aufenthalten in Lourdes, der ich fünfzehnmal die Reise dorthin gemacht und 9 Jahre hindurch den Monat August, die Zeit der bedeutendsten Pilgerzüge, dort verbrachte, durch meine eigene Beobachtung keine einzige Wunderheilung feststellen können. Gewiß sind manche Fälle ungenügend beobachtet, gewiß erklären sich viele durch Autosuggestion, gewiß mag die Wissenschaft neue Kräfte entdecken, welche diese oder jene Heilung erklären; trotzdem aber scheint aus allem hervorzugehen, daß alle diese Erklärungen nicht für sämtliche Fälle zu treffen. Eine neue Erklärung, die meines Wissens noch nicht versucht worden ist und doch manches klarstellen dürfte, hat sich mir aufgedrängt: Daß nämlich in der großen Menschenmenge, wie sie in Lourdes zusammenströmt, von einer und derselben Leidenschaft beherrscht, von gleichen Gebeten durchwogt, lebend in der einen Sehnsucht des Wunders, gewisse psychische Kräfte erwachsen, unbekannt bisher, aber doch durchaus natürlich, und daß diese Kräfte Heilwirkungen ausüben.

Schließt dies jedoch die Möglichkeit aus, daß es auch wahre Wunderheilungen in Lourdes gebe? Ich glaube nicht, ja, es scheint mir sogar, daß alle angegebenen Hypothesen nur mit einer gewissen Künstlichkeit und, wie bereits gesagt, nur in begrenztem Maße zur Erklärung herangezogen werden können, während die letzte wieder, wenngleich sie auf wissenschaftlichem Boden bleibt, doch von allen gewohnten Bahnen wissenschaftlicher Erkenntnis sich ablöst. Sollte aber der Glaube an ein direktes Eingreifen Gottes wirklich um so viel unwahrscheinlicher sein als die genannten Erklärungen, sofern wir die Existenz Gottes an sich zum mindesten als möglich hinstellen? Ich glaube nicht, und gerade diese Erklärung ist vielleicht die am wenigsten künstliche und fantastische, ja, im letzten Grunde vielleicht die wissenschaftlichste.

Trotzdem wage ich nicht zu sagen, daß sie bewiesen sei und daß die Heilungen von Lourdes ein Beweis dafür seien, daß Wunder heute noch möglich sind; wohl aber glaube ich, daß sie zum Interessantesten unserer Zeit gehören, daß ihre Untersuchung und Klärung, mag sie nun zu neuen Naturgesetzen, zur Aufdeckung unmittelbaren göttlichen Eingreifens oder zur Erkenntnis ungeahnter körperlicher Kräfte der Massenseele führen, in jedem dieser Fälle neue Horizonte des Menschengestes eröffnen werden. Männer der Wissenschaft und des Glaubens sollten aus gleichem Interesse heraus nach Lourdes eilen und die Tatsachen, die sich dort stets aufs neue abspielen, genauer untersuchen.

## MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

### CHRONIK

**E**IN Justizirrtum in der Türkei.  
Ein eigenartiges Justizdrama

hat durch die türkische Revolution sein Ende gefunden, ein Drama, das in vielen Beziehungen an die französische Dreyfus-Affäre erinnert. Das Opfer war ein jüdischer Arzt, Joseph Carmona Effendi, Sohn eines ehemaligen Senators und Präsidenten der jüdischen Kultusgemeinde in Konstantinopel. Derselbe nahm in Adrianopel eine angesehene Stellung als Militärarzt ein, wurde auch nach Arabien entsandt, um dort eine Epidemie zu bekämpfen, und nach seiner Rückkehr zum Stabsarzt im Militärspital zu Adrianopel ernannt. Dort lebte er in friedlicher und unoffensiver Weise, als die Eifersucht zweier Kollegen ihn fälschlich eines Verbrechens bezichtigte und seine Verurteilung zur Degradation durch das Kriegsgericht zu Konstantinopel herbeiführte. Umsonst waren seine Versicherungen, umsonst die Beteuerungen seines Vaters und seiner Religionsgenossen \*). Alle Bemüh-

ungen, den Entehrten zu rehabilitieren, blieben durch lange Jahre erfolglos.

Carmona Effendi bewohnte auch weiterhin Adrianopel, doch nicht mehr als Militärarzt, sondern freiwilliger Armenpraxis gewidmet. Immer wieder wandte er sich um Recht nach der Hauptstadt, immer wieder wurde er von den Kreaturen des alten Regimes abgewiesen.

Die Revolution brachte ihm endlich Erfüllung seiner Sehnsucht. So wie die frohe Kunde nach Adrianopel drang, eilte er nach der Hauptstadt. Er wandte sich an Hussein Hilmi Pascha, der ihn an das Kriegsgericht empfahl. Ein neues Kriegsgericht trat zusammen und sprach ihn frei. Die türkische Militärjustiz hat ihren Fehler wieder gut gemacht und all denen, die auf ein Zeitalter der Gerechtigkeit im türkischen Reich hoffen, die schönsten Hoffnungen gegeben.

Manifestationen, so vor wenigen Wochen zu einer Versammlung der Juden in Salonichi (das bekanntlich eine überwiegend jüdische Stadt ist). Mehrere Redner forderten die Emanzipation der türkischen Juden von der Beeinflussung der jüdischen Vereine des Auslandes, Eigenentwicklung der türkischen Juden und Entfaltung ihrer eigenen kulturellen Möglichkeiten

\*) Auch an die Juden des Auslandes wandten sich diese um Unterstützung, doch wurde sie ihnen nur mit gewisser Mattherzigkeit zuteil, was wieder in jüdischen Kreisen der Türkei eine Mißstimmung hervorrief. Andere Umstände kamen hinzu und führten zu mancherlei